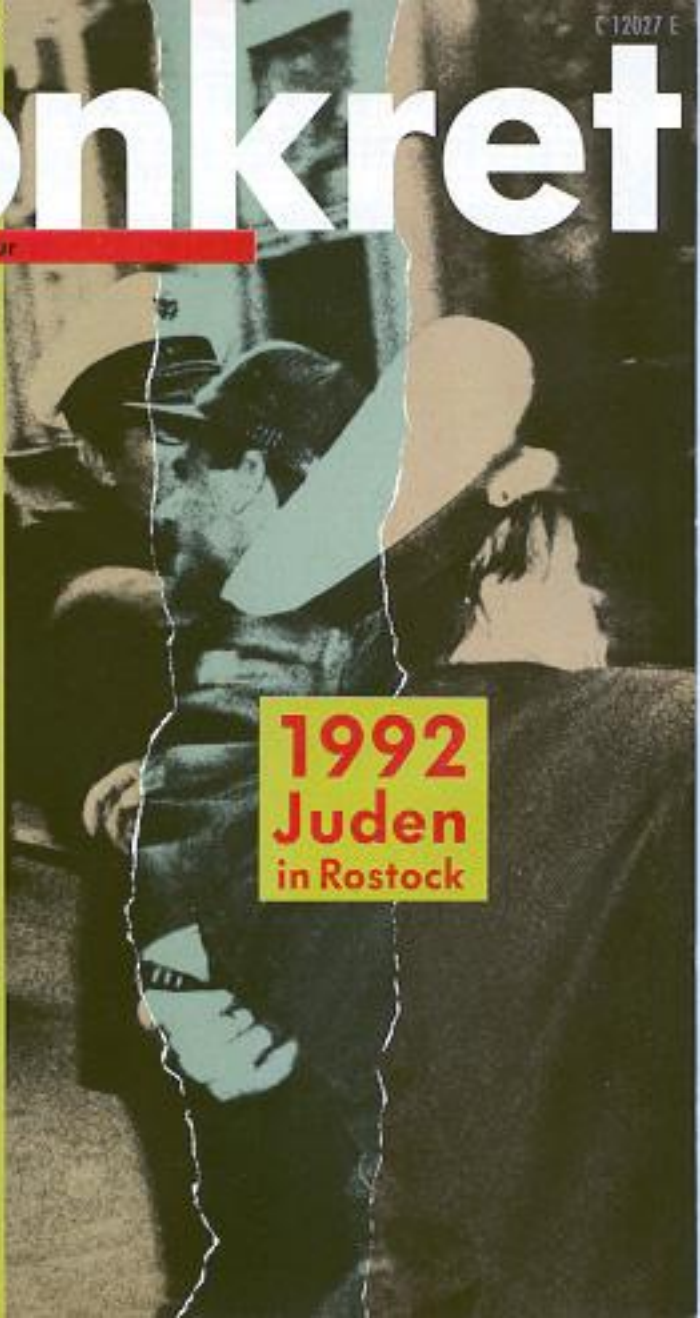
Heft 12 Dezember 1992 6,80 DM

C 12027 E

# konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Teilbares Deutschland: Macht das Tor zu!
- Clinton: Schlag gegen Kuba
- BRD-Justiz: Nett zu Nazis
- Treuhand: Abbau Ost
- Köhler: Wie Weimar ist Bonn?
- Deschner: Mussolinis Heilige Väter



## 1992 Juden in Rostock

# in konkret Dezember 1992

## von Konkret

## an konkret

**Sauber!** von Hermann L. Gremliza

**Für eine Lösung à la CSFR** von Georg Fülberth

»Wir müssen begreifen, daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltpolitik sein sollte« (Max Weber, 1895). Ein Plädoyer für die Wiederauflösung des deutschen Nationalstaates

**Die saturierte Großmacht** von Frieder Otto Wolf

Verfolgt das wiedervereinigte Deutschland noch immer die Kriegsziele des Ersten Weltkriegs oder hat es den Hals inzwischen voll? Eine Entgegnung auf Georg Fülberths Beitrag »Maastricht – ein deutscher Bluff« in KONKRET 11/92

**Abbau Ost** von Robert Kurz

Eigentlich sollte die Treuhand mit den Gewinnen aus dem Verkauf der DDR-Betriebe den Aufschwung Ost finanzieren. Nun hat sie eine Bilanz ihrer Tätigkeit vorgelegt, die einen Verlust von 400 Milliarden Mark ausweist. Wie das?

**»Jeder ist uns der Nächste« XI** von Archiv für Sozialpolitik

München: Ausländerbehörde richtet gesonderten Warteraum für Schwarze ein/Stuttgart: Städtische Kindergärten verweigern Flüchtlingskindern die Aufnahme – Elfter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland

**Besuch in RostockHöflich angeklopft** von Beate Klarsfeld

Französische Juden wollten gegen die Abschiebung von Roma nach Rumänien protestieren und eine Tafel zum Gedenken an die Deportation der Juden nach Auschwitz am Rathaus anbringen – sie wurden verprügelt und eingesperrt. Serge und Beate Klarsfeld, Teilnehmer an der Aktion, berichten, was am 19. Oktober in Rostock geschah

**Besuch in RostockIch habe gesehen** von Serge Klarsfeld

Französische Juden wollten gegen die Abschiebung von Roma nach Rumänien protestieren und eine Tafel zum Gedenken an die Deportation der Juden nach Auschwitz am Rathaus anbringen – sie wurden verprügelt und eingesperrt. Serge und Beate Klarsfeld, Teilnehmer an der Aktion, berichten, was am 19. Oktober in Rostock geschah

**Besuch in Goldberg**

DokumentationIhr Dorf sollte schöner werden. Deshalb taten die Bewohner des Mecklenburger Ortes Goldberg alles, um die Einrichtung einer Unterkunft für Asylbewerber vor ihrer Haustür zu verhindern. Das hatte Folgen

**Kahl und ungeschoren** von Oliver Tolmein

Knapp dreihundert Verfahren wegen Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung hat der Generalbundesanwalt seit der Wiedervereinigung gegen Linke eingeleitet, gerade mal sechs gegen Neonazis. Wo letztere überhaupt vor Gericht gestellt werden, kommen sie meist mit der niedrigstmöglichen Strafe davon

**Kampfbegriff »Extremismus«** von Jürgen Reents

Über den Versuch der Bundesregierung und der Medien, das Ausmaß der rechtsextremen Gewalt zu bagatellisieren und die Linke propagandistisch dafür haftbar zu machen

**Hilflos und rassistisch** von Harald Kuhn, Hermann L. Gremliza
Einwände gegen und Verbesserungsvorschläge für das Editorial »Es war einmal« von Hermann L. Gremliza in KONKRET 10/92

**Wie eine Krankheit** von Michael Bühne
Wie bereits acht seiner Vorgänger hat auch der neue amerikanische Präsident Bill Clinton angekündigt, den entscheidenden Schlag gegen das sozialistische Kuba führen zu wollen. Anstatt gelassen darauf zu vertrauen, daß sich auch dort die so oft beschworene Überlegenheit der freien Marktwirtschaft von selbst erweist, will er den Wirtschaftskrieg der Weltmacht USA gegen das kleine Entwicklungsland weiter verschärfen

**Wie Weimar ist Bonn?** von Otto Köhler
Die »Todesspur von rechts« nehme gerade erst ihren Anfang, erklärte kürzlich der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes. Hohe Zeit also, sich Emil Julius Gumbels zu erinnern, der in der Weimarer Republik die Kumpanei der deutschen Justiz mit den Mördern von rechts aufgedeckt hat

**»Nicht unsre Sache«** von Katja Leyrer
Die Lage der Gedenkstätten der ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrationslager auf dem Gebiet der Ex-DDR hat sich seit der Wiedervereinigung drastisch verändert. Brandanschläge, Schließungen und kommerzielle Nutzungsversuche gehören zu den eher offenen Versuchen, ihre Geschichte zu bewältigen. Aber auch mit dem politoffiziellen Mittel der »Neukonzeption« werden mittlerweile beachtliche Fortschritte bei dem Versuch erzielt, die gesamtdeutsche NS-Geschichte abzuwickeln. Die Kritik der überlebenden Opfer an diesem Vorgehen ist bislang kaum zur Kenntnis genommen worden. Sie kommt hier zu Wort

**Tomayers ehrliches Tagebuch** von Horst Tomayer

**Buch des Monats: Mit durchdringender Stimme** von Lars Clausen
Jan Philipp Reemtsma: u.a. Falun. Reden & Aufsätze. Edition Tiamat, Berlin 1992, 440 Seiten, 49 Mark

**Vorlesen** von Monika M. Scheerer, Thomas M. Scheerer
Bemerkungen zum Erfolg öffentlicher Lesungen und zur Kunst, die dafür vonnöten

**Unverdienter Dichter des Volkes** von Frieder Kern
»Die Gegenwart, das ist doch nicht einfach bloß jetzt.« – Über die wahren Geschichten des Schriftstellers Peter Kurzeck

**Umgang mit Gralshütern** von Klaus Garber
In Erwiderung auf seine Kritik an der Ausgabe der Gesammelten Schriften Walter Benjamins haben ihre Herausgeber in KONKRET 8/92 (Tiedemann/Schweppenhäuser / Tiedemann-Bartels: »Ein Schatzgräber ohne Glück«) dem Literaturwissenschaftler Klaus Garber Ignoranz und billige Effekthascherei vorgeworfen. Garber repliziert

**Am anderen Ende** von Matthias Altenburg
Verneigung eines vermeintlichen Feindes.Peter Handke zum fünfzigsten Geburtstag

**Mit Gott und den Faschisten** von Karlheinz Deschner

**Gossengelächter** von Rudolf Brenner

Wie man der modernen Welt mit dem Thriller beikommen kann, zeigt eine Reihe schwarzer Kriminalromane aus Frankreich

**Gremlizas express** von Hermann L. Gremliza

Konkret 12/92, S. 4

# von Konkret

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

ich weiß, daß KONKRET Ihnen lieb und teuer ist. Wie teuer KONKRET werden darf, um Ihnen lieb zu bleiben, weiß ich nicht. Ich kann Ihnen aber verraten, wie teuer KONKRET werden muß, um Ihnen auch weiterhin lieb sein zu können: Ab Januar 1993 kostet KONKRET am Kiosk 8 Mark und im Jahres-Abonnement 90 Mark (im Ausland 106,80 Mark, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR noch ein Jahr lang 45 Mark). Den Abo-Preis haben wir seit August 1985, den Einzelpreis seit Januar 1990 nicht mehr erhöht. Den jährlichen Rückgang der Erlöse und die Folgen des Obelixschen Gesetzes (»Die Preise fliegen über den Markt«) haben wir bisher durch Einsparungen wettgemacht. Das können wir jetzt nicht mehr. Und für Leser und Leserinnen, denen einmal im Monat das Produkt unserer Tätigkeit nicht den Preis von zwei Packungen Zigaretten oder einem Pfund Kaffee wert ist, will ich es auch nicht. Die Frage des Preises ist zugleich eine politische Preisfrage: Ob es im neuen Deutschland genügend Leserinnen und Leser gibt, die sich die letzte linke Publikumszeitschrift kosten lassen, was sie kostet? Die Antwort liegt bei Ihnen.

Ihr Hermann L. Gremliza

**Seit über einem Jahr, seit dem** Pogrom von Hoyerswerda, nervt KONKRET die Ist-doch-alles-halb-so-schlimm-Deutschen Monat für Monat mit dem Abdruck einer Liste von Belegen für die zivilgesellschaftliche Reife ihrer Landsleute: einer Liste von Gewalttaten gegen Ausländer, die über den Rassismus der Deutschen verrät, was mit dem Verweis auf das »gesamteuropäische Problem Rassismus« verdeckt werden soll (»Jeder ist uns der Nächste«, in diesem Heft S. 18 – 20). Rassismus ist in der halbwegs zivilisierten Welt ein Problem, das sich als Diskriminierung – bei der Arbeits- oder Wohnungssuche, in Gerichtsverhandlungen, auf der Straße – äußert, das in Willkürakten staatlicher Organe, in »Rassenunruhen«, auch in Lynchjustiz zu offener Gewalt wird. Nach Überfällen auf Ausländerwohnheime, die die Täter zu diesem Zweck erst aufsuchen müssen, in Städten, deren Ausländeranteil wenige Promille beträgt, nach Gerichtsurteilen, in denen eine geringe Strafe nicht etwa deswegen verhängt wird, weil weiße Richter den Aussagen des weißen Täters mehr Glauben schenken als schwarzen Zeugen, sondern deswegen, weil die Richter den Mördern, deren Taten sie gar nicht bestreiten, das Fehlen einer Diskothek im Ort als mildernden Umstand anrechnen, sucht man in England, Frankreich oder den USA ebenso vergeblich wie man in Deutschland auf das Ausbrechen von riots wegen Rostock wartet. Den Umgang der deutschen Justiz mit Neonazis hat Oliver Tolmein recherchiert (s. seinen Beitrag »Kahl und ungeschoren«, in diesem Heft S. 26-29).

**Wie sehr die Empfehlung eines** Buches in KONKRET unsere Leserinnen und Leser von der Nützlichkeit zu überzeugen vermag, es auch zu erwerben, darüber können wir in der Regel nur Vermutungen anstellen. Der Umstand, daß in Klaus Bittermanns Artikel über Greil Marcus' Buch *Lipstick Traces* (»Brüllen, rülpsen, muhen«, KONKRET 11/92) die Angabe des Verlages fehlte, in dem Marcus' Untersuchung über die »Geheimgeschichte des 20. Jahrhunderts« erschienen ist, verschaffte uns im letzten Monat einen kleinen Einblick in das Wirkungspotential von Rezensionen. Über achtzig interessierten Leserinnen, Lesern und Buchhandlungen, die das Buch in keinem Verzeichnis lieferbarer Bücher finden konnten, mußten wir die Auskunft geben, daß *Lipstick Traces* im Verlag Rogner & Bernhard erschienen und nur direkt über den Buchversand Zweitausendeins, Telefon 069 – 420 80 00, zu beziehen ist.

**»Ein Volk gibt Gas – 28 Berichte** zur Lage der deutschen Nation«: unter diesem Titel sind jetzt als zweiter Band der Reihe »konkret texte« 28 Kolumnen von Hermann L. Gremliza erschienen. 140 Seiten zum Preis von 16 Mark 80 an jedem guten Kiosk und in jeder besseren Buchhandlung.

Konkret 12/92, S. 6

# an konkret

**Geistiger Auswurf**

**KONKRET allgemein**

Der geistige Auswurf, mit dem in KONKRET seit Beginn der Asylerschleicher-Invasion das deutsche Volk eingedeckt wird, ist qualitativ dem geistigen Auswurf ebenbürtig, mit dem in meiner Jugend im STÜRMER die Juden dargestellt wurden. Sie mögen damit bei den rot/grünen Sozialschmarotzern und den kriminellen AUTONOMEN-Banden Beifall finden – mein Stil ist es nicht; es erregt bei mir nur Ekel, zumal ich psychisch gesund bin.

*Ass. jur. F. Henning Streu*

*Bremen*

Seit zwei Monaten lese ich wieder KONKRET, denn es hat mir in dieser freudlosen Zeit wirklich gefehlt, und wegen dem damit verbundenen Unwohlsein wollte ich schon den Arzt aufsuchen. Doch dies hat sich glücklicherweise erübrigt, denn ich lese wieder KONKRET – und kann wieder lachen. Lachen über die kaputte Denkweise darin. Natürlich werde ich auch neugierig. Jeden Tag schaue ich aus dem Fenster und warte ganz aufgeregt auf die in KONKRET angekündigten SA- und SS-Aufmärsche nach vollzogener Machtübernahme (auch angekündigt!) der Braunen. Aber nichts passiert. Vielleicht könnt ihr mir den genauen Tag des Ereignisses mitteilen. Schon jetzt ein Danke.

*Bodo Schmidt-Kreuzer*

*Bonn*

**Rassistische Scheiße**

**KONKRET 11/92: »Multirassismus« von Wolfgang Pohrt**

1. Auf dem Titelblatt ist Pohrts Beitrag so angekündigt: »Multikultur: Rassismus für den gehobenen Bedarf«. Tatsächlich hat er mit diesem sehr wichtigen Thema überhaupt nichts zu tun. »Thema verfehlt«.

2. Daß Pohrts Kulturverständnis sich tatsächlich auf das Rezipieren & Rezitieren von Goethe und Schiller bzw. auf den »Erwerb einer humanistischen Bildung« beschränkt, ist tatsächlich lächerlich spießig. Überhaupt nicht witzig, sondern übelster Kulturalismus ist es, wenn er die »nicht absolut willkürliche« Unterscheidung zwischen »primitiven« (repräsentiert durch »Wilde« sowie Punks »mit dem violetten Büschel auf dem kahlgeschorenen Kopf«) und »Hochkulturen« (zu erkennen an der »Verfeinerung (der) Sinne«, »Überwindung roher Begierden« etc.) bzw. »Zivilisation« und »Barbarei« (»Barbar« bedeutet, wie die humanistische Bildung uns lehrt, »Stotterer« – die Griechen bezeichneten so Menschen, deren Sprache ihnen ungewohnt vorkam und folglich primitiv sein mußte) für das Essential schlechthin einer Kulturtheorie erklärt. Auf sein paranoides Miß-Verständnis von Begriffen wie Kulturanthropologie oder Alternativ- bzw. Subkultur lohnt es sich nicht, näher einzugehen.

3. Die KONKRET-Redaktion ist ihren LeserInnen die Erklärung schuldig, wie es möglich ist, daß folgenden massiv rassistischen, affirmativ vorgetragenen Äußerungen in KONKRET ein Forum geboten wird: »Es ist diese mit ihrer Weltlosigkeit gegebene Unwirklichkeit der Eingeborenenstämme, die zu den furchtbar mörderischen Vernichtungen und zu der völligen Gesetzlosigkeit in Afrika verführt hat.« Die »Weltlosigkeit« der Herero hat also zu ihrer Vernichtung durch die deutsche Kolonialmacht geführt? Daß dieser eurozentrische Schwachsinn von Hannah Arendt stammt, ist keine Entschuldigung für den zustimmend zitierenden Pohrt. Noch weniger entschuldbar ist es, die Buren als »Gruppe Weißer, die in Südafrika den Kontakt zur Zivilisation verloren, selber wie die Eingeborenen lebten und also (...) *verkafferten«,* zu beschreiben. Es sind also nicht »zivilisierte«, sondern »verkafferte« Weiße, die eine Gewaltherrschaft über Schwarze ausüb(t)en, weil sie, die Weißen, wie die Schwarzen lebten?

Unmenschlich und ebenfalls rassistisch ist es, wenn Pohrt postuliert, der Rassismus stehe den (natürlich ausschließlich ostdeutschen) Rassisten (»glatzköpfige Klopse«) ins Gesicht geschrieben, mehr noch: »Man findet doch keinen menschlichen Zug darin«. Wir lernen: »Barbaren«, »Eingeborene«, »Kaffern« und »Ostdeutsche« sind Untermenschen. Nicht zu vergessen Frauen, wie Pohrt wenigstens im P.S. noch durchblicken lassen muß, wenn sich schon vorher keine Gelegenheit dafür gefunden hat: »(...) Aussehen, Mimik, Gebaren und Kleidung von Ministerin Merkel (dementieren) den aufklärerischen Gedanken (...). Jeder öffentliche Auftritt der Ministerin beweist, daß ›die deutsche Frau‹ keine Erfindung

deutschfeindlicher Propaganda ist.« Wer nicht glaubt, daß diese Sätze Pohrts hemmungslosem Bedürfnis, Chauvinismus zu demonstrieren, geschuldet sind, möge »Ministerin« durch »Minister« bzw. »Ministers«, »der« durch »des« und »die Frau« durch »der Mann« ersetzen, und sich vorstellen, die Passage beziehe sich etwa auf Heiner Geißler. Noch Fragen?

*Menniger Toni*

*Würzburg*

Pohrt sprach in München von Rasse und Kultur. »Anders als das Tier«, dozierte er »gehört der Mensch nicht kraft Geburt einer Rasse an, sondern durch seine Existenz« in einem bestimmten Umfeld. Das habe Hitler selbst bestätigt.

Zum Beweis des Gegenteils könnte man kompetentere Zeuge konsultieren: moderne Populations- und Evolutionsgenetiker, Ethno-Anthropologen und Gen-Archäologen. Die haben mit ihrer Polymerasekettenreaktion die Rassendifferenzierung und Artenverwandtschaft mikrobiologisch bis zum Neandertaler und weiter zurück verfolgt. Danach sind, »wenn man die Augen nicht verschließt und sich zur ausgesprochen unangenehmen Einsicht durchringt« (Pohrt), menschliche Rassen durch diverse Selektionsfaktoren optimierte Gen-Gemeinschaften mit fließenden Grenzen. In KONKRET sollte auch mal was KONKRETES stehen. »Rassismus« ist eine Ideologie. »Antirassimus« auch. Beide gleich dumm. Warum sonst diese geradezu archaische Angst der Christen und Marxisten vor der modernen Gentechnik? Weil sie den bisher brutalsten Beweis dafür erbringen könnte, daß die marxistische Milieutheorie ebenso ein Märchen ist wie die Genesis im 1. Buch Mose.

Klügeres liest man bei Pohrt über »Kultur« und »Multikultur«. Was sie ist und was sie nicht ist. Für mich ist Kultur das, was vor kurzem in den Salzburger Festspielhäusern international zelebriert wurde (wo bleibt übrigens Henscheids geistvolle Kritik? Sein Name steht in den Operntextbüchern). Kultur ist nicht, was zur Zeit in Asylantenheimen vorgeht und um sie herum. Wäre unser Kulturetat höher als der Sozialetat, dann würden sicher andere Leute angelockt: weniger Wohlfahrtssüchtige, mehr Kulturhungrige. Diesen könnten nicht nur wir, die könnten auch uns helfen. Banausen haben wir selbst genug im Lande. Das klingt zwar zynisch, arrogant und elitär – jedoch: Die Nachwelt (wenn es denn eine noch geben sollte) wird uns nicht daran messen, wieviel Armutsflüchtlinge wir aufgenommen, alimentiert, asyliert und assimiliert haben. Sie wird schlicht und einfach fragen: Was habt ihr für Kunst, Kultur und Wissenschaft; für Mozart, Salzburg und die Gentechnik getan?

*Dr. med. Egon Kehler*

*Ainring*

Warum lese ich immer noch – und jeden Monat wieder – Wolfgang Pohrts neueste Artikel? Von der ersten bis zur letzten Zeile? Und gleich nach der Gremliza-Kolumne? Zugegeben, seine Masche, immer wieder durch groben Unfug von sich reden zu machen, ist verdammt cool. Aber es ist unter Eurer Würde. Ist es nicht?

Ansonsten sei einfach mal gesagt, daß ihr eine gute und hilfreiche Zeitschrift macht.

*Martin Höpner*

*Heidelberg*

Diese Aufzählung dümmlicher Klischeevorstellungen kotzt mich an! Ich wohne Zeit meines Lebens im Osten des jetzt zusammengeschlossenen Doitschlands, zuerst in Thüringen, die meiste Zeit hier in Ostberlin. Und ich gedenke, dies auch in Zukunft so zu halten.

Dies hinderte mich allerdings nicht, im Dezember 1989 in Dresden bei Kohls unsäglicher Anschlußrede (Kainem wird es schlechter gehn ...), mich statt unter die 10000 begeistert johlenden Hornochsen in die knapp 1000 GegendemonstrantInnen einzureihen. Am 3.10.90 stand ich auch nicht besoffen am Brandenburger Tor, sondern fuhr nach Kreuzberg, um »Deutschland, halt's Maul« mitzuerleben. In Hoyerswerda und Rostock schmiß ich keine Steine auf Nicht-Doitsche, sondern demonstrierte gegen Rassismus und faschistische Gewalt. Im Juli 1992 stand ich mit im Münchener Kessel und atmete 13 h gesiebte Luft.

Ich wehre mich daher ganz entschieden dagegen, mit zu diesem ekelhaften Menschenschlag gezählt zu werden, welchen AutorInnen vom Schlage Wolfgang Pohrts als »Die Ossis« bezeichnen! Es gibt keine »Die Ossis«!!!

An diesem 3.10., an welchem Wolfgang Pohrt seinen merkwürdigen Vortrag gehalten hat, demonstrierte ich übrigens mit 6-8000 FreundInnen in Berlin gegen Rassismus und Militarismus. Von den 6 Leuten, welche das Spitzentransparent trugen, waren 3 aus Ostberlin, 2 aus Westdeutschland und 1 aus der Türkei. Die Bulledseitruppen, welche die Abschlußkundgebung der Demo gewaltsam auflösten (Verletzte auf beiden Seiten, 45 Festnahmen) waren natürlich nicht aus dem Osten Deutschlands.

Vielen Dank, liebe Wessis!!

*Gerd Bedszent*

*O-Berlin*

Konkret 12/92, S. 9

**Hermann L. Gremliza**

# Sauber!

**D**a und dort ist den Deutschen um den 9. November herum vorgeworfen worden, sie hätten aus der Geschichte nichts gelernt. Von wegen. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß so etwas wie die Berliner Demonstration in der deutschen Geschichte noch nicht dagewesen ist: 300.000 Exportabhängige, die vor aller Welt ihre Liebe zum Ausländer feierten, indem sie dem Motto der Verfassung folgten, daß die Würde des Menschen unantastbar sei, damit keiner der Kunden auf falsche, also richtige Gedanken kommt, wenn in Deutschland demnächst nicht die Würde, sondern bloß Kopf und Kragen einiger hunderttausend Menschen zum Zweck des Hinauswurfs etwas fester angetastet werden. Unter Führung von Politikern, die den deutschen Nationalismus angefacht und jede Anstrengung vermieden haben, Leib und Leben Asylsuchender in Rostock oder Hünxe vor dessen tödlichen Folgen zu schützen, und die nun noch vor Weihnachten den Forderungen ihrer glatzköpfigen Avantgarde die verfassungsändernde Tat folgen lassen wollen, marschierten die 300.000 durch des neuen Reiches Hauptstadt, »heiter und unbeschwert«, wie es in allen Blättern hieß, denn es war ein sonniger Sonntag, man hatte nichts besseres vor und warum sollte man da nicht zeigen, daß man die Fremden liebt und die Eigenen, die die Fremden rausschmeißen wollen, auch.

»Deutschland den Deutschen! Ausländer raus!« zu wollen und, um dem Wunsch die Tat folgen lassen zu können, einen Auflauf von 300.000 Ausländerfreunden zu organisieren statt einer Reichsbrandflaschen-Woche; die Wiedergeburt einer deutschen Volksgemeinschaft unter Bezeichnungen wie »Schweigende Mehrheit der Anständigen« (nicht Schönhuber, sondern Thierse), die Gleichschaltung von Parteien, Verbänden und Medien, die Formierung von Staat und Gesellschaft zu schlagkräftigen Waffen einer Weltmacht und die Liquidierung jeder undeutschen Opposition auf eine Weise zu veranstalten, die fast alle deutschen Mitläufer und die meisten ausländischen Beobachter wie der »Corriere della Sera« glauben läßt, das neue Deutschland sei ein »anderes Deutschland«, und zwar nicht was man nach dreizehn Toten und 3.374 nazistischen Straftaten in einem Jahr denkt, sondern »ein Land, geprägt von Solidarität und einem Gefühl von Zivilisation« – solches Lernen aus der Geschichte verdient fürwahr eine Eins mit Sternchen.

Eigentlich aber mit Kreuzchen. Denn der Erfolg setzt eine gesellschaftliche Fähigkeit und Bereitschaft zur Heuchelei voraus, die in weniger evangelischen Gegenden weniger ausgeprägt ist. Es waren nicht die marginalen politischen Differenzen zu den anderen christlichen Fremdenfreunden, die Streibl und die Seinen zum Fernbleiben von der Berliner Demonstration bewogen, es war die katholische Vorliebe fürs Grobe, Direkte. Der intellektuellen und psychischen Verstellung, dem (gespielten) Gestus der Selbsterniedrigung und Bescheidung, die das Heucheln verlangt, das in der evangelischen Staats-, also Untertanenkirche eingeübt wurde, hatte die meist übermächtige Una Sancta immer die klotzige Lüge vorgezogen, wenn nicht gar die zynische Wahrheit, sehr im Gegensatz zum ehemaligen Kirchentagspräsidenten Weizsäcker, der zwar auch lügt, wenn er das Maul aufmacht, es aber nicht kann, ohne zuvor das Gewand des Bergpredigers umzuwerfen: »Und wenn ein Ei auf meinen Mantel fällt, dann werde ich ihn ausziehen und weitermachen. Das tun auch die allermeisten Bürgerinnen und Bürger bei uns im Lande.« Wahr ist, daß die allermeisten Bürgerinnen und Bürger weitermachen, wenn sie nicht sogar »Zugabe!« rufen wie in Lichtenhagen.

Keine Szene des Berliner Films ist zu verstehen ohne Erinnerung an das, was bisher geschah: Seit der Wiedervereinigung haben Verbrechen an Ausländern ein seit 1945 nicht gekanntes Ausmaß erreicht. Die Polizei sieht tatenlos, aber wohlwollend zu, die Justiz ruft dann und wann einem der Totschläger ein drohendes »Du! Du!« zu, die Politiker und Journalisten aller Parteien, die mit ihrem Gerede von Scheinasylanten und Ausländerkriminalität erst den Nazibanden Mut gemacht haben, nehmen die Täter als »frustrierte Jugendliche« in Schutz und nutzen die Empörung über die Verbrechen an Asylsuchenden und Flüchtlingen, um die Bundesrepublik gegen Asylsuchende und Flüchtlinge aufzurüsten, das Grundgesetz zu ändern und die Sozialhilfe für Asylbewerber unters Existenzminimum zu senken. Der Existenz der Ausländer und keineswegs der an ihnen verübten Verbrechen wegen hat der Bundeskanzler den »Staatsnotstand« ausgerufen und mit einem Putsch gedroht. Die einzige politische Gruppierung, deren Mitglieder sich – in der Tat und nicht in der Süßmuthschen Metapher – schützend vor Ausländerheime gestellt und den Nazis ein paar Niederlagen beigebracht haben, sind die »Autonomen«. Sie konnten freilich nur wenige der Brände löschen, die die schweigende Mehrheit der Anständigen angestiftet hat.

Dies im Sinn, lese man, wie Weizsäcker die rechten Mörder und die linken Verteidiger der Opfer zusammenschleimt: »Deutschland den Deutschen. Mit solchen Parolen ziehen *Extremisten* durch die Straßen«; wie er vorzugehen verlangt »gegen Gewalttäter von allen Seiten, denen es nur um ihren Krach geht und nicht um ihren Mitmenschen«, was sogar für die neuen Nazis gelogen ist, denn denen geht es nicht um ihren Krach, sondern um Mitmenschen, die sie totschlagen können. Wer Gewalt im Namen Deutschlands anwenden wolle, sagt Weizsäcker, »der vergreift sich am Namen unserer Nation«, womit der Präsident zum Ausdruck bringt, daß der Name unserer Nation etwas ist, woran man sich vergreifen

kann und nicht unsere Nation etwas, das sich an so vielen vergriffen hat, daß ihre Repräsentaten in Fragen der Ehre der Nation und ihres verfluchten Namens für ein paar hundert Jahre schweigen sollten.

Natürlich kann der Bundespräsident allein den Bedarf des neuen Deutschland an Heuchlern nicht befriedigen, und in Berlin zeigte sich, wie glücklich zwei Zugewinne waren, die das politische Personal der jungen Weltmacht in den letzten Jahren machen konnte. Der eine kommt aus dem Bürgerkindermilieu der alten BRD, der andere aus Pfarrhäusern der DDR. In einem symbolischen Akt fanden beide zusammen, als Pastorin Vollmer, Bischof Kruse und Pfarrer Schröder, da Tomaten, Eier und einige Steine flogen, sich schützend vor die Tribüne, auf der Weizsäcker stand, stellten, als wärs ein brennendes Ausländerheim, aber daß es kein brennendes Ausländerheim war, erkannte man schon daran, daß Pastorin Vollmer, Bischof Kruse und Pfarrer Schröder davorstanden.

Vor den Kameras spreizten sich derweil Vaterlandsverteidiger wie der Pfarrer Gauck, ein offizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit, der die Zuschauer bei jedem Auftritt seine tiefe Sorge um die Wahrheit und den Sitz seines neuen Zweireihers spüren läßt und nun seinen friedlich revolutionären Abscheu vor Leuten kundtat, die seines Arbeitgebers Ansehen herabsetzten. Vor den Mikrophonen erklärte ein anderer Heiliger vom Bündnis 90, die Eierwürfe auf den Bundespräsidenten hätten dem Ansehen Deutschlands weiteren Schaden zugefügt, womit er bestätigte, daß unter der Würde des Menschen das Ansehen Deutschlands und also das unantastbare Interesse der heimischen Exportindustrie zu verstehen ist.

Einem der westlichen Newcomer, dem grünen Politiker von Plottnitz, stieß in der begreiflichen Erregung des frisch Konvertierten der Schulungskurs seiner alten K-Gruppe auf: Die Autonomen hätten sich »zumindest objektiv« als Komplizen der Rassisten gebärdet, sagte er, und die mitleidende Tageszeitung schluchzte: *Wie schön hätte es sein können,... ein Erfolg für diejenigen, die, über alle politischen Gräben hinweg, in der Lage waren, in einem für die Zukunft Deutschlands so wichtigen Punkt zusammenzustehen: rechtsradikalen und nationalistischen Ideologien in diesem Lande keine Chance einzuräumen... Das kindische Spiel, »mit denen – gemeint sind die Staatsspitzen und die konservativen Parteien – demonstriere ich nicht«, ist Ausdruck eines ahistorischen Bewußtseins.* Zusammen mit Weizsäcker, der, vor dreizehn Leichen, den Namen unserer Nation verteidigt, gegen nationalistische Ideologie! Warum nicht zusammen mit Schönhuber gegen rechtsradikale? Es ist doch kindisch, nicht Schulter an Schulter mit dem Zigeunerdeporteur Seiters die Sorgen der Nachbarn zerstreuen zu wollen, wenn es um Deutschlands Zukunft geht.

Es wär so schön gewesen! Das haben sie ihrem geliebten Präsidenten gut abgeguckt: daß man den reaktionärsten Dreck unter die Leute bringen kann, wenn man sie dabei anguckt wie ein getretener Hund; daß unter deutschen Evangelenmännern das wohltemperierte Leiden eine erstklassige Erfolgsnummer ist; daß unter ihnen Heuchelei nicht als individueller moralischer Defekt gilt, sondern als Zeichen politisch reifer Kultur; daß man sich mit nichts besser ranschmeißen kann an die Herrschenden als mit gut dosierter Renitenz; kurzum: daß selig sind, die Verfolgung leiden, denn ihrer ist das Vierte Reich.

Und wenn die 3.000 Autonomen nichts weiter bewirkt hätten, als diesen Blick auf die verfolgten Verfolger zu bieten und nebenbei dem Ansehen Deutschlands wenigstens ein bißchen zu schaden, hätten sie der Menschenwürde einen besseren Dienst geleistet als die fröhlichen 300.000 und ihr bekleckerter Vorsänger. Sauber!

Konkret 12/92, S. 10

**Georg Fülberth**

# Für eine Lösung à la CSFR

**»Wir müssen begreifen, daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltpolitik sein sollte« (Max Weber, 1895). Ein Plädoyer für die Wiederauflösung des deutschen Nationalstaates**

## 1895: Nachgeschobener Sinn

Im Frühling 1895 veröffentlichte ein im Vorjahr neuberufener Ordinarius für Nationalökonomie an der Universität Freiburg, der damals einunddreißigjährige Max Weber, seine Antrittsvorlesung. Sie hatte den Titel: »Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik«. Der Vortragende faßte noch einmal die Ergebnisse seiner Forschungen über die ostelbische Agrarfrage zusammen und machte seine Zuhörer auf eine ihn beunruhigende Tatsache aufmerksam: In Westpreußen wanderten die deutschen Landarbeiter ab, und Polen nähmen ihre Plätze ein. Weber sah hier »die physischen und psychischen Rassendifferenzen zwischen Nationalitäten im ökonomischen Kampf ums Dasein« am Werk. Die Deutschen suchten im Westen bessere Lebensbedingungen, während die genügsameren Polen sich mit wenigem beschieden. »Der polnische Kleinbauer gewinnt an Boden, weil er gewissermaßen das Gras vom Boden frißt, nicht trotz, sondern wegen seiner tiefstehenden physischen und geistigen Lebensgewohnheiten.« Max Weber stellte daraufhin einige Forderungen »vom Standpunkt des Deutschtums« aus: Der Staat müsse die Ostgrenze gegen Zuzug schließen und eine systematische Ansiedlung von Deutschen betreiben, und zwar gegen die Interessen der Gutsbesitzer, welchen die Einwanderung billiger polnischer Arbeitskräfte allzu gut in den Kram passe.

An dieser Stelle hielt der Redner in seiner politischen Argumentation ein und fragte sein Publikum und sich, ob er, als Wissenschaftler, »derartige nationalistische Werturteile« vortragen dürfe. Er kam zu dem Ergebnis, daß sein Fach sich nicht nur in neutraler Weise mit sozialen Interessen befasse, sondern es müsse berücksichtigen, daß die Nation letztlich der zentrale Faktor sei. »Die Volkswirtschaftspolitik eines deutschen Staatswesens ebenso wie der Wertmaßstab des deutschen volkswirtschaftlichen Theoretikers können deshalb nur deutsche sein.« Ein Elend der deutschen Politik bestehe darin, daß die herrschenden Klassen sich dieser Tatsache nicht mehr bewußt seien. Die preußischen Junker dächten und handelten, wie das Beispiel zeige, nur noch kapitalistisch, nicht genügend national. Für die Bourgeoisie gelte das ohnehin. Viele strebten ausschließlich nach Profit, wollten die Politik lieber einem »neuen Cäsar« überlassen, und ein anderer Teil dieser Klasse sei »längst versunken in jene politische Spießbürgerei, aus welcher die breiten Schichten des Kleinbürgertums noch niemals erwacht sind«. Diesem, dem Kleinbürgertum, aber fehle »selbst jenes einfachste ökonomische Verständnis, welches ihm gesagt hätte, was es für den Handel Deutschlands in fernen Meeren bedeutet, wenn an den Küsten umher die deutschen Fahnen wehen.«

Wenn das aber so sei, so befindet Max Weber, dann hätte man sich die deutsche Einheit lieber sparen sollen: Ohne Weltpolitik habe sie keinen Sinn. Leider sei auch auf die Arbeiterklasse in dieser Frage noch kein Verlaß, denn dort herrsche ebenfalls ein »politisch unerzogenes Spießbürgertum«. Allerdings: »Gelänge es in der Tat, eine ›Arbeiteraristokratie‹ zu schaffen, welche Trägerin des politischen Sinnes wäre, den wir heute an der Arbeiterbewegung vermissen, dann erst möge der Speer, für welchen der Arm des Bürgertums noch immer nicht stark genug zu werden scheint, auf jene breiteren Schultern abgelegt werden.« Aus alledem folge, daß noch »eine ungeheure politische Erziehungsarbeit« zu leisten sei.

Wir sehen: Max Weber bemühte sich, der Reichsgründung von 1871, die für sich genommen noch keinen Sinn habe, einen Zweck nachzureichen: die »Weltpolitik«. Sie ist in den folgenden Jahren denn auch kräftig betrieben worden. Doch handelte es sich offensichtlich nicht um das richtige Mittel. Als die Ergebnisse 1945 offenkundig waren, wurde die deutsche Einheit, die durch die »Weltpolitik« erst ihre Legitimation erhalten sollte, wieder revidiert.

## 1992: Die Wut auf den verlorenen Groschen

Knapp hundert Jahre nach Webers berühmter Antrittsvorlesung scheint sich die damalige Situation zumindest in einem Punkt zu wiederholen. Wieder ist ein deutscher Nationalstaat entstanden, und es darf gefragt werden: Wozu? Die Herstellung von parlamentarischer Demokratie und Marktwirtschaft in der DDR ist kein ausreichender Grund, denn dies wäre in einer separaten Deutschen Demokratischen Republik (sei es unter diesem, sei es unter einem neuen Namen) ebenfalls möglich gewesen. Auch die Tatsache, daß ab August 1989 größere Menschenmassen zunächst auf dem Weg über Ungarn, dann direkt in die Bundesrepublik strömten, weil sie dort erheblich bessere Lebensverhältnisse für sich erhofften, mußte nicht zwingend den Anschluß zur Folge haben. Auf den gegenwärtigen Zustrom von sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen reagiert die Bundesrepublik auch nicht damit, daß sie deren Herkunftsländer in sich aufnimmt. Ausschlaggebendes Argument war von Anfang an die Behauptung, daß da seit 1871 etwas zusammengehöre, was nun eben

wieder zusammenwachse. Doch gerade der bekennende Nationalist Weber hatte einst gefragt: Zu welchem künftigen Zweck?

Die gegenwärtige Bundesregierung und ihre Opposition haben allerdings andere Sorgen. Sie sollen Wohlstandsversprechen für die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR erfüllen und wissen nicht, wie sie das bezahlen sollen. Dabei haben sie die Bereitschaft der Westdeutschen, für die nationale Einheit zu zahlen, realistisch eingeschätzt: Man führte zwar eine »Solidaritätsabgabe« ein, doch diese war zeitlich befristet, und neue Steuern sollten nicht erhoben werden. Das bedeutete, daß auf dem Umweg über Staatsverschuldung und Zinspolitik die ökonomischen Folgen der deutschen Einheit erst einmal anderen Völkern aufgedrückt wurden – ein kleines Stück neuer »Weltpolitik«, welches die Londoner »Times« vom 29. Oktober 1992 so kommentierte: »For the past two years, the whole of Europe has paid dearly for the failure of Germany, its pivotal economic power, to put unification on a sound financial footing.«

Die sich anbahnende Rezession erschwert die Fortsetzung dieses Weges, denn die Kredit-Teuerung drosselt nicht nur die fremde Konjunktur, sondern auch die eigene. Jetzt sollen entweder die Steuern erhöht oder die Staatsausgaben eingeschränkt werden oder beides. Der Transfer von Ost- nach Westdeutschland wird auf 160 Milliarden jährlich geschätzt. Solange er auf dem Anleihewege aufgebracht wurde, tat er den Westdeutschen noch nicht sehr weh. Neue Steuern und die Kürzung staatlicher Leistungen werden sie spüren, und zwar klassenspezifisch: Es ist ausgerechnet worden, daß die Kosten der deutschen Einheit schon jetzt Privathaushalte mit kleinem Einkommen stärker belasten als die Besserverdienenden.

Dies könnte das Ende der Gelassenheit bedeuten, mit der die Westdeutschen die Wiedervereinigung hingenommen haben. Deren treibende Kraft waren sie nie, vielmehr läßt sich das vielgefeierte Ereignis auf das Wirken einer dreifachen Koalition zurückführen:

Erstens: Am Anfang nahm ein sowjetischer Bankrotteur die DDR ins Angebot, weil er – fälschlich – hoffte, mit dem Erlös den Kern seines Unternehmens sanieren zu können.

Zweitens: Die politische Klasse der Bundesrepublik ließ sich das nicht zweimal sagen. Sie griff zu, denn der Gelegenheitskauf bedeutete die Realisierung eines alten politischen Projekts, auf das sie sich seit 1949 festgelegt hatte.

Der dritte Faktor war die Bevölkerungsmehrheit in der damaligen DDR. Als die Grenze durchlässig wurde, hat sie sich nicht von einer Unterjochung befreit, die ihr etwa unerträglich geworden wäre, sondern sie hat ihre bisherige mit Mängeln behaftete Situation, in der sie sich aber gemütlich eingerichtet hatte, gegen eine weit bessere eingetauscht, weil es sich nun einmal so ergab. Denn wer wollte schon nein sagen, wenn sich die Chance einstellt, den Paß eines der reichsten Länder der Welt zu erhalten?

Das war’s dann aber auch schon. Insbesondere die weltberühmten Bürgerbewegungen der DDR sind nicht der Rede wert, wenn die reale Geschichte der Wiedervereinigung zu erzählen ist. Ebenso sind in diesem Zusammenhang die Westdeutschen zu vernachlässigen. Daß in der Vereinigungsnacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 wenig Überschwang herrschte (anders als noch im vorangegangenen November) und das Programm nicht von Marschmusik, sondern von den Fischer-Chören bestimmt wurde, ist als Beweis dafür mißverstanden worden, daß in Deutschland sich nunmehr die sanfte Zivilgesellschaft durchgesetzt habe. Vielmehr wurde da schon die erste Enttäuschung der Ostdeutschen spürbar, und den Westdeutschen war die Sache eher egal: Sie waren mehr dafür als dagegen, aber nicht sehr. Ein besonderer Einsatz, so schien es, wurde von ihnen nicht verlangt, aber daß sie viel von der Einheit haben würden, leuchtete ihnen auch nicht so recht ein. Ihren Gesinnungszustand hätte Max Weber wohl als »politisches Spießbürgertum« verurteilt.

Man könnte es auch als das »Ludwig Erhard-Syndrom« bezeichnen. Nicht der leicht pathetische Adenauer, sondern der pyknische Parteilose, der allerdings schon auf dem CDU-Ticket stand, hatte die Bundestagswahl 1949 gewonnen. Die Auseinandersetzung wurde über die Entscheidungen von 1948, die mit seinem Namen verbunden waren, geführt: Währungsreform und »Freie Marktwirtschaft«. Aber mit dem Wahlsieg war keineswegs alles entschieden. Noch in der ersten Legislaturperiode blieb zunächst unsicher, ob Erhard sich durchsetzen werde. Die Arbeitslosigkeit war hoch. Adenauer überlegte, ob er den Wirtschaftsminister, gegen den die Gewerkschaften Sturm liefen, entlassen solle. Gleichzeitig hatten die Neofaschisten Erfolge: In Niedersachsen bekam ihre »Sozialistische Reichspartei« 1951 elf Prozent, in Bremen acht Mandate. Dann – im »Korea-Boom« – sprang die Konjunktur endlich richtig an, die Außenhandelsbilanz der Bundesrepublik wurde positiv, und Erhard war der Wundermann. In der gleichen Zeit betrieb Adenauer die Aufrüstung und propagierte die »Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit«. Als die Wirtschaft stetig gut lief, gewöhnten sich die Westdeutschen an die Vorstellung, daß beides gleichzeitig zu haben sei: Wohlstand für alle und eine ehrgeizige nationale Politik.

Heute allerdings, nach der Wiedervereinigung und angesichts der steigenden finanziellen Belastung, die sie mit sich bringt, überdies vielleicht am Vorabend einer Wirtschaftskrise, könnte es sein, daß die Voraussetzungen der bisherigen relativen Harmonie entfallen sind. Andere Völker gehen mit den periodischen Wirtschaftskrisen recht gelassen um: Sie sind ihnen eine unliebe Gewohnheit. Großbritannien befindet sich seit mehreren Jahren in einer schweren Rezession, deren Ende immer noch nicht abzusehen ist. Es gibt dort keinerlei rechtsextremistische Massenstimmung. Nach Hoyerswerda und

Rostock-Lichtenhagen läßt sich ahnen, wie die Deutschen auf eine ähnlich tiefe und dauerhafte Krise reagieren würden. Ihnen sitzt die Brandflasche lockerer als anderen. Die Weltwirtschaftskrise 1929 – 1933 brachte in den USA Roosevelt an die Macht, in Deutschland Hitler.

Die politische Klasse im Westen, welche sich als gesamtdeutsche versteht, ist in einen Bedienungs-Konflikt zwischen den einander entgegengesetzten Interessen ihrer Klientelen in der alten BRD und in der ehemaligen DDR geraten. In dieser Situation haben sich die »Republikaner« einen Konkurrenz-Vorteil verschafft, da sie über die griffige demagogische Formel verfügen: beiden kön-ne geholfen werden, wäre man nur die Auslän-der, insbesondere die Asylsuchenden, los. Daßdies noch nicht einmal rechnerisch stimmt, verschlägt nichts. Zuweilen addieren Leute, die eine Änderung des Grundgesetz-Artikels 16 befürworten, die Kosten des gegenwärtigen Zustroms von Flüchtlingen auf jährlich achtzig Milliarden Mark. Das ist üppig und mit politischer Vorgabe kalkuliert, und doch macht dieser Betrag nur die Hälfte der Wiedervereinigungslasten pro Jahr aus. Wieviel Geld mobilisiert werden kann, wenn es um »Deutschland« geht, zeigt sich seit 1989. Allerdings findet man angeblich achtzig Milliarden (einmal fälschlicherweise angenommen, man hätte sie jemals bezahlen wollen) dann besonders beschwerlich, wenn man an einer anderen Stelle 160.000.000.000 abdrückt. So belegen die Rechten selbst mit Bleistift und Papier den Zusammenhang von Ausländerfeindlichkeit und Wiedervereinigung.

Zugleich wird erneut weltpolitische Sinnstiftung betrieben. Dies begann allerdings schon vor 1989. In seinem Büchlein »Die gezähmten Deutschen« hatte 1985 der Bonner Professor Hans-Peter Schwarz seinen Landsleuten die Mentalität von »Fellachen« nachgesagt, weil sie viel zu sehr auf internationale Allianzen setzten und darüber die kraftvolle Vertretung nationaler Interessen nach außen vergäßen. Hier war sie wieder: die Aufforderung zur Weltpolitik. Sie wird gegenwärtig besonders laut von dem Berliner Politologen Arnulf Baring vertreten.

Die beiden radikalen Beamten bleiben in einem Muster, dessen erste Fassung, 1895, wir bereits betrachtet haben: Der deutsche Staat gewinne seine Rechtfertigung durch seine internationale Machtentfaltung. Eine Art universalistischen Gegenentwurf, der aber, wenngleich mit anderem Vorzeichen, diesem Schema ebenfalls verpflichtet ist, legte Antje Vollmer in der Golf-Debatte des Deutschen Bundestages 1990 vor. Es ist anzunehmen, daß der Abgeordneten angesichts der kurz bevorstehenden Wiedervereinigung blümerant zumute war und daß sie diesem Großereignis noch schnell einen Sinn zuschreiben wollte, der ihren ökologischen, sozialen, basisdemokratischen und gewaltfreien Ausgangsvorstellungen entsprach. Die neue Großmacht Deutschland, so erklärte sie, müsse internationale Verantwortung im Sinne dieser Ideale, insbesondere bei der Friedensstiftung, übernehmen. Damit befand sie sich aber schon in dem Kontext, in dem auch die gegenwärtige Debatte über die Beteiligung der BRD an Blauhelm-Missionen und out-of-area-Einsätzen stattfindet.

Während der Block-Konfrontation schienen die nationalen Ambitionen der einzelnen Mächte auf beiden Seiten in einem übergeordneten Zweck, der mit menschheitlichen Namen belegt wurde (Sozialismus, Freiheit, Menschenrechte) aufgehoben. Diese Legitimations-Begriffe werden auch gegenwärtig beibehalten, doch nachdem der äußere Zwang zur Heuchelei etwas schwächer geworden ist, werden sie deutlicher als das sichtbar, was sie auch vorher schon waren: als Vorwand für die Durchsetzung von staatlichen Interessen. Auch jetzt noch können diese manchmal zu gemeinsamem Handeln gebündelt werden, zum Beispiel dann, wenn reiche kapitalistische Mächte Konventionen zur Abwehr von Flüchtlingen schließen oder militärische Maßnahmen zur Sicherung ihres Zugriffs auf Rohstoffe der sogenannten Entwicklungsländer ergreifen. Doch zugleich werden in solchen Allianzen Führungsansprüche gegeneinander geltend gemacht und wird eine inner-imperialistische Hegemonie ausgekämpft. Wer Deutschland als Großmacht akzeptiert, gesteht ihm zu, daß es da mitmacht. Die Art seiner internationalen Interessenvertretung wird von seinem inneren Zustand abhängen, und der ist, wir haben es gesehen, nicht besonders vertrauenerweckend. Da die Insassen des neuen Nationalstaates nichts miteinander anzufangen wissen, ist von ihnen kaum eine Handhabung eines solch mächtigen Apparates zu erwarten, welche dem Gedröhne ihrer Repräsentanten von »internationaler Verantwor-tung« eine für andere erfreuliche Bedeutung zu verleihen vermöchte.

**Der Deutsche Bund**

Da weder Einsicht im Inneren noch der energische Wille und die Macht zum wohltätigen Zwang von außen (nämlich bei den Nachbarn) vorhanden sind, können die nachfolgenden Überlegungen nur hypothetisch sein:

Wäre es nicht besser, der neue deutsche Nationalstaat, der, wie erwiesen, keinen erkennbaren Sinn hat und der deshalb unerfreuliche Konsequenzen bereits hervorbrachte und noch weitere erwarten läßt, löste sich wieder auf und nähme die Gestalt zweier europäisierter Regionalstaaten an? Die schiedlich-friedliche Trennung der CSFR, die demnächst – wenngleich noch ohne EG-Kontext – zu erwarten ist, könnte hier als Vorbild dienen.

Deutschland, damals nur eine geografische Tatsache, hat den schnellsten und gründlichsten gesellschaftlichen Fortschritt seiner ganzen Geschichte, nämlich die Industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts, nicht in der Form des Nationalstaates vollzogen, sondern unter dem Dach des Deutschen Bundes (1815-1866). Die Zersplitterung in 35 souveräne Territorien und vier Freie Städte konnte diese gewaltige Umwälzung nicht verhindern, sondern wurde nach Maßgabe der ökonomischen

Notwendigkeiten jeweils modifiziert, zum Beispiel durch den Deutschen Zollverein von 1833/34. Auf die Dauer ließ sich diese Ordnung nicht halten, aber sie wurde mit der falschen Konsequenz aufgelöst: nicht durch eine umfassende Demokratisierung der Teilstaaten, sondern durch den nationalen Obrigkeitsstaat. Die Folgen sind bekannt. Die 1945 in Aussicht stehende Revision der falschen Entscheidung wurde ab 1989 verworfen, und nunmehr sind wiederum die Folgen (andere als 1933 – 1945, aber dennoch ungute) absehbar.

Hauptstadt des alten Deutschen Bundes war die damalige Freie Reichsstadt Fankfurt am Main. Heute käme dafür wohl eher Berlin in Frage.

Wer derlei erwägt, bekommt es mit der Frage zu tun, weshalb denn nun gerade die Deutschen auf ihren Nationalstaat verzichten sollten, während doch die »Großen Demokratien des Westens« ebenfalls als Einheitsstaaten angelegt seien. Die Antwort, Briten, Franzosen und US-Amerikaner seien damit eben auch besser umgegangen als die unsrigen, wird wahrscheinlich als gemein abgetan und mit dem Einwand gekontert werden, die deutsche Fehlentwicklung sei nicht ein Ergebnis der Einheit, sondern der Verweigerung von Demokratie gewesen. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. Die parlamentarische Demokratie hat Vorzüge, garantiert aber noch nicht per se Friedensfähigkeit. Dazu müssen weitere Bedingungen erfüllt sein, zum Beispiel ein internationales Gleichgewicht, das den Ausbruch von einzelnen verhindert. Dies gab es 1815 – 1866 in Europa, und es bestand auch – in prekärer Gestalt, die vielfältiger Veränderung bedurfte – 1945 – 1989. Daß das vereinte Deutschland jetzt eine parlamentarische Demokratie ist, schützt vor Torheit nicht.

Die alten Nationalstaaten bestanden allesamt vor der Industriellen Revolution. Dieses gesellschaftliche Großereignis hat die innere kulturelle Verfassung der Völker, die territoriale Erstreckung und die Grundzüge der internationalen Beziehungen, wie sie vorher schon hergestellt worden waren (z.B. durch die Herausbildung einer starken Exekutive und die Abgrenzung von Staatsgebieten noch in absolutistischer Zeit, Revolutionen in Westeuropa, einen Unabhängigkeitskrieg in Nordamerika im 18. Jahrhundert, aber auch koloniale Expansion), umfunktioniert. Auf diesen Grundlagen, die also längst bestanden, erfolgte dann eine stürmische kapitalistische Entwicklung – bis hin zur Möglichkeit einer etwaigen künftigen Supranationalität. Es mag sogar sein, daß eine solche Chance in Europa um 1950 besonders nahelag. Die sich herausbildende Dominanz der BRD schon bis 1989 und der nachgeschobene deutsche Nationalstaat haben sie inzwischen in die Hegemonisierung durch eine zentraleuropäische Großmacht überführt.

Die Idee eines Deutschen Bundes muß allerdings vor dem Beifall der Stammtische geschützt werden. Dort werde, so hört man, zuweilen die Mauer wieder hergewünscht, und zwar drei Meter höher. Das ist der gleiche üble Impuls wie »Ausländer raus!«, im Verhältnis zu dieser Parole im übrigen unvergleichlich seltener. Wer einst der Deutschen Demokratischen Republik gutes Gedeihen wünschte und die Zweistaatlichkeit als die beste Gestaltung von einigen Bestandteilen des ehemaligen Reiches begrüßte, wird daran keinen Spaß haben. Auch eine neue DDR könnte nur eine bürgerliche Gesellschaft sein, sie brauchte also keinen Schutzwall, der von seinen Erbauern fälschlich als antifaschistisch bezeichnet wurde, obwohl er in Wirklichkeit antikapitalistisch war.

Selbstverständlich ist das alles nur eine Spielerei. Erklärungsbedürftig bleibt allerdings, weshalb das so ist, weshalb also die Möglichkeit des Deutschen Bundes niemals ernsthaft erörtert wurde, als es dafür noch Zeit war. Nachdem Ulbrichts Föderationsplan aus den fünfziger Jahren vom Westen abgelehnt worden war, hat man nichts mehr von solchen Dingen gehört. 1989 war es offensichtlich schon zu spät. Das war übrigens das Jahr, in dem die Europäische Wirtschaftsunion für 1993 fest ins Auge gefaßt wurde: Sie war das Thema der Saison vor dem Fall der Mauer. Eine in die EG aufgenommene DDR wäre ökonomisch vielleicht weniger versackt als heute die Fünf Neuen Bundesländer. Daß dies nicht ernsthaft diskutiert wurde, zeigt, daß der Spruch, man wolle kein deutsches Europa, sondern ein europäisiertes Deutschland, schon damals gründlich erlogen war.

**Georg Fülberth schrieb in KONKRET 11/92 über die deutschen Europapläne**

Konkret 12/92, S. 14

**Frieder Otto Wolf**

# Die saturierte Großmacht

**Verfolgt das wiedervereinigte Deutschland noch immer die Kriegsziele des Ersten Weltkriegs oder hat es den Hals inzwischen voll? Eine Entgegnung auf Georg Fülberths Beitrag »Maastricht – ein deutscher Bluff« in KONKRET 11/92**

Fritz Fischer hat das Problem, um das es im Kern geht, in klassischer Weise formuliert: »Die Kontinuitätslinien zeigen aber auch, daß 1897, 1914, 1933, 1939 jeweils die expansiven, aggressiven und zugleich innenpolitisch autoritären Elemente in der deutschen Geschichte stärker waren als die liberaldemokratischen und sozialdemokratischen Kräfte und Tendenzen.« Wie wird dieses Verhältnis in der nächsten großen historischen Entscheidung ausfallen?

Für Fischer als kritischen Historiker war die zitierte Feststellung der Ausgangspunkt für eine beharrliche Untersuchung mit dem Ziel, die »ökonomischen Interessen (aufzudecken), die hinter den Kriegszielen der Regierung und der auf sie einwirkenden sozialen Gruppen standen, sowie der macht- und sicherheitspolitischen Ziele der Militärs; ein Aufzeigen der in Schule, Kirche und Publizistik tradierten Mentalität der deutschen Bevölkerung, besonders ihrer führenden Schichten, in denen trotz eines steilen wirtschaftlichen Aufschwungs seit 1896 sich Unzufriedenheit und Aggressivität sammelten, die sich summieren lassen unter dem Schlagwort des erstrebten Aufstiegs Deutschlands zu einer Weltmacht über die bisher erreichte europäische Großmachtstellung hinaus«. Dabei sieht er einen wichtigen Unterschied zur »Politik der (übrigen, F.O.W.) Großmächte ... im Zeitalter des ›Imperialismus‹«: Das »Deutsche Reich unter Kaiser Wilhelm II.« habe dagestanden »als die am meisten Unruhe stiftende, unzufriedene und ungeduldige Macht, ... eine durch Enttäuschungen nur noch gereizter und fordernder auftretende Macht, die sich als ›eingekreist‹ empfand und bestrebt war, diese selbstverschuldete ›Einkreisung‹ zu sprengen.«

Das mag für postmoderne »Clip-Denker« ein wenig zu bedächtig und umständlich sein. Aber simpler ist eine wirkliche Einsicht in die gegenwärtige Lage, ihre Umbrüche und ihre gefährlichen oder konstruktiven Möglichkeiten, nicht zu bekommen. Allzu einfache Thesen kommen zwar dem Zeitgeist entgegen, lenken aber auch von der politischen Wirklichkeit und den schwierigen Aufgaben ab, die sich einer der realen Lage gerecht werdenden Linken stellen.

Zur Verbreitung solcher allzu einfachen Thesen hat auch Georg Fülberth beigetragen: Seine Kernbehauptung, die Bundesregierung erstrebe mit oder ohne Maastricht die Kriegsziele des deutschen Imperialismus, so daß es nur noch die Wahl gebe »zwischen einer deutschnationalen Variante des Imperialismus oder einer eher ›internationalistischen‹, europäisch oder atlantisch geprägten«, ist – sehr distanziert betrachtet – ebenso wahr wie falsch. Gerade deswegen ist sie als Orientierung für eine politische Praxis völlig ungeeignet (was Georg Fülberth unterderhand auch andeutet). Aber »Europa«, speziell die (west-)europäische Integration, stellt nun einmal heute einen – neben dem Pazifikraum wohl den zentralen – Kampfplatz dar, auf dem sich entscheiden wird, welche Art von Gesellschafts-, Wirtschafts- und Kulturmodell sich weltweit durchsetzen kann. Hier aus fatalistischer Fehlorientierung den – womöglich zunächst einmal nur defensiv führbaren – Kampf aufzugeben, nimmt den Kräften einer möglichen radikaldemokratischen, ökologischen, feministischen, pazifistischen und solidarischen Umgestaltung weltweit einen Faktor, auf den sie nicht verzichten können.

Fülberths These ist nämlich nur in einem sehr abstrakten Sinne richtig, der hinter die von Fischers Analysen gesetzte Anforderung zurückfällt, die *besondere* Aggressivität Deutschlands zu erklären, wenn er uns nämlich damit sagen will, daß gegenwärtig kein revolutionärer Ausweg aus der seit den späten 1960er Jahren sich zyklisch immer tiefer fressenden Strukturkrise des Weltkapitalismus absehbar ist und daß die Bundesrepublik Deutschland in den diesen Weltkapitalismus konstituierenden internationalen Abhängigkeits- und Hierarchiestrukturen eine führende Position hat erreichen können, die vorerst auch nicht zur Disposition steht. Immerhin läßt sich Fülberth von dieser abstrakten Feststellung nicht zu der vollends unhistorischen These vom »Vierten Reich« verleiten, bewahrt also ein Minimum an realistischer Bodenhaftung. Aber er bleibt dennoch auf einer Abstraktionsebene stehen, in der in der Tat alle Katzen grau sind: Kaiser Wilhelms II. »Griff nach der Weltmacht«, Kohl und Genschers hegemoniale Kompromißpolitik im EG-Rahmen, Adenauers listige Saar-Politik – nach den von ihm angedeuteten Kriterien gehörten hierhin des weiteren Hitlers Großraumpolitik, aber auch F.D. Roosevelts hemisphärische und pazifische Hegemonialpolitik oder Churchills und Trumans Politik des Kalten Krieges, nur daß es bei den beiden letzten nicht um einen *deutschen* Imperialismus ging.

Genauer betrachtet ist Georg Fülberths zentrale These nämlich einfach falsch: Die reale ökonomische Stellung der Bundesrepublik Deutschland in Europa und im planetaren Maßstab ist heute so stark, daß von einem unerfüllten Streben nach großregionaler Hegemonie keine Rede mehr sein kann und auch ein Streben nach zusätzlichen Weltmachtpositionen nur mit stark vorurteilsbeladenem Blick ausgemacht werden könnte. Im Gegenteil gehört heute die Bundesrepublik Deutschland zu den saturierten Großmächten und damit zu den Mächten des status quo – in EG-Europa ebenso wie weltweit. Dementsprechend ist auch Fülberths Maastricht-Analyse falsch: Die im Maastrichter Vertrag vereinbarte Währungs-union ist im Kern keine Konzession der Bundesrepublik an die anderen europäischen Großmächte, sondern ein deutscher – durch sekundäre Kompromisse erkaufter – Versuch, nach dem Wegfall des »Einigungszwanges« des »Kalten

Krieges« einen Sachzwang zu schaffen, der einer erneuten einzelstaatlichen Ausdifferenzierung des 1993 in Kraft tretenden »Binnenmarktes« (und des sich daran anschließenden »Europäischen Wirtschaftsraumes«), wie sie von kommenden ökonomischen und sozialen Turbulenzen ausgelöst werden könnte, einen Riegel vorschiebt. Die Art von europäischer Zentralbank, die in Maastricht vereinbart wurde, wird dabei sicherstellen, daß die Phantasien Mitterands, mit ihrer Hilfe die Geldpolitik in Europa in Zukunft demokratisch kontrollieren zu können, keine Chance haben werden. Eine einseitig an der Geldwertstabilität orientierte Politik – mit der Folge wachsender Arbeitslosigkeit und eines immer weitergehenden Sozialabbaus – ist damit fest programmiert.

Scheitert Maastricht, was auch noch nach seiner Ratifizierung geschehen kann, steht die Frage neu auf der Tagesordnung, wie der innerhalb der EG und mit den Ländern des EWR erreichte Stand an realwirtschaftlicher Integration über die bisherigen Deregulierungsprojekte hinaus politisch wieder reguliert werden kann und wie insbesondere gemeinsame Mindestbedingungen im Welthandel wie innerhalb der entstandenen (west-)europäischen Großregion in demokratisch kontrollierbarer Weise zustandezubringen sind. Die schlichte Renationalisierung der europäischen Politik entspricht nicht mehr der Interessenlage eines durch EG-interne Arbeitsteilung und Binnenmarktvorbereitungen in seinen stofflichen Strukturen wie in seinen Eigentumsverhältnissen veränderten deutsch-multinationalen Kapitals.

Auch diese Perspektive einer defensiven Hegemonialmacht Deutschland im westeuropäischen Rahmen birgt viele akute Gefahren. Doch es sind ganz andere, als Fülberths falsche Analogie zu den Bethmann-Hollweg-Plänen (oder die von anderen bemühte Analogie zu den Großraumwirtschaftsplänen Nazideutschlands) es suggerieren.

**Literaturhinweis:**

Fritz Fischer: Hitler war kein Betriebsunfall, 2. Aufl., München 1992

*Frieder Otto Wolf, grüner Europapolitiker, lehrt als Privatdozent Philosophie an der FU Berlin*

Konkret 12/92, S. 15

**Robert Kurz**

# Abbau Ost

**Eigentlich sollte die Treuhand mit den Gewinnen aus dem Verkauf der DDR-Betriebe den Aufschwung Ost finanzieren. Nun hat sie eine Bilanz ihrer Tätigkeit vorgelegt, die einen Verlust von 400 Milliarden Mark ausweist. Wie das?**

Seitdem Kohl mit demselben, einem Starrkrampf ähnlichen, Grinsen wie bei seinen falschen Versprechen von 1990 zwei Jahre später die »Stunde der Wahrheit« verkündet hat, bröselt das fragile Gebäude der deutschen Einheitsoptimisten aus ordinären Lügen, Beschönigungen und Fehlprognosen tatsächlich schneller als erwartet. Das geht nicht zuletzt aus den letzten geschätzten Zahlen einer für 1994 erhofften Schlußbilanz von Treuhandanstalt und Kreditabwicklungsfonds (KAF) hervor, denen eine jetzt veröffentlichte Schlußbilanz der DDR-Wirtschaft zum 1. Juli 1990 zugrunde liegt. Demnach werden diese beiden Abwicklungsinstitutionen der deutschen Vereinigung mit einem Schuldenbestand von rund 400 Milliarden DM aus der vermeintlichen Erfüllung ihres Auftrags gehen. Wie kommt dieser Berg von sogenannten »Altlasten« zustande?

Der KAF ist im wesentlichen zuständig für die Konsequenzen aus dem einmaligen Akt der Währungsumstellung. Durch deren asymmetrischen Charakter (verschiedene Umstellungs-Relationen) entstanden Ausgleichsforderungen hauptsächlich der ostdeutschen Kreditinstitute an den Staat in Höhe von etwa 100 Milliarden DM. Hinzu kommen knapp 30 Milliarden DM Staatsverschuldung der ehemaligen DDR (auch die negative Seite der diversen Bilanzen mußte ja auf DM umgestellt werden). Weitere 20 Milliarden DM Ausgleichsforderungen stammen aus dem ehemaligen Transferrubel-System des staatlichen Außenhandels der DDR, das bekanntlich kurz vor seinem Ende zu Großbetrügereien in Milliardenhöhe durch fiktive Exportgeschäfte ausgenutzt wurde. Macht summa summarum rund 150 Milliarden DM Miese, die von Waigel und Co. einstweilen außerhalb des Staatshaushalts im KAF geparkt wurden.

Den industriellen und sonstigen Kapitalstock der DDR samt seinen umzustellenden Bilanzen erbte größtenteils die Treuhand mit ihrem berüchtigten Privatisierungsauftrag. Ursprünglich sollte die Privatisierung ein Bombengeschäft werden und gleich den ganzen Aufbau Ost finanzieren. Der treuherzige Hans Modrow bezifferte den »Wert« der ostdeutschen Industrieruinen auf stolze 600 Milliarden DM, und einige sogenannte Experten aus westlichen Wirtschaftsinstitutionen gingen mit ihren interessierten Wertschätzungen noch höher. Sie hatten die Rechnung ohne die Wirtin namens Marktwirtschaft gemacht. Denn der Wert von Gebäuden, Maschinen usw. ist natürlich keine fixe, sondern immer eine relative Größe, die von Produktivitätsstandard, Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit innerhalb des jeweiligen Bezugssystems abhängt. Durch die ökonomisch naive Einverleibung wurde der DDR-Kapitalstock völlig unvermittelt mit dem Produktivitätsniveau der alten BRD konfrontiert und schlagartig entwertet. Genauer gesagt: Sein Wert wurde sogar *negativ*.

So war es also Essig mit der Privatisierung als Aufbaugeschäft, und die Treuhand häufte statt dessen Verluste und Schulden an. Zu den Miesen in den Bilanzen gehören zunächst einmal die Kreditschulden der ostdeutschen Betriebe an den alten DDR-Staat, die ja ebenfalls umgestellt werden mußten. Von Anfang an wurde gefeilscht, wer diese Kosten von mindestens 100 Milliarden DM tragen soll. Die eitle Hoffnung, daß die Käufer von ostdeutschen Betrieben so dumm sein würden, diese Ausgangsschulden gleich mit einzukaufen, erfüllte sich natürlich nicht. Soweit diese Altschulden nicht im KAF untergebracht oder anderweitig versteckt werden konnten, mußten sie daher direkt von der Treuhand übernommen werden. Dabei soll es sich um rund 55 Milliarden DM handeln. Weitere ca. 15 Milliarden DM kosten die Entschädigungsansprüche ehemaliger von der DDR enteigneter Unternehmensbesitzer, die klug genug waren, Kasse zu machen, statt in ihre alte Klitsche wieder unternehmerisch einzusteigen.

Die restlichen 180 Milliarden DM der geschätzten Negativbilanz verteilen sich auf das operative Geschäft und auf die Privatisierungs- bzw. Liquidationsmaßnahmen der Treuhand. Der negative Wert des DDR-Kapitalstocks zeigt sich erstens darin, daß erhebliche *Stillegungskosten* enstehen, sowohl durch die industrielle Demontage als auch durch die ausgehandelten Sozialpläne. Zweitens machen die ohne Märkte ins Leere weiterproduzierenden oder unter Selbstkosten verkaufenden Treuhandbetriebe durch ihre »Geschäfte« einen laufenden Verlust, der allein 1991 mindestens 30 Milliarden DM betrug. Drittens ist auch die Bilanz der tatsächlichen Privatisierungen negativ, weil die Kosten der dabei von der Treuhand eingegangenen Verpflichtungen (z.B. bei der Sanierung ökologischer Altlasten) insgesamt weit höher liegen als die erzielten Verkaufserlöse, die in Gestalt z.B. der sonderbaren »Verkäufe« für 1 DM nicht selten nur symbolischen Charakter besaßen.

Sicher sind nicht alle Verluste der Treuhand ausschließlich und unmittelbar durch die objektive Entwertung des ostdeutschen Kapitalstocks bedingt. Der Privatisierungswahn, wie ihn die pure Ideologin Birgit Breuel besonders militant verkörpert, hat die ohnehin programmierte Negativbilanz zusätzlich verschlimmert. So ist die Treuhand in ihrer hektischen Verschleuderungspolitik reihenweise auf die ordinärste und absurdeste Kriminalität hereingefallen. Das Spektrum der einschlägigen »Erfolge« reicht von doppelt und dreifach bezahlten Zuliefer-Rechnungen mit Hilfe bestochener

Betriebsleiter über völlig vermögenslose »Investoren«, die anschließend mit den Barbeständen der erworbenen Betriebe flüchteten, bis zu Großaktionen der internationalen Mafia, die den Privatisierungsauftrag der Treuhand als beste Geldwaschanlage aller Zeiten entdeckte. Wenn man dem Bundeskriminalamt und anderen Polizeibehörden Glauben schenken kann, dann ist ein erheblicher Teil der stolz vermeldeten Privatisierungen u.a. in den Bereichen Chemie, Textil und Gastronomie auf das segensreiche marktwirtschaftliche Wirken dieser Art von Schumpeterschen Unternehmerpersönlichkeiten zurückzuführen.

Aber auch die Treuhandbürokratie selbst ließ sich nicht lumpen bei der Entfaltung von krimineller Energie, halblegalen Machenschaften, arglistiger Bereicherung, Untreue, Lobbyismus, Vetternwirtschaft und Bestechlichkeit in allen Graden. Da wurden von westdeutschen Konzernen scheinheilig als »Entwicklungshelfer« getarnte Manager in die für sie interessanten Unternehmensbereiche der Treuhand eingeschleust, und zwar einzig zu dem Zweck, mögliche unliebsame Wettbewerber (nämlich die wenigen konkurrenzfähigen ostdeutschen Betriebe) klammheimlich auf den Weg der Liquidation zu schicken. Durch getürkte Gutachten oder Beziehungen hinter den Kulissen wurden Betriebe weit unter Wert verschleudert. Und nicht zuletzt gelang es dubiosen Interessengemeinschaften, ganze Industriezonen im Auftrag von Immobilienhaien für die Spekulation auszuschlachten. Immer wieder geriet der Treuhandsektor U4 mit seinem Direktor Klinz durch anrüchige Unternehmensverkäufe ins Gerede. Und mehrfach tat sich der hochpatriotische Siemens-Konzern, der ja auch im heimischen München schon durch rechtskräftig festgestellte kriminelle Energie einiger seiner Manager aufgefallen war, durch besonders rüde und schmierige Methoden auf Staats- bzw. Treuhandkosten hervor. Wie dicht der Filz bereits ist, zeigt sich in der befremdlichen Tatsache, daß die Tätigkeit der treuhandinternen Ermittlungsstelle gegen Fälle von Bestechlichkeit und Veruntreuung trotz überreichlichen Materials eingeschränkt und womöglich ganz eingestellt werden soll. Frechheit siegt offenbar.

Die Larmoyanz der verhinderten ostdeutschen Lustobjekte des original kapitalistischen Verwertungsprozesses könnte aus alledem den Trugschluß ziehen, daß der glorreiche Aufbau marktwirtschaftlicher Normalität nur durch Gangster, Spekulanten und sonstige undeutsche (nur allzu deutsche) Subjekte versaut worden ist. Aber es verhält sich genau umgekehrt: Ostdeutschland hat sich eben deshalb in ein einziges Trainingslager für marktwirtschaftliche Hooligans verwandelt, weil reguläre Rentabilität im Maßstab der ehemaligen DDR-Ökonomie objektiv nicht mehr herstellbar ist und der größere Teil der Industriestruktur nach dem Entwertungsschock nur noch verschrottet werden kann. Die Negativbilanz von Treuhand und KAF ist durch Kriminalität und Spekulation sicher verstärkt, aber nicht verursacht worden.

Im Gegenteil, die noch zu erwartenden Verluste und Verschuldungspotentiale werden vor allem aus dem weiteren marktwirtschaftlichen Zusammenbruch in Ostdeutschland ganz nach den logischen Gesetzmäßigkeiten des warenproduzierenden Systems resultieren. Denn die geschätzte Verlustbilanz von 400 Milliarden DM, so negativ sie auch bereits wäre, ist völlig unglaubwürdig und eher systematisch nach unten geschönt (um nicht zu sagen gefälscht) worden. Selbst nach Aussagen des Finanzministeriums wird das wahre Gesamtvolumen der Ausgleichsforderungen aus der Währungsumstellung erst nach Jahren feststehen. Vor allem aber beruht die erwartete Abschlußbilanz der Treuhand für 1994 auf völlig falschen Voraussetzungen. So wird mit bemerkenswerter Sturheit unterstellt, daß die Privatisierung bis Ende 1993 tatsächlich »abgeschlossen« werden könne, obwohl Birgit Breuel schon jetzt auf Tausenden von Betrieben der unverkäuflichen (weil längst bis auf die Knochen abgenagten) industriellen Restmasse sitzenbleibt; es sei denn, sie hätte inzwischen gute Beziehungen zur kaukasischen Mafia. So werden zwangsläufig die Verluste weit über den angenommenen Zeitraum und das angegebene Maß hinaus weiterlaufen.

Außerdem erweisen sich immer mehr der formal durchgepeitschten und von Monat zu Monat in wundersamer »Erfolgsmeldung« präsentierten Privatisierungen als grauenhafte Flops. Nicht nur die kriminellen oder bloß spekulativen Unternehmensverkäufe fliegen auf, sondern auch viele ernsthafte Investoren müssen das Handtuch werfen. Die zusammenbrechenden Exportmärkte im Osten und die stagnative bis rezessive Weltkonjunktur treiben frisch privatisierte Firmen scharenweise in den Ruin. Während die Treuhand vom Abschluß des operativen Geschäfts phantasiert, läuft eine Flut von Rücknahmeanträgen auf sie zu. Ein erheblicher Anteil der angeblichen Investitions- und Arbeitsplatzgarantien wurde vertraglich gar nicht oder unzureichend abgesichert, so daß die Treuhand die entstehenden Kosten, die in der geschätzten Verlustbilanz natürlich nicht vorkommen, auf jeden Fall übernehmen muß. Und sollte sie die voreilig abgestoßenen Betriebe selber nicht mehr annehmen wollen, dann werden diese entweder anderen staatlichen Instanzen zur Last fallen oder durch Massenbankrotte die Arbeitslosigkeit schnell über die Schmerzgrenze treiben.

Die Verlustbilanz von KAF und Treuhand deckt zudem die »Altlasten« noch keineswegs ab. Hinzu kommen mindestens noch die Altschulden der ostdeutschen Wohnungswirtschaft, die sich auf mehr als 100 Milliarden DM belaufen und in einem befristeten Moratorium, das bereits Ende 1992 ausläuft, erst einmal auf Eis gelegt worden sind. Gegenwärtig gibt es ein Gezerre um die Verlängerung des Moratoriums und um die Zuordnung dieser Altschulden, die zwischen Bund, Wohnungsbauunternehmen, Ost-Kommunen und neuen Bundesländern aufgeteilt werden sollen. Trotz der ausgewiesenen Riesenverluste kann also insgesamt von einer ehrlichen Bilanzierung der »Altlasten« überhaupt keine Rede sein. Die geschätzten 400 Milliarden DM Verluste werden sich bis 1995 drastisch erhöht haben. Mit einer Verwöhnung der Öffentlichkeit durch »Stunden der Wahrheit« ist also auch in Zukunft zu rechnen.

Freilich ist die Redeweise von den »Altlasten« ohnehin irreführend. Damit soll die Verantwortung für das ökonomische Einheitsdesaster posthum allein auf den SED-Staat abgewälzt werden. Tatsächlich liegen die »Neulasten« durch die bis jetzt gescheiterte marktwirtschaftliche Transformation bereits weit höher. Schon ein Teil der Treuhand-Verluste müßte ja als marktwirtschaftliche »Neulast« verbucht werden. Vor allem aber sind es die aus zahlreichen Töpfen gespeisten und kapitalistisch unproduktiven Transferkosten, die sich größtenteils außerhalb von KAF und Treuhand anhäufen und unaufhaltsam weitersteigen. Von rund 200 Milliarden DM Nettotransfer pro Jahr müssen zwei Drittel bis drei Viertel rein konsumtiv verpulvert werden, um den durch die Vereinigung verursachten Zusammenbruch notdürftig zu verschleiern. Das sind bis 1995 mindestens 750 Milliarden DM, von denen keine müde Mark in produktive Investitionen fließt und die sich nur zum kleineren Teil mit der Verlustbilanz von Treuhand und KAF überschneiden. Es handelt sich bei diesen konsumtiven Transfers keineswegs um demütig anzunehmende Geschenke, sondern um die Rechnung für den unverdaulichen Braten der mit Siegerpose hinuntergeschlungenen DDR-Ökonomie und für die marktwirtschaftlichen Illusionen von Regierung und VWL-Expertokratie.

In drei Jahren wird sich also die reale Negativbilanz unproduktiver Alt- und Neulasten auf ein Gesamtvolumen von vielleicht 1 bis 2 Billionen DM aufakkumuliert haben. Auch wenn diese Mega-Verschuldung natürlich über lange Zeiträume verteilt wird, so schnürt allein die daraus resultierende Zins- und Tilgungslast die öffentlichen Haushalte bis zum Ersticken ein. Auch für das Waigelsche Jonglieren mit Neben- und Schattenhaushalten rückt die »Stunde der Wahrheit« näher. Zumal ja der kapitalistische Reproduktionsprozeß in den alten Bundesländern längst seine eigene Schulden- und Krisenlast hervorzubringen begonnen hat. Gesundheitswesen, Kultur, Wissenschaft, Ausbildung, Sozialsystem, öffentliche Verkehrsmittel und Verwaltung stehen unter dem wachsenden Druck rückläufiger »Finanzierbarkeit«. Wie übrigens alle Länder mit moderner Warenwirtschaft stieße der bisherige Weltmarktgewinner BRD auch schon ohne die üppige Vereinigungslast in der 90er Jahren an die Grenzen des unproduktiven Staatskonsums und des Staatskredits, der vom immanenten Verwertungsprozeß des Kapitals nirgendwo mehr ausreichend gespeist werden kann. Das bedeutet, daß wie überall in der Welt des warenproduzierenden Systems die zivilisatorischen Potentiale zurückgenommen werden. Die unproduktive Vereinigungslast wird diese Tendenz nur beschleunigen.

Die Negativbilanzen von KAF und Treuhand, die Alt- und Neulasten der deutschen Vereinigung überhaupt, sind also nur die Spitzen der Eisberge. Der Abbau des Aufbaus Ost steht bereits im Kontext der westlichen Konjunkturkrise selbst. Die spektakuläre Entscheidung der Mercedes-Benz AG, ihre geplanten Großinvestitionen in Ostdeutschland auf Eis zu legen, wird Signalwirkung haben. Tatsächlich ist die rezessive Tendenz der Weltkonjunktur nicht in erster Linie zyklisch, sondern wesentlich strukturell bedingt. Die strukturelle Verschuldung der privaten, kommerziellen und staatlichen Sektoren lastet mit Bleigewichten auf dem Verwertungsprozeß. In dieser Situation paßt die Finanzkrise der deutschen Einheit wie die Faust aufs Auge.

**Robert Kurzschrieb in KONKRET 12/91 über den Glauben an den Sieg des Kapitalismus**

Konkret 12/92, S. 18

**Archiv für Sozialpolitik**

# »Jeder ist uns der Nächste« XI

**München: Ausländerbehörde richtet gesonderten Warteraum für Schwarze ein/Stuttgart: Städtische Kindergärten verweigern Flüchtlingskindern die Aufnahme – Elfter Teil einer unvollständigen Chronik der Gewalttaten gegen Ausländer im wiedervereinigten Deutschland**

**Donnerstag, 8.10.92** –

In Hammersbach/Hessen dringen zwei fünfzehn und zwanzig Jahrealte Jugendliche in die Wohnung einer Asylbewerberfamilie aus dem ehemaligen Jugoslawien ein, beleidigen die Bewohner und beschädigen die Haustür. –

Der Geschäftsführer der Firma Wesermetall-Umformtechnik GmbH (WMU), Wilfried Lengert, droht in einem Brief an den Stadtdirektor mit der Schließung des Werkes in Hannoversch Münden/Landkreis Göttingen, wenn in der Stadt eine zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber eingerichtet werde.

**Sonntag, 11.10.** –

Ein 28jähriger Iraner wird im Kölner Vorort Porz brutal zusammengeschlagen. Die sofort von seiner Freundin alarmierte Polizei macht keine Anstalten, die Täter zu verfolgen. Erste Hilfe wird erst nach der Überprüfung der Personalien des Verletzten geleistet. –

Im sächsischen Olbernhau ziehen etwa zwanzig zum Teil mit Knüppeln ausgerüstete Personen vor dem Asylbewerberheim auf und werfen mit Steinen. Mehrere Personen werden leicht verletzt.

**Montag, 12.10.** –

Sprengstoffanschlag auf eine Ausländerunterkunft im oberbayerischen Kolbermoor in der Nähe von Rosenheim. –

An der Autobahn-Anschlußstelle Ortrand der A13 werden zwei schlafende Polen in ihrem Kleintransporter überfallen und brutal mißhandelt. Sie werden mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. –

In Remlin/Kreis Teterow bewerfen Jugendliche ein Asylbewerberheim mit Brandflaschen.

**Mittwoch, 14.10.** –

In Frankfurt/Main werden zwei Männer, die in ihrem Wagen mit polnischem Kennzeichen übernachten wollen, von Unbekannten mit einer Pistole bedroht. Kurz darauf demolieren Jugendliche das Auto mit Ketten und Schlagstöcken. Den zwei Männern gelingt es, den Wagen zu starten und zu fliehen. –

Nach Angaben des nordrhein-westfälischen Innenministers Herbert Schnoor wurden im September 92 an Rhein und Ruhr 195 fremdenfeindliche Straftaten gemeldet, seit Juli 92 sind es mehr als 300 rechtsextremistische Straftaten. Verstärkt seien gemeingefährliche Delikte wie versuchte und vollendete Brandstiftung zu verzeichnen. –

Das Amtsgericht Rostock verurteilt einen 25jährigen wegen Beteiligung an den ausländerfeindlichen Krawallen im Stadtteil Lichtenhagen zu einem Jahr auf Bewährung. –

Das Münchner Amtsgericht verurteilt einen 25jährigen Polizeibeamten wegen Nötigung und Körperverletzung im Amt zu neun Monaten auf Bewährung. Der inzwischen aus dem Dienst ausgeschiedene Streifenbeamte hatte im Juli 91 einen indischen Gastwirt grundlos festgenommen und mit seiner Dienstpistole bedroht.

**Donnerstag, 15.10.** –

In Friedland/Mecklenburg-Vorpommern greifen Jugendlichen ein Asylbewerberheim an und werfen Scheiben ein. –

In Saarbrücken greift eine Gruppe rechtsradikaler Männer unter Rufen ausländerfeindlicher Parolen einen 50jährigen Italiener an und verletzt ihn erheblich. –

Nach Auskunft des LKA München hat es in Bayern 1992 bisher 202 fremdenfeindliche Straftaten gegeben, davon siebzehn Brandanschläge. –

Ein schleswig-holsteinischer Polizeibeamter wird wegen Mißhandlung eines estnischen Asylbewerbers vom Dienst suspendiert. Dem Beamten wird zur Last gelegt, in der Nacht zum 3.10. den wegen illegalen Aufenthalts vorläufig festgenommenen Mann geschlagen und mit der Waffe bedroht sowie ausländerfeindliche Äußerungen gemacht zu haben.

**Samstag, 17.10.** –

In Thale/Sachsen-Anhalt überfallen etwa zehn Rechtsradikale ein Asylbewerberheim. Sie beschießen es mit Feuerwerkskörpern und dringen mit Schreckschußpistolen bewaffnet in das Gebäude ein. Die eintreffende Polizei kann die Vergewaltigung einer Vietnamesin gerade noch verhindern, drei Frauen wurden sexuell genötigt.

**Samstag/Sonntag, 17./18.10.** –

In Berlin wird ein 37jähriger Peruaner von mehreren Männern auf der Straße in der Nähe des Kurfürstendammes zusammengeschlagen und erstochen.

**Sonntag, 18.10.** –

In Plankstadt/Rhein-Neckar-Kreis randalieren fünfzehn bis zwanzig Jugendliche vor einer Asylbewerberunterkunft, treten die Eingangstür ein und rufen ausländerfeindliche Parolen. –

Grzegorz Guztaw, einer der beiden vor einer Woche auf der A13 überfallenen Polen, liegt noch immer im Koma und muß dauerbeatmet werden.

**Montag, 19.10.** –

In Erlensee/Hessen werden Vitrinenmit fremdenfeindlichen Parolen beklebt. Unterzeichnet sind die Plakate mit »Taunusfront«.

**Dienstag, 20.10.** –

Die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern sichert den Einwohnern von Goldberg zu, die dort neu eingerichtete Aufnahmestelle bis zum 1.4.93 wieder aufzulösen. Die Einwohner hatten mit Mahnwachen und Straßenblockaden gegen die Einrichtung der Aufnahmestelle protestiert.

**Mittwoch, 21.10.** –

In Greifswald greifen ca. 60 vermummte und mit Baseballschlägern bewaffnete Rechtsradikale etwa zwanzig ausländische Studenten mit Steinen und Brandflaschen an. Die Angegriffenen setzen sich zur Wehr, und es entwickelt sich eine Schlägerei, an der sich zuletzt 200 Personen beteiligen. Ein Polizeieinsatz verhindert eine weitere Eskalation. –

In Offenbach/Hessen werden in der Innenstadt ausländerfeindliche Flugblätter in Umlauf gebracht. –

In Gelnhausen/Hessen wird eine 43jährige Ausländerin in ihrer Wohnung überfallen und mit Tränengas besprüht. –

Die Mitarbeiter und der Betriebsrat der MWU unterstützen die Drohungen der Firmenleitung, wegen eines geplanten Asylbewerberheims den Firmensitz zu verlegen. »Niemand hier im Betrieb ist ausländerfeindlich.« Der »Asylmißbrauch« aber müsse »endlich auf Bundesebene beendet werden«, begründete der Betriebsrat seine Unterstützung.

**Donnerstag, 22.10.** –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Adenstedt/Niedersachsen. Zwei libanesische Kinder im Alter von zwei Wochen/acht Monaten müssen mit Rauchvergiftungen ins Krankenhaus. Das Erdgeschoß des Wohnheims brennt völlig aus. –

In Rostock wird ein an den Gewalttaten Beteiligter zu einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt. –

Im Stadtteil Sonnenberg in Wiesbaden/Hessen werden ausländerfeindliche Flugblätter verteilt. –

In Ueckermünde/Vorpommern greifen 20 Rechtsradikale ein Asylbewerberheim mit Steinen an und brüllen ausländerfeindliche Parolen. –

Brandanschlag auf ein türkisches Restaurant in Hameln/Niedersachsen. Zehn Kinder von Asylbewerbern, die in den Stockwerken über der Gaststätte untergebracht waren, werden verletzt. Das Lokal brennt ab.

**Freitag, 23.10.** –

In Greifswald bewerfen Jugendliche ein ausländisches Studentenwohnheim mit Steinen und Molotowcocktails.

**Samstag, 24.10.** –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Ingolstadt/Bayern. Zwei Männer werfen fünf Molotow-Cocktails in die Notunterkünfte. –

Jugendliche werfen die Fensterscheiben des Asylbewerberheims in Gülzow/Schleswig-Holstein ein und schießen mit einer Gaspistole in das Gebäude. –

Ebenfalls in Gülzow wird ein syrischer Asylbewerber nach einer Sportveranstaltung von Skinheads angegriffen und verletzt. –

Bei einem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Westerrönfeld/Schleswig-Holstein wird ein algerischer Flüchtling verletzt. –

In Norderstedt/Schleswig-Holstein bewerfen Skinheads ein Containerdorf mit Steinen. Die Polizei trifft eine halbe Stunde nach dem Vorfall ein. –

Ebenfalls in Norderstedt treten etwa 20 Rechtsradikale die Türen zu Aussiedlerwohnungen ein und reißen Briefkästen von den Wänden. Sie ziehen ab, als die Aussiedler versichern, sie seien doch eigentlich Deutsche. –

Nach den Ergebnissen einer Umfrage des Emnid-Instituts, die im Auftrag des »Spiegel« durchgeführt wurde, würde fast jeder zehnte Deutsche bei ausländerfeindlichen Krawallen »zuschauen«, ein Prozent sogar »mitmachen«, 58 Prozent würden sich entfernen und 29 Prozent würden »versuchen, den Ausländern zu helfen«. 73 Prozent der Befragten halten es für »besonders wichtig«, weitere 23 Prozent für »wichtig«, das »Problem der Ausländer in den Griff zu bekommen«.

**Samstag/Sonntag, 24./25.10.** –

In Greifswald/Vorpommern greifen Rechtsradikale in der fünften Nacht in Folge das Wohnheim für ausländische Studenten an und bewerfen es mit Steinen. –

Ebenfalls in Greifswald überfallen vermummte und zum Teil bewaffnete Täter einen vorwiegend von ausländischen Studenten besuchten Klub. Ein sechzehnjähriges Mädchen wird schwer verletzt. –

Anschlag auf ein Flüchtlingsheim in Lübz/Mecklenburg-Vorpommern. –

Anschlag auf ein Flüchtlingsheim in Gutenfürst bei Plauen in Sachsen. –

Anschlag auf ein Flüchtlingsheim in Karstädt bei Perleberg/Brandenburg.

**Sonntag, 25.10.** –

In Norderstedt/Schleswig-Holstein wird eine noch nicht bewohnte Asylbewerberunterkunft in Brand gesetzt. Es entsteht ein Sachschaden von 250.000 Mark.

**Montag, 26.10.** –

Die Evangelische City-Kirche St. Lukas in München protestiert gegen die Einrichtung eines gesonderten Warteraums für Schwarzafrikaner in der Ausländerbehörde. Die Zuweisung eines Vorraums in der Tiefgarage als Sonderwarteraum entspreche »der Definition von Apartheid«.

**Dienstag, 27.10.** –

Der bayerische Ministerpräsident Max Streibl lehnt eine Teilnahme an der Berliner Großdemonstration gegen Ausländerfeindlichkeit ab. Nur durch die Lösung drängender Probleme wie »des Mißbrauchs des Asylrechts« könne »der Sumpf ausgetrocknet werden, in dem Radikalismus und Fremdenfeindlichkeit« gedeihen.

**Mittwoch, 28.10.** –

In Frankfurt/Main sticht ein 52jähriger seinen 29 Jahre alten Nachbarn aus der Türkei nieder, nachdem er ihn zuvor beschimpft hatte.

**Donnerstag, 29.10.** –

Brand in einer Asylbewerberunterkunft in Neckarstein/Kreis Bergstraße. Die Polizei schließt Brandstiftung nicht aus.

**Samstag, 31.10.** –

In Erlensee/Hessen schießt ein Unbekannter auf ein Hotel, in dem Asylbewerber leben.

**Sonntag, 1.11.** –

Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Dolgenbrodt/Brandenburg. Das fertig eingerichtete Heim brennt bis auf die Grundmauern ab. Es sollte am folgenden Tag von 85 Asylbewerbern bezogen werden. Der Schaden wird auf mehr als 300.000 DM geschätzt. –

In Karstädt bei Perleberg/Brandenburg greifen 35 teils vermummte Rechtsradikale ein Asylbewerberheim mit Knüppeln und Schreckschußpistolen an. –

In Preetz/Schleswig-Holstein zertrümmert eine Gruppe Jugendlicher sämtliche Scheiben eines Flüchtlingsheims. –

Bei Müssen/Schleswig-Holstein verwüsten Gewalttäter sechs von acht Wohncontainern. Die osteuropäischen Bewohner waren zuvor geflohen. –

In Pritzier in Westmecklenburg marschieren 30 bis 40 Rechtsradikale von einer Diskothek in Richtung des Asylbewerberheims. Die Polizei kann Übergriffe verhindern. –

Auf das Asylbewerberheim in Bischofsheim/Landkreis Rhön-Grabfeld werden aus einem vorbeifahrenden Auto mehrere Schüsse aus einem Kleinkalibergewehr und einer Gaspistole abgegeben. Ein Geschoß durchschlägt eine Glasscheibe, verletzt wurde niemand. –

In Stuttgart werden die städtischen Kindergärten angewiesen, in ihre Vormerklisten keine Asylbewerberkinder mehr aufzunehmen, soweit sie in Sammellagern leben. Begründet wird diese Maßnahme mit fehlenden Kindergartenplätzen.

**Montag, 2.11.** –

In Hattersheim/Main-Taunus-Kreis fahren mehrere Männer mit Autos vor dem Asylbewerberwohnheim vor, brüllen ausländerfeindliche Parolen und schießen mehrere Feuerwerkskörper ab. –

Brandanschlag auf dem Gelände eines Asylbewerberheims in Wolgast an der Ostseeküste/Mecklenburg-Vorpommern. –

Anschlag auf ein Asylbewerberheim in Zülpich/Nordrhein-Westfalen. Unbekannte werfen zwei Sprengkörper ins Haus, ein Heimbewohner wird leicht verletzt. –

Nach Angaben des Bundeskriminalamtesist die Zahl ausländerfeindlicher Straftaten 1992 im Vergleich zu 1991 um 70 Prozent gestiegen. Bis zum 25.10. wurden 3374 fremdenfeindliche Delikte – darunter dreizehn Tötungen, 435 Brand- und sieben Sprengstoffanschläge sowie 346 Körperverletzungen – registriert. 1991 waren es insgesamt 2427 fremdenfeindliche Straftaten.

**Mittwoch, 4.11.** –

In Elversberg/Saarland überfallen Rechtsradikale drei algerische Asylbewerber, schlagen, treten und berauben sie. Die Algerier müssen ambulant behandelt werden. –

In Giengen/Baden-Württemberg werden zwei libanesische Asylbewerber in einem Wohnheim im Schlaf von maskierten und mit langen Stöcken bewaffneten Männern überfallen und erheblich verletzt. –

Das Bezirksgericht in Potsdam verurteilt einen 21jährigen arbeitslosen Maurer aus Ketzin wegen schwerer Brandstiftung zu sieben Jahren Haft. Der Mann hatte gestanden, Anfang September zwei Brandflaschen auf das Asylbewerberheim in seiner Heimatstadt geworfen zu haben. Der Mitangeklagte, ein 20jähriger Zimmermann aus einem Nachbarort, erhielt vier Jahre Jugendstrafe. Der ursprüngliche Vorwurf des versuchten Mordes war fallengelassen worden.

**Donnerstag, 5.11.** –

Der Leiter des Hamburger Amtes für Verfassungsschutz, Ernst Uhrlau, warnt vor einer Systematisierung rechtsextremer Gewalt. Seien 1990 erst 130 rechtsextrem motivierte Straftaten registriert worden, seien es 1991 laut Verfassungsschutzbericht bereits 1500 gewesen. 1992 habe sich die Zahl vor den Ausschreitungen in Rostock auf 800 belaufen, bis Ende Oktober seien es bereits 1800 gewesen. –

In Brandenburg wurden seit Jahresbeginn 150 Anschläge auf die insgesamt 122 Asylbewerberheime verübt, davon 44 Brandanschläge.

Die Aufstellung der Übergriffe erfolgte aufgrund von Meldungen in folgenden Zeitungen: »Ärztezeitung«, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, »Frankfurter Rundschau«, »Neue Zürcher Zeitung«, »Süddeutsche Zeitung«, »Tagesspiegel«, »die tageszeitung«, »Bayernkurier«, »Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt«, »Freitag«, »Hamburger Rundschau«, »Parlament«, »Profil«, »Spiegel«, »Woche im Bundestag«, »Zeit«. Die Originalartikel können gegen Erstattung der Kosten

im Archiv abgefragt werden.

*Das Archiv für Sozialpolitik/Frankfurt erstellt diese Chronik für KONKRET seit Dezember ‘91*

## Antisemitische Angriffe

**Freitag, 16.10.**

Die Staatsanwaltschaft München I ermittelt, ob im Stadtgebiet angeschlagene Plakate den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen. Auf den Anschlägen ist ein Auszug eines Tierschützers über das Schächten, das rituelle Schlachten nach dem mosaischen Gesetz, abgedruckt. Darüber befindet sich der Satz: »So gehen die Juden mit Tieren um.«

**Montag, 19.10.** –

Nach einer Protestaktion von rund 60 französischen Juden in Rostock nimmt die Polizei 46 Teilnehmer vorläufig fest. Die Demonstranten hatten am Rathaus ein Schild angebracht, das an den Völkermord der Nationalsozialisten und die ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Rostock vor wenigen Wochen erinnern und gegen die Abschiebung von Sinti und Roma nach Rumänien protestieren sollte.

**Dienstag, 20.10.** –

43 der vorläufig festgenommenen Demonstranten werden bereits im Laufe der Nacht wieder freigelassen. Die Haftleitung empfiehlt den drei weiterhin inhaftierten orthodoxen Juden, beim Freigung nicht ihre Kappen zu tragen, um Mitgefangene nicht zu provozieren. Die jüdischen Häftlinge werden erst nach mehreren Tagen aufgrund einer ministeriellen Anweisung an die örtliche Staatsanwaltschaft wieder freigelassen.

**Donnerstag, 22.10.** –

Brandanschlag auf die Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Ravensbrück.

**Samstag, 24.10.** –

In Überlingen am Bodensee verwüsten Unbekannte eine Gedenkstätte und schänden einen Friedhof, auf dem Opfer des Konzentrationslagers Dachau liegen. Die Täter schlugen rund 50 Grabsteinemit einem Vorschlaghammer um und sprühten Hakenkreuze auf ein hohes Gedenkkreuz.

**Freitag, 30.10.** –

Das rheinland-pfälzische Innenministerium teilt auf eine kleine Anfrage der Grünen mit, daß seit 1988 in Rheinland-Pfalz 35 jüdische Friedhöfe, Synagogen oder Mahnmale geschändet wurden. Fünf der Übergriffe wurden aufgeklärt.

**Montag, 2.11.** –

Auf einer Pressekonferenz während des eintägigen Besuchs einer Delegation des Zentralrats der Juden in Deutschland wird sein Vorsitzender Ignatz Bubis in Rostock vom Vorsitzenden des Innenausschusses der Bürgerschaft, Karlheinz Schmidt (CDU), gefragt: »Herr Bubis, Sie sind deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Ihre Heimat ist Israel. Ist das richtig so? Wie beurteilen Sie die täglichen Gewalttaten zwischen Palästinensern und Israelis?«

*Bubis:* »Wenn Sie meinen, daß meine Heimat Israel sei, dann darf ich das so verstehen: ›Was machen Sie eigentlich hier, denn Ihre Heimat ist Israel.‹«

*Schmidt:* »Nee, nee, nee.«

*Bubis:* »Dann hab ich Ihre Frage nicht verstanden. Die Grundlage des Fremdenhasses und des Antisemitismussind eben solche Fragen. Für Sie ist ein Jude etwas Fremdes, seine Heimat ist Israel. Und wenn ich jemandem sage, meine Heimat ist Frankfurt, dann guckt er mich entgeistert an, wahrscheinlich Sie auch, denn Sie werden sagen: ›Was haben Sie mit Frankfurt zu tun?‹ Meinen Sie nicht, daß hier unterschwellig eben diese Abgrenzung zum Fremden da ist? Für Sie ist das wahrscheinlich unbegreiflich und das ist eine weit verbreitete Meinung, bis in die Presse hinein: Da gibt es ein »Spiegel-Extra« und dann heißt das »Deutsche und Juden«. Und da fängt es schon an: hier Deutsche – hier Juden.

Ich werde den Rest nicht beantworten, aber ich will Ihnen noch einen Satz sagen. Es gab einmal ein deutsches Judentum hier. Das ist durch die Nazis ausgerottet worden. Daß es heute kein deutsches Judentum gibt, hängt mit Fragestellern wie Ihnen zusammen, weil jeder Jude, der sich je als Deutscher fühlen will – möglicherweise – , von Ihnen diese Frage gestellt bekommt. Menschen aus Argentinien, von der Presse und vom Radio, aus den USA, aus Israel, fragen, wie können Juden eigentlich in Deutschland leben. Und wenn ich dann Ihre Frage höre, ›Ihre Heimat ist Israel‹, sage ich, die Menschen haben recht, die mich das fragen.«

**Mittwoch, 4.11.** –

In Wuppertal-Barmen verwüsten Unbekannte auf dem jüdischen Friedhof 90 Grabstätten. Die Täter schlagen Marmorornamente von den Sockeln und zertrampeln die Grabeinfassungen.

Konkret 12/92, S. 21

**Beate Klarsfeld**

# Besuch in Rostock
# Höflich angeklopft

**Französische Juden wollten gegen die Abschiebung von Roma nach Rumänien protestieren und eine Tafel zum Gedenken an die Deportation der Juden nach Auschwitz am Rathaus anbringen – sie wurden verprügelt und eingesperrt. Serge und Beate Klarsfeld, Teilnehmer an der Aktion, berichten, was am 19. Oktober in Rostock geschah**

### Interview mit Beate Klarsfeld

*Frage: Sie hielten sich am 19. Oktober mit einer Gruppe französischer Juden in Rostock auf. Was ist dort passiert?*

Beate Klarsfeld: Die Demonstration in Rostock war eine Solidaritätskundgebung von einer Gruppe älterer Juden, die zu unserer Organisation »Söhne und Töchter der aus Frankreich deportierten Juden« gehörten, und von Mitgliedern der zionistischen Studentenorganisation »Betar«. Wir bezeugten hier unsere Solidarität mit den Roma und Sinti, die nach Inkrafttreten des deutsch-rumänischen Vertrages nach Rumänien abgeschoben werden sollten. Zuvor war mit der Rostocker Bürgerschaft verhandelt worden. Ich hatte das übernommen. Es war von uns geplant, während der Veranstaltung eine Mahntafel am Rathaus anzubringen. Die Tafel sollte an die Ereignisse im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen und die deutschen Verpflichtungen gegenüber den in Auschwitz vergasten Roma – oder »Zigeunern«, wie man damals sagte – erinnern. Ich habe mich daraufhin mit dem Präsidenten der Bürgerschaft, Herrn Kleemann, und mit seinen Mitarbeitern getroffen. Wir konnten uns leider auf keinen gemeinsamen Termin einigen: Der 19. Oktober, den wir wollten, wurde nicht akzeptiert, statt dessen sollte die Gedenkfeier am 8. oder 9. November durchgeführt werden. Unser Anliegen, die Mahntafel am Rathaus anzubringen, fand ebenfalls keine Zustimmung. Man befürchtete, daß dies von den Rechten als Provokation ausgelegt würde und es dadurch zu Demonstrationen vor dem Rathaus kommen könnte. Zudem wurde der Text der Tafel abgelehnt, weil man Rostock-Lichtenhagen nicht mit dem Mord an den »Zigeunern« während des Zweiten Weltkrieges in Zusammenhang bringen wollte.

Obwohl wir uns mit dem Oberbürgermeister, Herrn Kilimann, nicht einigen konnten, sind wir am 19. Oktober dann trotzdem nach Rostock gefahren, um dort friedlich zu demonstrieren. Im Verlaufe der Demonstration kam es zu einer Straßenblockade, woraufhin die Polizei den Verkehr umleitete. Trotzdem kam es schon mal vor, daß ein Autofahrer wütend durch uns durchfahren wollte. Von unserer Seite gab es dabei jedoch keine Ausschreitungen. Mein Sohn ist dann mit drei jungen Leuten in das Rathaus gegangen, weil wir ein Spruchband aus dem Fenster hängen wollten. Sie wählten dafür ein CDU-Büro aus. Sie haben höflich angeklopft und nicht, wie behauptet, die Tür eingeschlagen. Das Fenster wurde geöffnet und das Spruchband herausgehängt. Die beiden Beamten im Zimmer haben sich dadurch nicht beim Essen stören lassen. Kurz darauf traf die Polizei ein, die die jungen Leute brutal abführte. Wir wollten das verhindern, weil wir den schlechten Ruf der Rostocker Polizei bei Antifaschisten kannten. Es kam zu einer Rangelei, bei der ein Polizist seine Hand auf die Pistolentasche legte und ich beinahe durch einen Knüppelschlag verletzt worden wäre. Von unserer Seite wurde Tränengas gespritzt. Tränengas haben wahrscheinlich alle Frauen bei sich. Es wurde später als Waffe dargestellt, die zu tödlichen Verletzungen führen könne. Nachdem wir uns in unseren Bus zurückgezogen hatten, wurde dieser von der Polizei umzingelt. Eine spezielle Einsatztruppe, wie Marsmenschen aussehend und bis an die Zähne bewaffnet, drang in den Bus ein und nahm uns fest.

*Wie wurden Sie nach der Verhaftung behandelt?*

Die ganze Behandlung auf dem Polizeirevier war furchtbar herablassend und voller Schikanen. Nachkommen von deportierten französischen Juden, teilweise um die 70 Jahre alt, wurden behandelt wie Schwerverbrecher. Wir wurden fotografiert, und uns wurden Fingerabdrücke abgenommen. Insbesondere für die, die dies schon einmal unter den Nazis erlebt hatten, war das eine schlimme Erfahrung. Dann wurden wir in eine eisige Turnhalle gebracht, wo man uns nicht einmal Decken gab. Auf meine Bitte, die Leute dort nicht einfach so liegen zu lassen, antwortete einer der Staatsanwälte, ein Herr Gottschalk: »Die Neonazis und Skinheads lagen auch so auf dem Boden, als sie festgenommen wurden. Hier werden alle gleich behandelt.« Es war wirklich eine Parodie. Schließlich wurden drei angeblich Schuldige herausgeholt, die bei der Gefangenenbefreiung besonders aktiv gewesen sein sollen. Ein junger Mann war dabei, der dann wochenlang im Gefängnis saß, ohne an der Tat beteiligt gewesen zu sein. Das war eine Mischung aus Nazi-Polizei, Volkspolizei und arroganter westdeutscher Polizei, sagte mir später eine Freundin. Wie kann man in Rostock wohlwollend mit Neonazis umgehen und gleichzeitig junge Juden, die sich solidarisch mit Roma zeigen, bestrafen?

*Wurden die drei Gefangenen während ihrer Haft wegen ihres jüdischen Glaubens diskriminiert?*

Sie waren aufgeteilt auf Neustrelitz und Bützow. Ein Strenggläubiger hat zwei Tage nichts gegessen, weil er keine koschere Kost bekam. Später hat man ihm vegetarisches Essen gegeben. Außerdem hat man ihnen gesagt, sie sollten ihre Käppis nicht während des Hofgangs tragen, um die dort einsitzenden Neonazis nicht zu provozieren.

*Wie schätzen Sie die Aktion gegen das Goethe-Institut in Paris ein?*

Das war eine erste Solidaritätsaktion für die Festgenommenen. Eine Scheibe der Tür ist eingeschlagen worden – nichts Dramatisches. Selbst das Goethe-Institut hat versucht, den Vorfall herunterzuspielen. Wir gehören zwar nicht zu den Organisatoren, aber wir können es auch nicht verdammen. Als in diesem Zusammenhang der Vorwurf erhoben wurde, man dürfe eine kulturelle Einrichtung nicht mit Steinen bewerfen, sagten wir: Die Einrichtung ist kulturell, aber die Steine waren politisch.

*Wie reagieren bundesdeutsche jüdische Organisationen, insbesondere der Zentralrat der Juden, auf Ihre Aktion?*

Herr Bubis ist nach uns nach Rostock gefahren. Wir haben aber in Rostock keinen Kontakt zur jüdischen Gemeinde gehabt. Herr Bubis soll einmal gesagt haben, daß er Gewalt von rechts und links verdamme. Aber er hat selbst sehen müssen, wie die Atmosphäre in Rostock ist. Ein CDU-Mitglied der Bürgerschaft hat ihm die Frage gestellt, ob denn nun Deutschland sein Platz sei oder Israel. Dadurch müßte er begriffen haben, daß unsere Aktion durchaus berechtigt war. Wir bekamen physische Gewalt zu spüren, er verbale.

*Wie ist die Aktion in Frankreich aufgenommen worden? Meines Wissens hat es dort auch Kritik gegeben.*

Es gab Kritik. Die erste Kritik, die kam, kam von »Le Monde«. Der Artikel war sehr einseitig. Wir wurden als eine Betar-Gruppe dargestellt, die nach Rostock gekommen sei, um Gewalt auszuüben. In einem anderen Presseartikel hieß es sogar, daß wir nach Rostock gefahren seien, um die Polizei zu vergasen.

*Wie wirkt auf Sie die halbherzige Solidarisierung von deutschen Regierungskreisen bzw. Parteien mit den Opfern des Rassismus, und wie schätzen Sie den So-lidaritätsmarsch vom 8. November in Berlin ein?*

Jeder Marsch gegen Fremdenfeindlichkeit ist nützlich und notwendig. In Berlin sind sehr viele Menschen zusammengekommen, und ich kann niemanden verdammen, der da mitging. Verdammen kann man nur diejenigen, die die Situation hervorgerufen haben und dann mitmarschiert sind. Herr Kohl und sein Innenminister Seiters beispielsweise, die den deutsch-rumänischen Vertrag zur Abschiebung der Roma mitunterzeichnet haben.

*Sie haben in verschiedenen Interviews Parallelen zwischen den Deportationen in die nationalsozialistischen Vernichtungslager und den zu erwartenden Abschiebungen von Sinti und Roma nach Rumänien gezogen. Können Sie das erläutern?*

Der Grund für unsere Solidarität war ja, daß Juden und »Zigeuner« zur Zeit des Dritten Reiches gleich behandelt wurden. Auch die »Zigeuner« wurden in verschiedenen europäischen Ländern – oft auf Initiative der Deutschen – getötet. In Auschwitz-Birkenau gab es das »Zigeunerlager«, wo sie vergast wurden wie die Juden. Das sind die beiden einzigen Minderheiten, die man durch das Gas auszulöschen versuchte. Wegen des gleichen Leidensweges also diese Solidarität. Die Deutschen haben eine historische Verpflichtung gegenüber den »Zigeunern«. Wegen dieser besonderen Verpflichtung darf es nicht dazu kommen, daß sie in ein Land abgeschoben werden, wo sie existentiellen Gefahren ausgesetzt sind. Es gibt genug Meldungen und Warnrufe, die auch den Deutschen gezeigt haben sollten, daß Rumänien, insbesondere nach dem Sturz von Ceaucescu, kein Land ist, das »Zigeuner« besonders liebt. Ihre Heime wurden abgebrannt, man hat sie rausgeworfen, sie sind dort Verfolgungen ausgesetzt. Also darf man sie nicht nach dorthin abschieben.

*Beate Klarsfeld ist Publizistin. Zur Zeit arbeitet sie zusammen mit Serge Klarsfeld an einer Untersuchung über die sog. Geschichtsrevisionisten. Beide leben in Paris. Mit Beate Klarsfeld sprachen Torsten Borchers und Carsten Meyer*

Konkret 12/92, S. 21

**Serge Klarsfeld**

# Besuch in Rostock
# Ich habe gesehen

**Französische Juden wollten gegen die Abschiebung von Roma nach Rumänien protestieren und eine Tafel zum Gedenken an die Deportation der Juden nach Auschwitz am Rathaus anbringen – sie wurden verprügelt und eingesperrt. Serge und Beate Klarsfeld, Teilnehmer an der Aktion, berichten, was am 19. Oktober in Rostock geschah**

Ich kam mit einer Delegation französischer Juden nach Rostock, um gegen die Vertreibung von Zigeunern aus Deutschland zu protestieren (vgl. »Le Monde« vom 21.10.). Dort sah ich eine Delegation von Roma-Zigeunern, die unser Auto in Empfang nahmen und an der Fassade des imposanten Rathauses eine von uns vorbereitete Tafel anbrachten, die den Leidensweg der Zigeuner in Erinnerung ruft und an Deutschland appelliert, der Brutalität gegenüber Ausländern ein Ende zu machen. Ich sah die Spruchbänder der beteiligten Organisationen – der FFDJF und der Betar – mit Losungen wie »Die Juden sind mit den Zigeunern solidarisch«, »Gestern vergast! Heute deportiert?«, »Nein zum rumänisch-deutschen Abkommen«. Ich sah das Transparent »Keine Ausweisung der Roma aus Deutschland« am Fenster des CDU-Büros im ersten Stock des Rathauses flattern, wo es von den jungen Angehörigen unserer Gruppe formvollendet angebracht worden war, über einer Straße, wo wir Fahnen mit der Trikolore und andere mit dem Davidstern wehen ließen. Das war das erste jüdische Meeting in Rostock seit der ›Kristallnacht‹, dem 9. November 1938. Und nun waren es nicht mehr von der Polizei zum Abmarsch zusammengetriebene Juden, sondern Juden, die unbefangen für die Deutschen den Weg markierten, den diese nicht einschlagen dürfen, wollen sie nicht in die Fußstapfen der Nazis treten.

Ich sah in Rostock, wie sich die Polizei gewaltsam vier junger Leute bemächtigte, die sie in die Polizeiwagen hineinzerrte, und ich sah andere Juden, zu denen ich selbst gehörte, auf dieses Auto losstürzen und sich mit etwa zehn Polizisten anlegen, die wütend mit schweren Gummiknüppeln zuschlugen. Als wir unsere Kameraden befreit hatten, gerieten die Polizisten derart in Panik, daß sie ihre Revolver ziehen wollten. Als wieder Ruhe eingekehrt war, sah ich in Rostock mehr als zehn Polizeiwagen unser Auto umzingeln und etwa hundert wie Gladiatoren ausgerüstete Polizisten uns in Haft nehmen, als wären wir die rechtsextremen Kriminellen, mit denen sie die Konfrontation meiden, wenn diese Flüchtlingsheime angreifen.

In einer Rostocker Turnhalle habe ich die Parodie eines Justizverfahrens gesehen, das noch ganz vom Nationalkommunismus geprägt war. Eine Armee von Polizisten vervielfachte die Schikanen, indem sie in völlig gesetzwidriger Weise unsere Personalien festzustellen suchte. Drei verwirrte Staatsanwälte widersprachen einander unaufhörlich und zogen eine Strafprozeßordnung zu Rate, mit der sie sich noch nicht vertraut gemacht hatten. Erst die Intervention des französischen Konsuls in Hamburg änderte die Lage. Nun durften die Älteren und Kränklichen eine eiskalte Turnhalle verlassen, wie sie den Juden einmal mehr in einer irregulären Situation zugewiesen worden war.

In Rostock hat am 19. Oktober eine Handvoll jüdischer Militants im Alter von 17 bis 67 Jahren den ersten Schlag gegen die Vertreibung der Roma aus Deutschland geführt.

*Serge Klarsfeld ist Rechtsanwalt und Präsident der FFDJF (Organisation der Söhne und Töchter der aus Frankreich deportierten Juden). Er hat unter anderem die Nebenklage im Barbie-Prozeß vertreten. Sein Beitrag ist unter dem Titel »Ce que j'ai vu à Rostock« am 24. Oktober in »Le Monde« erschienen. Helmut Dahmer hat ihn übersetzt.*

Konkret 12/92, S. 24

# Besuch in Goldberg

**Dokumentation**

**Ihr Dorf sollte schöner werden. Deshalb taten die Bewohner des Mecklenburger Ortes Goldberg alles, um die Einrichtung einer Unterkunft für Asylbewerber vor ihrer Haustür zu verhindern. Das hatte Folgen**

*Goldberg, ein Dorf mit 6.000 Einwohnern am Rande der mecklenburgischen Seenplatte, hat der Deutschen Einheit einen Gedenkstein direkt neben das Rathaus gepflanzt – zusammen mit dem Blumenbeet davor wirkt er so trist, wie die Goldberger Stimmung mittlerweile ist. Denn statt des erhofften Wohlstands und Reichtums durch Fremdenverkehr haben die Goldberger Fremde in die Nähe des Dorfes bekommen: Flüchtlinge aus Rumänien, überwiegend Roma, die vom Land in eine Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber gepfercht wurden. Die Goldberger hatten ihre Lektion aber schon gelernt und reagierten mit Drohungen, die vom Rücktritt des Bürgermeisters über kollektive Pöbeleien auf Bürgerversammlungen bis zur als Mutmaßung getarnten Drohung reichten, es sei damit zu rechnen, daß Skinheads sich der Unterkunft annähmen. Der Innenminister Lothar Kupfer (CDU) sicherte den Goldbergern daraufhin zu, daß pünktlich zum Beginn der Haupttourismus-Saison, bis zum 1. April 1993 also, alle Asylsuchenden wieder aus Goldberg vertrieben sein werden. Das Deportationsabkommen, gegen das schon französische Juden in Rostock demonstriert hatten, soll's möglich machen. Den Goldbergern aber war das noch nicht genug: Als die ersten Flüchtlinge in die Unterkunft gezwungen wurden, mußten sie zusätzlich zur Unbill der Kasernierung auch noch eine tagelange Blockade des Goldberger Mobs über sich ergehen lassen. Die Auswirkungen waren durchaus auch praktischer Natur: Die Bedrohung war permanent, die Flüchtlinge konnten die Unterkunft nicht verlassen.*

*Am 2. November, dem Tag, an dem das Deportationsabkommen zwischen der BRD und Rumänien in Kraft trat, suchte eine bislang unbekannte Gruppe »Vagabundierende Alchemisten/Scheiße hilft Goldberge zu versetzen« das Rathaus der kleinen Stadt mit Jauchekübeln und einer Mahntafel heim, die aus Anlaß der rassistischen Angriffe und Aggressionen im wiedervereinigten Deutschland an die Deportation und Ermordung von Juden, Sinti und Roma im Dritten Reich erinnert. Das Rathaus mußte wegen unerträglichen Gestanks vorübergehend geschlossen werden. Bürgermeister Wollschläger versuchte, das peinliche Erlebnis der Weltpresse gegenüber zunächst zu verschweigen, ließ sich dann aber doch zu einer Erklärung herab: Sein Dorf sei völlig ungerechtfertigterweise Opfer eines Überfalls von »Chaoten« geworden: »Wir kommen mit unseren Asylbewerbern sehr gut aus.« Gegen die Unterkunft habe man nur demonstriert, weil sie an einem sensiblen Punkt den Wirtschaftsstandort gefährde.*

*KONKRET sind zu den Vorfällen in Goldberg zwei Erklärungen zugegangen, die wir dokumentieren: Eine Bezichtigung der »Vagabundierenden Alchemisten« und ein Bekennerschreiben des Ministers und seines Bürgermeisters. Wir haben allerdings weder das BKA noch sonst eine Polizeidienststelleeingeschaltet, um die Herkunft dieser Texte zu prüfen.*

**Goldberger, Goldbergerinnen!**

»Was wir mit unserem kleinen Scheiß-Goldberg in die Wege geleitet haben, das geht für ganz Deutschland nicht mehr wegzuwischen«, hat eine ihrer Volksgenossinnen dem »Spiegel« in die Feder diktiert. Das wäre uns an sich egal. Was an Deutschland klebt, stinkt und rumgeschmiert wird, ist nicht unsere Sache. Daß Sie ihr Fanal fürs neue Deutschland allerdings zu Lasten von Flüchtlingen gesetzt haben, daß Menschen, die viel riskieren und fast alles aufgeben mußten, um sich hierher retten zu können, sich in ihrem Dorf, das doch den Fremdenverkehr fördern will, nicht unbelästigt aufhalten können, daß sie beschimpft und bedroht werden, wollen wir nicht tatenlos hinnehmen.

Daß Sie sich auch nicht anders verhalten als Ihre Gesinnungsfreundinnen und -freunde in Hoyerswerda, Blankenese, Rostock, Hünxe und sonstwo in diesem Land, ist wahr. Das entschuldigt Ihre Blockaden, Ihre Pöbeleien, Ihre markig-rassistischen Sprüche und Ihre mackerhaften Drohgebärden aber genausowenig wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Plattenbauweise, die Sensibilität des Wirtschaftsstandortes und was sonst noch so schlicht und einfach als Erklärung für brutalen und tatendurstigen Dumpfsinn herhalten muß. Daß Sie auf einem Ihrer Transparente ihre volksgemeinschaftliche Machtdemonstration auch noch mit dem im Grundgesetz festgeschriebenen Widerstandsrecht legitimieren wollen, hat uns dagegen schon wieder gefallen: Es paßt so gut in die Zeit, in der das, was man angeblich aus dem Versagen im Kampf gegen den Nationalsozialismus gelernt hat, auf alles Anwendung findet – nur nicht auf den Kampf gegen den Nationalsozialismus. Damit es ganz klar ist: Wenn hier jemand ein Widerstandsrecht hat, sind es die Flüchtlinge, die von einer potentiell faschistoiden Gruppe, nämlich Ihnen, bedroht werden – nicht umgekehrt.

Ein Grund, weswegen wir gerade Ihr geliebtes und christliches Goldberg für unsere Aktion ausgesucht haben, ist, daß die meisten der Flüchtlinge, denen Sie hier so haßerfüllt begegnen, Roma sind: Wie verzweifelt deren Lage in Rumänien sein muß, ist leicht vorstellbar, wenn man bedenkt, daß sie, um dem zu entkommen, ausgerechnet nach Deutschland geflohen

sind – in das Land, in dem während des Nationalsozialismus mehrere hunderttausend Sinti und Roma ermordet wurden. Der deutsche Staat hat für dieses der Judenvernichtung vergleichbare Verbrechen niemals, was wenig genug gewesen wäre, angemessene Entschädigungszahlungen geleistet, noch, was die politische Konsequenz hätte sein müssen, ein dauerhaftes Bleiberecht für alle Sinti und Roma in diesem Land garantiert – auch aus der deutschen Bevölkerung sind keine nennenswerten Initiativen in dieser Richtung erfolgt. Im Gegenteil: Die Asyldebatte wird durch Propaganda-Berichte über das angebliche Treiben der »Zigeuner«, durch das Schüren von Ressentiments gegen Sinti und Roma in den Medien und bei Bürgerversammlungen zusätzlich aufgeheizt – und Ihre Mobilmachung hier, aber nicht nur die, zeigt, wie freudig-aggressiv der Haß in Taten umgesetzt wird.

Der Abschiebevertrag zwischen Deutschland und Rumänien, der heute in Kraft tritt, dokumentiert die Übereinstimmung zwischen Herrschenden und Beherrschten in diesem Land. Es ist ein Menschenhandels-Abkommen, das wir leider nicht verhindern konnten. Vielleicht gelingt es uns aber wenigstens, Ihre Freude darüber etwas zu dämpfen, daß Ihr »Deutschland den Deutschen!« und das »Ausländer raus!«-Gegröle von den Länderregierungen und dem Bundeskabinett so begierig aufgegriffen wird.

In einem Punkt allerdings können Sie beruhigt sein: Auch wir wollen nicht, daß die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber in Goldberg bleibt. Unsere Gründe allerdings sind andere: Wir finden die Kasernierung der Asylsuchenden menschenunwürdig – wir denken aber auch, daß den Flüchtlingen Ihre Nachbarschaft nicht zumutbar ist.

Und noch ein Wort zum Schluß: Wir hätten Ihr Rathaus gerne ganz zugeschissen! Wie Sie wahrscheinlich gemerkt haben, stellen wir in diesem Lande derzeit aber nur eine kleine Minderheit – unsere Kräfte haben einfach nicht gereicht. Wenn sich das geändert hat, kommen wir gerne wieder! Blockieren Sie also in Zukunft besser den Zufahrtsweg zu Ihrem Rathaus statt den zur ZASt.

*Vagabundierende Alchemisten/*

*Scheiße hilft Goldberge zu versetzen*

**2. November 1992**

Pressedienst der Staatskanzlei. Schwerin/Goldberg. Der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Bürgermeister von Goldberg erklären:

In den frühen Morgenstunden des 2. November haben extremistische Gewalttäter das Ortseingangsschild der Gemeinde Goldberg beschädigt, im Rathaus mehrere Kübel mit stinkender Flüssigkeit ausgekippt und eine Mahntafel am Rathaus angebracht, die auf die Verfolgung der Roma im Dritten Reich Bezug nimmt. Wir bedauern diesen Vorfall, der dem Ansehen Deutschlands im Ausland schadet. Wir warnen aber auch davor, die zumeist jugendlichen, erfahrungsgemäß hochgradig alkoholisierten Täter pauschal als Verfassungsfeinde zu bezeichnen. Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden zufolge stammen die Straftäter der bislang unbekannten Gruppe »Vagabundierende Alchemisten« aus München, einer Stadt, in der es bekanntermaßen hohe Arbeitslosigkeit, schwerwiegende Wohnungsprobleme, soziale Verunsicherung, überfüllte Universitäten und nicht ausreichend viele Discotheken gibt.

Daß die jungen Menschen den beschwerlichen Weg nach Goldberg auf sich genommen haben, zeigt auch, daß sie zutiefst verunsichert und orientierungslos sind. Darauf müssen wir politisch antworten – der Rechtsstaat darf aber auch nicht zurückweichen! Wir werden diesen brutalen Akt der Ausländerfreundlichkeit, der gegen bestehende Gesetze verstößt und bei dem nur dank des besonnenen Einsatzes der Sicherheitskräfte niemand verletzt worden ist, mit der ganzen Strenge des Jugendstrafrechts verfolgen.

Gleichzeitig nehmen wir uns ein Beispiel an Ministerpräsident Stolpe, der mit seinem Gespräch mit der »Deutschen Alternative« ein beeindruckendes Signal deutscher Gesprächskultur gesetzt hat. Wir bitten die »Vagabundierenden Alchemisten« zum Dialog. Wir garantieren die Anwesenheit des Fernsehens und freien Abzug. Wir versichern aber auch die Goldberger Bürgerinnen und Bürger der tiefempfundenen Solidarität aller Demokraten. Sie sollen wissen, daß sie in diesen schweren Stunden nicht alleine stehen. Das Grundrecht, Asylsuchende zu bedrohen und Widerstand gegen sie leisten zu dürfen, werden wir bei allem Verständnis für die jungen Münchner nicht antasten. Das ist eine Lehre aus unserer schweren Geschichte, die gerade für uns demokratisch gewählte Volksvertreter Verpflichtung und Auftrag zugleich ist. Deutsche Politik muß berechenbar bleiben.

*Lothar Kupfer*

*Dieter Wollschläger*

Konkret 12/92, S. 26

**Oliver Tolmein**

# Kahl und ungeschoren

**Knapp dreihundert Verfahren wegen Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung hat der Generalbundesanwalt seit der Wiedervereinigung gegen Linke eingeleitet, gerade mal sechs gegen Neonazis. Wo letztere überhaupt vor Gericht gestellt werden, kommen sie meist mit der niedrigstmöglichen Strafe davon**

Maximilian Harden, Herausgeber der »Zukunft« und einer der profilierten Kritiker des Rechts-Terrorismus, wurde am 3. Juli 1923 im Grunewald in Berlin von zwei Männern überfallen und durch Schläge mit einer Eisenstange schwer am Kopf verletzt. Einer der Täter konnte ins Ausland flüchten. Dem anderen wurde zusammen mit dem Übermittler des Tötungsbefehls (der wahrscheinlich von der rechtsextremen »Organisation Consul« stammte) vor dem Schwurgericht des Landgerichts Berlin der Prozeß gemacht. Wenn man das so nennen will. Kurt Tucholsky hat in der »Weltbühne« über das Verfahren berichtet: »Die Angeklagten machten auch nach den 15 Stunden des dritten Tages keineswegs einen ermüdeten Eindruck – sie hatten auch keine Veranlassung dazu. Man hatte mit ihnen geplaudert; und nett geplaudert. In den ersten drei Stunden war nur von Geld die Rede. Später ging man zu anderen fesselnden Dingen über: ob die La-Plata-Zeitung nationalistisch sei oder nicht; wie Herr Thimme zu Herrn Harden stehe; ob nicht Herr Harden ein Schädling des deutschen Volkes sei ... Von Morden wurde weniger gesprochen. Der Vorsitzende hatte in seinen heftigsten Momenten etwas von einem Oberlehrer, der einem Jungen nachweisen will, daß er eine Fensterscheibe kaputtgeschlagen habe.« Dementsprechend fiel das Urteil aus: Aus dem Mordversuch wurde eine gefährliche Körperverletzung. Tucholsky: »Es lagen vor mündliche und schriftliche Geständnisse beider, in denen die Worte ›Erledigen‹, ›Beseitigen‹ und ›Töten‹ klar und deutlich enthalten sind. Zusammen: ein paar Jahre Gefängnis. Der Angeklagte Harden kann gehen.«

Der SS-Obersturmführer Borm, Mitglied der »Leibstandarte Adolf Hitler« und als Arzt an der Ermordung von mindestens 6652 behinderten Menschen beteiligt, konnte auf noch größeres Verständnis seiner Richter rechnen. 1970 wurde er vom Landgericht Frankfurt a.M. freigesprochen: »Seine Verurteilung wegen Beihilfe zum Mord würde voraussetzen, daß ihm die Kenntnis von der heimtückischen Tötungsweise oder den niedrigen Beweggründen der Haupttäter (das waren Adolf Hitler und Heinrich Himmler, O.T.) nachzuweisen ist. Der Angeklagte hat sich dazu wie folgt eingelassen: ... es habe sich bei den zur Tötung vorgesehenen Kranken um völlig verblödete Existenzen ... gehandelt ... er habe an eine wirkliche ›Euthanasie‹ geglaubt.« Dieser Freispruch wurde 1974 vom Bundesgerichtshof bestätigt – es war nicht der erste und blieb nicht der einzige für NS-Verbrecher: Selbst wenn ihnen das Wissen darüber nachgewiesen werden konnte, daß ihre Opfer allein aus Rassenhaß ermordet worden waren, wurde zwischen den niedrigen Beweggründen der politisch Verantwortlichen – nur diese galten als Täter – und dem Pflichtgefühl derer, die verbrecherischen Befehlen »nur« gehorcht hatten, feinsinnig unterschieden. Die meisten Angeklagten profitierten so nicht nur von der Annahme ihres »Gehilfen«-Status, sondern zudem bereits am 8. Mai 1960 von der Verjährung aller Verbrechen, deren Strafrahmen unter 15 Jahren lag.

»Es ist eine der großen Paradoxien der Gegenwart, daß nicht die sogenannte Strafrechtsreform, sondern die Diskussion über NS-Prozesse Anstoß zu einer Änderung der gesellschaftlichen Haltung gegenüber Verbrechern geben kann«, resümierte der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, der viele NS-Verbrecher angeklagt hatte. »Plötzlich wird gefragt: Welchen Sinn haben Strafprozesse? Der soziale und individuelle Hintergrund dieser Strafsachen soll aufgeklärt werden ... Sozialer Zwang, die Suggestivwirkung der Propaganda, die Massenpsychose, der Konformismus, eine Cosi fan tutte wird festgestellt ... Man redet von Notstand...«

Die Zeiten haben sich geändert – an die Stelle des entlastenden Befehlsnotstandes ist, der Bundeskanzler hat’s erklärt, der Staatsnotstand getreten: Die »Asylantenflut« bedroht Deutschland, und das Regime kann ihrer mit dem gängigen Instrumentarium nicht Herr werden. Deswegen haben die großen Bundestagsparteien ein, von Staatsrechtlern übereinstimmend als kaum mehr verfassungsgemäß qualifiziertes, neues Asylverfahrens-Gesetz verabschiedet; deswegen wird in absehbarer Zeit der Grundgesetzartikel 16, der politisch Verfolgten zur Zeit wenigstens noch formal Asyl gewährt, passend zurechtgestutzt.

Während die Bonner Politiker dramatische Reden halten und ein Bedrohungsszenario nach dem anderen entwerfen sowie immer neue Artikel des Grundgesetzes abschaffen oder umändern wollen, ist ihre »Basis« längst dazu übergegangen, den Bestimmungen des Grundgesetzes Folge zu leisten. Artikel 20 Absatz 2 der deutschen Verfassung, der festschreibt: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus«, erscheint so in ganz neuem Licht.

Das Volk von Wittenberge beispielsweise hat sich in der Nacht zum 2. Mai 1991 entschieden, mit aller Gewalt, die ihm zur Verfügung stand, einen Streit, der in einer Diskothek begonnen hatte, bis zum blutigen Ende zu führen. Drei Afrikaner waren von Deutschen vor der Diskothek attackiert worden und hatten sich mit Messern gewehrt. Die Wittenberger beschlossen daraufhin, sich die drei »zu holen«. Im Autokorso, miteinander ständig über CB-Funkgeräte in Kontakt, machte sich eine halbe Hundertschaft auf den Weg ins Wohnheim der Namibier. Die Polizei, die von dem geplanten Überfall erfahren hatte, ließ den Volkssturm dennoch unbehelligt toben: Im Wohnheim der Afrikaner wurde die Tür eingetreten, der Mob stürmte die Treppe, feuerte auf zwei Schwarze, die sich in der Küche verbarrikadiert hatten, mit

Gaspistolen. Weiter ging es, die fünf Namibier, die sich im vierten Stock aufhielten, wurden mit Messern angegriffen. Drei von ihnen gelang es, sich über den Balkon abzuseilen. Der 18jährige Jona Ipinge und der 19jährige Lucas Nghidinwa schafften das nicht mehr. Die Menge drängte nach und drückte oder schmiß die beiden über das Geländer. Jona Ipinge erlitt mehrere Brüche an Hüfte, Oberschenkel und Knie, zehn Monate blieb er im Krankenhaus und wird vollständig wohl nie genesen. Lucas Nghidinwa lag nach seinem Sturz drei Wochen im Koma.

Die Polizei ermittelte so nachlässig, wie sie in dieser Nacht gehandelt hatte. Von den etwa 40 Angehörigen des Sturmtrupps, der hier im Namen des Volkes handelte, konnte knapp die Hälfte ermittelt werden. Anklage wurde nur gegen neun Personen erhoben. Die ersten drei, alles erwachsene Männer, wurden vom Kreisgericht Perleberg wegen besonders schweren Landfriedensbruchs zu Haftstrafen von jeweils einem Jahr und drei Monaten verurteilt: Die direkte Beteiligung an dem Sturz sei ihnen nicht nachzuweisen, entschied das Gericht. Die Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Der vierte im Bunde muß eine anderthalbjährige Haftstrafe immerhin antreten. Die Strafen liegen allesamt am unteren Ende einer Verurteilung nach Paragraph 125a, der im wesentlichen generalpräventive Wirkung haben soll und einen Strafrahmen von sechs Monaten bis zu zehn Jahren Haft kennt.

Knapp sechs Monate später entscheidet sich das Bezirksgericht Potsdam im Prozeß gegen vier Jugendliche für härtere Strafen: Drei von ihnen werden wegen besonders schweren Landfriedensbruchs, Beteiligung an einer Schlägerei und schweren Hausfriedensbruchs zu dreieinhalb bzw. zweieinhalb Jahren Jugendstrafe verurteilt. Der vierte, der 20jährige Heiko G., hat den Erkenntnissen des Richters zufolge Jona Ipinge vom Balkon gestoßen. Der Angeklagte, der in seinem Schlußwort erklärt: »Die Polizei hat mir an jenem Abend nicht das Gefühl gegeben, mich an einer Straftat zu beteiligen«, erhält wegen versuchten Totschlags eine Haftstrafe von sechseinhalb Jahren. »Ausländerfeindlichkeit« hat nach Auffassung des Richters Hansel als Motiv bei dieser »regelrechten Hetzjagd auf die Hausbewohner« nur eine »gewisse Rolle« gespielt. Schwerer wiegt für ihn die »grundsätzliche Gewaltbereitschaft des Angeklagten«.

Trotz dieser Bagatellisierung des politischen Rahmens der Straftat erscheint das Potsdamer Urteil als die Ausnahme, die die Regel bestätigt: Rechte Mörder und Schläger kommen, kahl wie sie meist sind, fast ungeschoren davon. Anders als Richter Hansel sehen die meisten seiner Kollegen das Handeln der Nazis nicht als vorsätzliches Tun an, sondern halten es mit dem sächsischen Generalstaatsanwalt Schwalm, der im Gespräch mit der »taz« den Fremdenfeinden Generalabsolution erteilt hat: »Die Ausschreitungen im rechten Bereich sind fast ausnahmslos aufgrund spontaner Verabredungen erfolgt, häufig nach Wirtshausbesuchen, von Gruppierungen, die ideologisch überhaupt nicht richtig festgelegt waren.«

Organisationsdelikte wie die Bildung einer »terroristischen« oder »kriminellen Vereinigung«, Anklagen wegen Mord, Totschlag oder besonders schwerer Brandstiftung – also alle Delikte, die im allgemeinen empfindliche Haftstrafen zur Folge haben – sind mit dieser Qualifizierung automatisch vom Tisch. Die Verfahren enden mit einem Schuldspruch wegen gefährlicher Körperverletzung, oder, im schlimmsten Fall, wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge. Ein Delikt, das in der Regel milder bestraft wird als z.B. ein Versicherungsbetrug, bei dem eine versicherte Sache in Brand gesetzt wurde.

Als Musterprozeß dieser Ordnung kann das Strafverfahren gegen die Mörder des Angolaners Amadeu Antonio Kiowa dienen. Am Abend des 24. November 1990 hatten sich Skins aus mehreren Orten in der Wohnung des Eberswalder Neonazi-Führers Tristan Dewitz getroffen. Zusammen mit ihm und weiteren etwa fünfzig Jugendlichen aus der örtlichen Diskothek zogen sie los, um »irgendwelche Andersaussehenden zusammenzukloppen«. Die »Andersaussehenden« kamen aus Afrika: Zwei überlebten schwerverletzt, der dritte, Antonio Kiowa, starb zwei Wochen nach dem Überfall im Krankenhaus. Während der deutsche Mob die drei Afrikaner zusammenschlug, hielten sich mehr als zwanzig voll ausgerüstete Polizeibeamte unweit des Tatorts auf – und sahen zu. Sie hätten sich den Skins nicht gewachsen gefühlt, erklärte der Einsatzleiter später. »Beweissichere Festnahmen« gab es keine, die drei Zivilfahnder, die ebenfalls den Überfall beobachtet hatten, konnten im Prozeß niemanden so recht identifizieren, die Spurensicherung war schlampig, die Suche nach den Tätern kam nur äußerst zögerlich und wenig erfolgreich in Gang.

Der Prozeß verlief derart, daß die in Genf ansässige Internationale Juristenkommission, die sonst damit befaßt ist, die Rechte von Angeklagten in Diktaturen zu sichern, beschloß, einen Beobachter zu entsenden. Die Juristen befürchteten, daß hier das Opfer zum Täter gemacht werden würde und diese straffrei ausgingen. Ob es in dem Verfahren, das ohnedies nur gegen sechs der Schläger eröffnet wurde (Dewitz, der zur Szene um die »Nationalistische Front« gezählt wird, gehörte nicht dazu), ohne die Aussagebereitschaft eines Beteiligten überhaupt zu Verurteilungen gekommen wäre, ist unklar. Schließlich durchbrach der zunächst untergetauchte Kay Nando B., der wie Dewitz im Umfeld der »Nationalistischen Front« aktiv war, das verabredete Schweigen, gestand seinen eigenen Tatbeitrag und beschuldigte die anderen der Mitwirkung. Vier der Angeklagten wurden daraufhin wegen »gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge« zu vier bzw. dreieinhalb Jahren Haft verurteilt, der fünfte erhielt wegen Körperverletzung eine Jugendstrafe von zweieinhalb Jahren, die auf Bewährung ausgesetzt wurde. Das Verfahren gegen den geständigen Kay Nando B. wurde abgetrennt und ist noch nicht entschieden. Damit hatte der Vorsitzende Richter des Bezirksgerichts Frankfurt/Oder sich – obwohl die Tat geplant und besonders brutal durchgeführt worden ist – für den geringstmöglichen Strafvorwurf entschieden. Die Urteile liegen

entsprechend im unteren Bereich des Strafmaßes, das eine Mindeststrafe von drei Jahren Haft vorsieht. Trotzdem sind drei der Angeklagten, ebenso wie der Nebenkläger, in die Revision gegangen. Bis das Urteil rechtskräftig geworden ist, bleiben Kiowas Mörder auf freiem Fuß.

Drei junge Männer aus gutbürgerlichem Hause wurden vom Landgericht Bremen noch milder bestraft: Sie hatten in der Nacht zum neuen Nationalfeiertag, dem 3. Oktober 1991, mehrere Molotowcocktails in ein Flüchtlingsheim geworfen, weil sie von »Bürgern und Medien« immer wieder gehört hätten, daß es sich dabei um eine »Drogenvilla« handele. Weder der Zeitpunkt der Tat noch die Tatsache, daß sie in der Clique, in der auch ein Funktionär der »Nationalistischen Front« aktiv ist, verabredet worden war, haben auf das Urteil, das wegen schwerer Brandstiftung erging, einen nachhaltigen Einfluß gehabt. Die Anklage wegen »versuchten Mordes« wurde fallengelassen, weil keine Tötungsabsicht nachgewiesen werden konnte. Die 21 Monate Jugendstrafe wurden zur Bewährung ausgesetzt, weil, so die II. Jugendkammer, nicht Abschreckung, sondern erzieherische Gesichtspunkte eine Rolle spielen sollten.

Auch eine rechtsextreme Bande in Dresden konnte mit ihren Richtern zufrieden sein. Die zehn Neonazis waren am 11. September 1991 in die Wohnung einer Vietnamesin eingebrochen, hatten die schwangere Frau mißhandelt und mehrere Gegenstände gestohlen. Anschließend, wieder auf der Straße, schossen sie einen Mocambiquaner an. Verurteilt wurden sie wegen gefährlicher Körperverletzung und Diebstahl zu Strafen zwischen fünf Monaten und zwei Jahren, die teilweise zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Bewährungsstrafen hatten wohl auch die Attentäter von Hünxe erwartet. Obwohl sie mit drei- bis fünfjährigen Haftstrafen wegen Brandstiftung und Körperverletzung sehr viel glimpflicher davonkamen als ihre Opfer, zwei schwerverletzte libanesische Kinder, sind sie selbstbewußt in die Revision gegangen. Daß der Bundesgerichtshof sich intensiver mit den Sympathien der Angeklagten für die »Republikaner« und die »FAP« beschäftigen wird als das Landgericht Duisburg, das mehr an der Frage interessiert schien, warum der Asylantrag von Herrn Saado, dem Vater der Opfer, abgelehnt wurde, ist schließlich auch nicht zu erwarten. Interessant ist dagegen, ob ihr zielgerichtetes und entschlossenes gemeinsames Handeln, das die Staatsanwaltschaft und der Nebenkläger als »versuchten Mord« verurteilt wissen wollten, auch in der Revision wie schon vom Duisburger Landgericht mit Alkoholkonsum, Psychoproblemen und verminderter Intelligenz entschuldigt werden wird.

Daß die Strafen für die Hünxe-Attentäter in den Medien allgemein als »hart« bewertet wurden, taucht die bundesdeutschen Gerichtsreporter, sonst oft ungerührte Profis, die auch das eine oder andere »Lebenslang« mit Blick auf Generalprävention und »schwere Schuld« engagiert rechtfertigen, in ein ungewöhnlich mildes Licht. Zu vollem Verständnis können sie aber erst auflaufen, wenn es nicht, wie in Hünxe, schwerverletzte Kinder oder gar Tote zu beklagen gibt. Ein besonders einfühlsames Porträt eines »Jungen aus Hoyerswerda« hat etwa die Reporterin des Deutschland-Magazins »Spiegel«, Gisela Friedrichsen, verfaßt – und damit stilbildend gewirkt. »Hoyerswerda ist zum Begriff geworden. Nicht Begriff für die Gewalt, die tagtäglich den dort in öden ›Wohnkomplexen‹ zusammengetriebenen, in Betonbatterien eingepferchten Menschen durch ihre Lebensumstände angetan wird – nein ...«, hebt die Reportage empört an, um uns nach einem heftigen Seitenhieb auf einen Kollegen der »Süddeutschen Zeitung«, der der irrigen Auffassung anhängt, der Staat müsse generalpräventiv auch gegen Nazi-Gewalt vorgehen, Kai vorzustellen: »Ein schmächtiges Bürschchen von kleiner Statur lümmelt sich neben seinem Verteidiger, sichtlich angeödet, denn er will Selbstbewußtsein zur Schau stellen. Auf der Oberlippe kümmert ein Führer-Bärtchen.« Nicht direkt niedlich, der 19jährige, aber bestimmt nicht gefährlich, eher eine arme Sau, verklemmt, nicht besonders intelligent. Daß er sich zur »Deutschen Volksunion« bekennt, als rechtsradikal bezeichnet, zu den Angriffen auf die Unterkunft der Mocambiquaner sagt: »Das mußte sein« – für Gisela Friedrichsen sind das nur Details aus einem unglücklichen deutschen Jungenleben in der Betonbatterie. Keine Strafe, sondern ein Führer muß her, bilanziert sie: »Jugendliche wie Kai sind nicht (auf den richtigen Weg) zurückzuführen. Sie sind zu führen. Sie kennen den richtigen Weg noch nicht ... Nicht jeder aber, der sich mit den Ausländern schwertut, der den Ton verfehlt, der nicht gleich die ›richtige‹ Meinung hat, ist schon eine Gefahr für den Rechtsstaat.«

Nun geht es in dem Verfahren strenggenommen nicht um die »richtige« oder die falsche Meinung, und Kai wird auch keineswegs vorgeworfen, den falschen Ton gewählt oder den Rechtsstaat gefährdet, sondern einen Molotow-Cocktail auf ein bewohntes Haus geworfen zu haben – aber irgendwie muß der aus dem Westen geholte Richter zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangt sein wie die Vertreterin der vierten Gewalt. Kai erhält wegen Landfriedensbruchs in einem besonders schweren Fall, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Volksverhetzung 15 Monate Jugendstrafe. Ob sie zur Bewährung ausgesetzt wird, will der Richter später entscheiden. Kai verläßt den Gerichtssaal als freier deutscher Junge. »Das Ergebnis ist ein vernünftiges, einleuchtendes Urteil, das den Rechtsstaat nicht mit Sporen oder Peitsche durchzusetzen versucht, sondern für ihn wirbt.«

Daß die derart Umworbenen zwar das Zuckerbrot gerne nehmen, ansonsten aber anderen Führern und Werbern folgen, hindert auch Gerhard Mauz nicht, anläßlich der ersten Prozesse gegen die Randalierer von Rostock-Lichtenhagen ein Loblied auf einen Jugendrichter zu schreiben, der »ernst, aber nicht drohend« den Werfer eines Molotowcocktails mit einem »Wenn Sie sich jetzt nicht astrein zusammenreißen ...« und drei Wochen Jugendarrest, die durch die U-Haft als

abgegolten gelten, entläßt. Auch ein zweiter junger Mann darf, nachdem er sich noch mal gründlich ausländerfeindlich bekannt, dabei aber den Kopf mindestens einmal reumütig gesenkt hat, zu drei Wochen Jugendarrest verurteilt nach Hause gehen. Der Staatsanwalt schüttelt den Kopf: nicht wegen des Strafmaßes, sondern weil der Skin doch hätte wissen müssen, daß zu dem Zeitpunkt, wo er die Steine sammelte, gar keine Flüchtlinge mehr in der Unterkunft waren.

Aber nicht nur die Medien sind – mit wenigen Ausnahmen – im großen und ganzen zufrieden mit der hiesigen Rechtsprechung, die den Eindruck erweckt, als würde etwas gegen die Ausbreitung des Nazismus getan. Auch der antifaschistische Pressedienst der SPD »blick nach rechts« warnt vor »Richterschelte«: »Berücksichtigt man die Schwierigkeiten der Beweisführung – oft Straftaten aus der Menge heraus – so sind, und das ist auch die Bewertung durch Presse und Öffentlichkeit, angemessene Urteile ergangen.« Angemessen – angesichts der Tatsache, daß Politiker der Regierungsparteien, der Reps oder der DVU straflos Reden halten können, die zumeist den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllen – »Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er 1. zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt ... 3. sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft« – mag man das so sehen. Gemessen an den Straftatbeständen, die in den Urteilen ja immerhin als bewiesen anerkannt werden (besonders schwerer Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung, Brandstiftung) fällt auf, daß regelmäßig die geringstmöglichen Strafen verhängt werden. Schwere Straftatbestände wie Mord und Totschlag (bzw. deren Versuch) werden dagegen so gut wie nie angenommen: Bislang machte lediglich das Landgericht Mönchengladbach eine Ausnahme, das einen 30jährigen, der einen Türken mit zehn Messerstichen aus, wie es im Urteil heißt: »verachtenswertem Fremdenhaß«, lebensgefährlich verletzte, wegen versuchten Mordes zu zwölf Jahren Freiheitsstrafe verurteilte.

Auch unter Juristen sind Verhandlungsführung und Strafzumessung in den neuen Nazi-Prozessen offensichtlich nicht umstritten und von nur geringer Bedeutung. Während die Zahl der jährlich verübten rechtsextrem motivierten Gewalttaten von 130 (1990) über 1500 (1991) auf 3374 (1. Januar bis 25. Oktober 1992) angestiegen ist, wird in den rechtswissenschaftlichen und rechtspraktischen Fachzeitungen vor allem über die Bewältigung der Stasi-Verbrechen räsoniert. Ansonsten beschäftigen sich Blätter wie die »Neue Juristische Wochenschrift«, die »Juristen-Zeitung«, die »Zeitschrift für Rechtspolitik«, die »Neue Zeitschrift für Strafrechtswissenschaft« oder die »Deutsche Richter Zeitung« mit so spannenden Themen wie »Die Katze in Nachbars Garten«, Trunkenheits- oder Drogendelikten. In keiner der maßgeblichen Juristen-Blätter findet sich auch nur ein Aufsatz, der sich mit der aktuellen Rechtsprechung zu rechtsextremen Gewalttaten auseinandersetzt. Auch die Datenbank JURIS meldet nur: Kein Eintrag. Die Juristen praktizieren damit, was einer der obersten Rechts-Wahrer der Republik, der Generalbundesanwalt von Stahl, auch den Nichtjuristen gerne verordnen würde: das Totschweigen der Totschläger. »Solange diese Täter merken«, erklärte Stahl der »taz«, »welche Aufmerksamkeit sie durch diese Straftaten erregen, so lange wird es auch schon aus diesem Grund zu weiteren Taten dieser Art kommen.« Wegsehen als Patentrezept der Strafverfolgung.

Von diesem Verfahren hat zum Beispiel der Dresdner Stadtkämmerer Günter Rühlemann (CDU) profitiert. Als anonymer Anrufer hatte er mehrfach über den Polizeiruf 110 angekündigt, demnächst »mit einer Kalaschnikow ein Blutbad« anrichten zu wollen, weil er sich von Ausländern bedroht fühle. Rühlemann wurde per Fangschaltung als Anrufer identifiziert. Ein Strafverfahren ist nicht eingeleitet worden. Nicht einmal ein Disziplinarverfahren drohte dem 54jährigen, der seine »ungebührliche Reaktion« damit begründete, daß die Ablehnung unberechtigter Asylanträge 1991 nach seinen (falschen) Berechnungen die Bundesrepublik 13,5 Milliarden Mark gekostet habe. Die CDU sprach sich sogar gegen einen Rücktritt Rühlemanns aus, weil er sich nur »eine verhältnismäßig geringe Verfehlung im Vergleich zu den Rostocker Krawallen« habe zuschulden kommen lassen und außerdem »lernfähig« sei.

Der Generalbundesanwalt, dessen Behörde in ihrem Rachefeldzug gegen die Linke nicht genug bekommen kann und alles daransetzt, Christian Klar und Peter Jürgen Boock gleich mehrfach lebenslang in den Knast zu bringen, läßt die Öffentlichkeit wissen, er sehe die »Innere Sicherheit der Bundesrepublik nicht als gefährdet an«. Was viel über seine Vorstellung von Innerer Sicherheit und nichts über die Gefährlichkeit der Nazi-Banden und ihrer Sympathisanten sagt. Und so wenig die knapp dreihundert 129a-Verfahren gegen Linke, die der Generalbundesanwalt seit der Wiedervereinigung eingeleitet hat, beweisen, daß es eine relevante linksradikale Kraft hierzulande doch noch gibt, so wenig verraten die im gleichen Zeitraum geführten lediglich sechs 129a-Verfahren gegen Jungnazis von deren tatsächlichem terroristischen Potential.

Aber dafür ist der Repressionsapparat schließlich auch nicht geschaffen worden. Warum sollte ausgerechnet die zweite Staatsgewalt, die Justiz, effizient bekämpfen, was die anderen beiden, Exekutive und Legislative, bislang nach Kräften gefördert haben? Daß Bommi Baumann, »Exterrorist in Berlin«, jetzt in der »Süddeutschen Zeitung« für »ganz knallharte Strafen für Gewalttaten« wirbt und »Isolationshaft« für angemessen hält, weil das »hat bei uns ja geholfen. Das ist heute genau die gleiche Mentalität, die gehen gnadenlos über Leichen – wie wir damals«, das entspringt dem gleichen Unverständnis. Nicht umsonst ist die Bundesrepublik der erklärte Nachfolgestaat des völkisch verfaßten Dritten Reiches. Rassistische Verbrechen waren hierzulande noch nie die Taten von Feinden dieser Gesellschaftsordnung, in ihren extremen Varianten zielten sie lediglich darauf, die alten Verhältnisse zu restaurieren: Verhältnisse, die nach Meinung der politisch

einflußreicheren unter den politischen Kommentatoren – anders als die Gründung der DDR – keinen wirklichen Bruch mit der Tradition des deutschen Rechtsstaates darstellten. Folgerichtig hat die deutsche Justiz die Verbrechen der Nazis, die sie selbst zu einem erheblichen Teil mitbetrieb, nur unwillig und unter nachhaltigem Druck des Auslands verfolgt. Es sollte daher niemand erwarten, daß heute die jungen Nazis strenger verfolgt werden als ihre Großväter.

**Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 11/92 über den Überfall Rechtsradikaler auf eine Behindertenschule**

Konkret 12/92, S. 30

**Jürgen Reents**

# Kampfbegriff »Extremismus«

**Über den Versuch der Bundesregierung und der Medien, das Ausmaß der rechtsextremen Gewalt zu bagatellisieren und die Linke propagandistisch dafür haftbar zu machen**

Es war kurz nach den rassistischen Terrornächten von Rostock-Lichtenhagen. Die CDU/CSU schleuderte den Brandbomben wie gewohnt ihre nadelgestreiften Rechtfertigungen hinterher: Ursache sei das »ungelöste Asylproblem«. Die Opfer als Urheber der Verbrechen. Steter Tropfen schmeißt den Stein. Dennoch, es war Zeit, sich mal was Neues einfallen zu lassen. Etwas, mit dem die CDU/CSU nicht nur die deutschen Stammtische bekellnern, sondern sich dabei auch wieder als Saalwächter der Demokratie ins Gespräch bringen konnte. Eine Aufgabe, die den Erfindungsreichtum der allerersten Garnitur erforderte.

Das Stichwort kam vom Bundesinnenminister. Auftritt auf der Sondersitzung des Bundestags-Innenausschusses am 31. August: »Seiters sprach von einer auffälligen Verlagerung der Gewalttaten in Richtung Osten, wobei in den neuen Bundesländern auch die hohe Zahl der Tatbeteiligten ins Gewicht falle. Bei den Ausschreitungen in Rostock habe es auch erste Anzeichen für ein gemeinsames Zusammenwirken von linksextremen Autonomen und rechtsextremen Skinheads gegeben, die gemeinsam gegen die Polizei vorgegangen seien« (»woche im bundestag«, Nr. 13/92).

Dr. Jürgen Rüttgers, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, heizte wenig später nach: »Kriminelle Horden, die Asylbewerber angreifen, Polizisten mit Steinen bewerfen oder Gedenkstätten der Judenvernichtung anzünden, greifen den Kern unseres Gemeinwesens an. Hier rotten sich rechte und linke Extremisten zusammen« (Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 29.9.92).

Neu – und doch nicht ganz neu. Den Rechtsextremismus auf Extremismus herunterbuchstabieren konnten vor Rüttgers und Seiters schon andere. Das ist anständiges Deutsch für anständige Deutsche, weil es die Linken nicht aus dem Visier läßt. Aber Rüttgers und Seiters können mehr: Sie passieren die Grenze zwischen Verzerrung und Lüge ganz ungeniert und brauchen dabei nicht mal einen Ausweis vorzulegen.

Wenn es in diesem Fall nicht eine Kleine Anfrage von Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete der PDS/LL, gegeben hätte: Worauf sich denn diese Aussage stützt, wollte sie wissen. Eduard Lintner, Seiters Staatssekretär fürs ganz Grobe und ihm deswegen auch aus der CSU beigegeben, war um eine offene Antwort nicht verlegen. Zwar räumte er am 7. Oktober nach einmonatiger Bedenkzeit ein: »Nach heutigem Erkenntnisstand kann von einer Zusammenarbeit von Autonomen und rechtsextremistischen/fremdenfeindlich motivierten Straftätern nicht ausgegangen werden. Gemeinsame Aktionen und damit ein Zusammenwirken sind nicht belegt.«

Aber: »Folgende erste Informationen ließen jedoch diesen Schluß zunächst zu: –

Bei den Festgenommenen wurden zahlenmäßig mehr Täter mit polizeilichen Vorerkenntnissen aus dem linksextremistischen als solche mit Erkenntnissen aus dem rechtsextremistischen Bereich festgestellt... –

Das Vorgehen der Störer gegen Polizeibeamte, das Werfen lebensgefährdender Brandsätze gegen Menschen war bislang nur im Zusammenhang mit Ausschreitungen durch autonome/linksextremistische Straftäter bekannt geworden.«

Immerhin war Seiters damit der Lüge überführt (was allerdings kaum jemanden und ihn selbst wohl am allerwenigsten stört). Dennoch kann man sich fragen, ob die nachgereichte Rechtfertigung der Lüge diese selbst nicht an Dreistigkeit überflügelt.

In den sechs Terrornächten von Rostock-Lichtenhagen (21. bis 26. August) wurden laut BKA 272 Personen festgenommen, von denen das BKA 27 als »Linksextremisten« und ganze 2 (zwei!) als Rechtsextremisten ausweist – eine Bilanz, die gleich in dreierlei Hinsicht ein Skandal ist: Erstens, weil bei den rassistischen Pogromen überhaupt Personen festgenommen wurden, die genau das getan haben, was eigentlich Aufgabe der weitgehend untätigen Polizei gewesen wäre – den Rechtsextremisten entgegenzutreten und die angegriffenen Ausländerinnen und Ausländer zu schützen. Zweitens, weil die rechtsextremistischen Schläger demzufolge ganz offensichtlich in großem Umfang laufengelassen wurden. Und drittens, weil die rassistischen Gewalttäter, soweit sie festgenommen wurden, mit dieser Statistik überwiegend davon freigesprochen werden, daß ihre Brandtaten etwas mit Rechtsextremismus zu tun hätten.

Lintners zweites Argument ist nicht weniger dreist: einmal wegen der Unterstellung, daß »Linksextremisten« die gleichen Brandtaten wie Rechtsextremisten verüben würden, und zum anderen wegen der bewußten Ignoranz gegenüber der rassistischen Gewalt, die mittlerweile schon seit weit mehr als einem Jahr tagtäglich eskaliert.

Das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz hat kurz vor Lintners Antwort von 1.162 Gewalttaten mit rechtsextremistischer Motivation allein seit Jahresanfang gesprochen, bei denen 10 Menschen getötet und 800 verletzt wurden (»Berliner Zeitung«, 29.9.92). Das Bundeskriminalamt zählt inzwischen 3.374 ausländerfeindliche Straftaten von

Jahresanfang bis 25. Oktober, darunter 13 Tötungen, 435 Brandanschläge, 7 Sprengstoffanschläge und 346 Körperverletzungen – eine Zunahme um 70 Prozent gegenüber dem Vorjahr (»Süddeutsche Zeitung«, 3.11.92). Aber für das Bundesinnenministerium war vor wenigen Wochen »das Werfen lebensgefährdender Brandsätze gegen Menschen ... bislang nur im Zusammenhang mit Ausschreitungen durch autonome/linksextremistische Straftäter bekannt geworden«.

Einen solchen Mist können ein deutscher Innenminister und sein Staatssekretär zweifellos nur deswegen ohne Folgen für ihr Amt in die Welt setzen (und im übrigen auch ohne großartiges Interesse der Bonner Journalisten, die dies alles serviert bekommen haben), weil sie einer Partei und einer Regierung angehören, die den anwachsenden Rassismus und eine gleichzeitig verstärkte Hetze gegen die Linke systematisch fördern und bedienen.

Die bewußte Ignoranz des Innenministeriums gegenüber dem rassistischen Terror hat Methode: Seit Mai dieses Jahres weigert Staatssekretär Lintner sich, monatliche Anfragen der PDS/LL-Abgeordneten Ulla Jelpke über rassistische Straftaten überhaupt zu beantworten, weil angeblich »kein automatisiertes Meldeverfahren zwischen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern« dafür existierte und das »vom BKA zur Verfügung gestellte Zahlenmaterial« sich »als wenig aussagefähig erwiesen« habe. Zweifellos ein Novum, diese indirekte Rüge des Innenministeriums an das BKA, die der Absicht folgt, über das Ausmaß des rassistischen Terrors möglichst wenig, möglichst selten und mit möglichst wenig Beweismaterial zu reden.

Dabei haben die Innen- und Justizminister des Bundes und der Länder Mitte Oktober letzten Jahres, ca. einen Monat nach den Angriffen in Hoyerswerda, beschlossen, daß der »bundesweite Informationsaustausch verbessert und dazu die polizeiliche Beobachtung von Personen im rechtsextremistischen Bereich intensiviert« werden sollen. Hierüber sollte zudem eine »gezielte Öffentlichkeitsarbeit« erfolgen. Der vom BKA daraufhin vorgeschlagene »Sondermeldedienst« wurde allerdings auf der folgenden Innenministerkonferenz am Jahresende abgelehnt – Hoyerswerda lag nun schon ein Vierteljahr zurück und die Medienaufmerksamkeit war erst mal wieder verebbt. Die »gezielte Öffentlichkeitsarbeit« wurde durch die Bundesregierung fortan nicht nur unterlassen, sondern verweigert.

Ein von der PDS/LL unmittelbar nach den Angriffen in Hoyerswerda eingebrachter Antrag, finanzielle Mittel für eine großangelegte Aufklärungskampagne gegen Rassismus und Rechtsextremismus zu bewilligen, mußte erst ein Jahr in den Ausschüssen schmogen, bevor er, seiner direkten, auch finanziellen Aufforderung an die Bundesregierung entkleidet, als konsequenzloser Beschluß den Bundestag passierte. Das Bundesinnenministerium versprach außerhalb des Beschlusses gerade mal 7 Mio. DM für das nächste Jahr – zum Vergleich: Die bloße Werbekampagne, Berlin wieder zur Olympia-Stadt zu machen, darf 12 Mio. DM kosten.

Statt dessen nun also der Versuch in Politik und Medien, die Linke propagandistisch für die rechtsextremistische Gewalt mit haftbar zu machen. Da wird eine von der SPD beantragte Bundestagsdebatte über die Gefahr des Rechtsextremismus am 8. Oktober durch massives Einwirken von Rüttgers Club schnell noch in eine Debatte über »Extremismus und Gewalt« umbenannt (und die SPD beugt sich ein weiteres Mal). Da wird zurückblickend gelogen: »Vorher hatte man, um linken Schlägern den Weg zu ebnen, den Landfriedensbruch-Paragraphen emaskuliert, die Karlsruher Brokdorf-Entscheidung ergehen lassen und vieles mehr. Ja, hatte man nicht vorausgesehen, daß das Schläger jeder Art ermutigen mußte? Natürlich hatte man, aber linke Schläger waren eben schick« (Enno v. Loewenstern, »Die Welt«, 21.9.92). Da wird, wenn Neonazis heute Jugendzentren und Treffpunkte von Linken und Autonomen überfallen und die Angegriffenen sich nicht wehrlos verhalten, immer regelmäßiger von »Schlägereien zwischen Rechtsextremisten und Autonomen« gesprochen. Da munitioniert Verfassungsschutz-Präsident Eckart Werthebach solche Ablenkungsmanöver mit fragwürdigen Statistiken: Werthebach sehe »in den sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten ›direkte Parallelen zwischen der Weimarer Republik und heute‹... Die Überfälle von Rechtsextremisten auf ›politische Gegner‹ hätten zugenommen. Dennoch sei es in diesem Jahr bisher zu mehr Übergriffen von Autonomen auf Skinheads und Neonazis gekommen als umgekehrt. Bis Ende September 1992 habe es 159 Angriffe von Linken gegenüber 51 von seiten der Rechten auf die jeweilige Gegenseite gegeben.« (»Berliner Zeitung«, 28.9.92). Da versucht Bundesinnenminister Seiters selbst mit dem Argument zu verharmlosen, daß es eine »rechtsterroristische Organisation vergleichbar mit der RAF« in der Bundesrepublik nicht gebe. Ein Dutzend rechtsextremistisch motivierte Morde in einem Dreivierteljahr scheinen da fast belanglos. Aber folgerichtig bleibt die politische Orientierung der Polizei: Hunderte uniformierte Neonazis dürfen, aufgerufen von der »Nationalen Offensive«, mit Rufen wie »Wir kriegen euch alle« und »Juda verrecke« durch Dresden und andere Städte marschieren, die Polizei bleibt in respektvoller Entfernung und vermeldet anschließend »keine Zwischenfälle« – während antifaschistische Demonstrationen wie der Protest französischer Juden in Rostock gegen die Abschiebung von Sinti und Roma sich regelmäßiger polizeilicher Eingriffe und Festnahmen sicher sein können.

Parallelen zwischen der Weimarer Republik und heute, wie Werthebach sagte? In diesem Sinne ist das wohl nicht von der Hand zu weisen. Man kann mithin auch ziemlich sicher sein, daß die angekündigten Gesetzesverschärfungen (Landfriedensbruch, Sicherungshaft etc.), mit denen die CDU/CSU die »Spirale der Gewalt durchbrechen« will (CDU/CSU-Fraktionsvize Johannes Gerster) weniger gegen Neonazis als gegen Linke ausgebrütet werden.

**Jürgen Reents ist Pressesprecher der PDS/LL-Bundestagsfraktion**

Konkret 12/92, S. 32

**Harald Kuhn, Hermann L. Gremliza**

# Hilflos und rassistisch

**Einwände gegen und Verbesserungsvorschläge für das Editorial »Es war einmal« von Hermann L. Gremliza in KONKRET 10/92**

### Harald Kuhn

Der Ärger über die Deutschen, die das Anzünden von Ausländern zum Volkssport entwickeln und die dabei auf eine erstaunlich tolerante Staatsgewalt sowie auf das Verständnis all derer rechnen können, die Ausländer für ein Problem halten, ist begreiflich. Gerade deswegen kommt es auf eine korrekte Erklärung an, die Gremliza leider nicht gibt. Statt dessen zeichnet er das Charakterbild eines Volkes, das gegenüber Ausländern immer schon eine unerbittliche Abneigung empfunden und sich über die letzten Jahrzehnte soweit saturiert hat, daß es von Tätlichkeiten gegen Ausländer eine Zeitlang absehen konnte, das nun aber, da es seine Besitzstände gefährdet sieht, wieder auf seine alten, quasi naturgegebenen Unarten verfällt. Die Kumpanei zwischen oben und unten erledigt Gremliza mit dem Satz: »Und wie die Gesellschaft so ihr Staat.« Der Staat betreibe eine ausländerfeindliche Politik, weil »anständige deutsche Bürger« den Steinewerfern Beifall zollten; er lasse seine Gesellschaftsmitglieder beim Ausleben ihrer Charakterschwäche gewähren, was angeblich schon mal der Fall war, damals im Faschismus. So kommt Gremliza schließlich zu seiner Lagebestimmung: »Anfang vom Ende der zweiten deutschen Republik.«

Diese Erklärung leidet erstens an einem untauglichen Vergleich und zweitens an einer Verwechslung von Ursache und Wirkung. Zum ersten: Mit Blick auf schon mal Dagewesenes den »Anfang vom Ende der zweiten deutschen Republik« auszurufen, könnte Gremliza getrost denjenigen überlassen, denen die Bundesrepublik derart ans Herz gewachsen ist, daß sie sich ernsthaft um ihren Bestand sorgen. Die Sache ist jedoch nicht nur eine Geschmacksfrage. Immerhin behauptet Gremliza mit seiner Mahnung auch etwas, und zwar etwas Verkehrtes: daß das, was gegen Ausländer von unten und von oben derzeit unternommen wird, gegen die Absichten und Vorhaben dieser »zweiten deutschen Republik« verstoße. Sonderlich logisch ist das nicht: Was diese Republik treibt, das wird schon in ihren Anliegen seinen Grund haben, und wenn sie ihre Ausländer so schlecht behandelt, daß sich manch einer an alte Zeiten erinnert fühlt, dann ist das eben aus ihren Absichten zu erklären.

Wenn die Bundesrepublik den Elenden anderer Länder, die bei ihr um ein Bleiberecht nachsuchen, dieses prinzipiell versagt, sie außer Landes expediert bzw. dafür sorgt, daß sie gar nicht erst reinkommen, exekutiert sie an ihnen den Befund, daß sie Ausländer sind. Ausländer, so will es dieser Staat per Recht und Gesetz, haben in der BRD kein Bleiberecht. Es bedarf besonderer Gründe, damit der Staat Ausnahmen zuläßt und Ausländern ein Aufenthaltsrecht einräumt. Diese sind ebenfalls gesetzlich geregelt und betreffen deren Brauchbarkeit – als zusätzliches Arbeitskräftepotential für die nationale Wirtschaft und als Material der politischen Konkurrenz. Sich nützlich zu machen, liegt allerdings überhaupt nicht in ihrer Hand. Ob sie brauchbar sind, darüber entscheiden die ökonomischen und politischen Konjunkturen. Und derzeit sind es eben zuviele – gemessen an den Maßstäben, die der Staat in Kraft setzt. An diesen Maßstäben zu scheitern, ist allerdings keine Besonderheit von Ausländern. Auch ein paar Millionen arbeitslose Deutsche machen derzeit ihre Erfahrung mit dem kapitalistischen Prinzip, nach dem einen Lebensunterhalt nur der verdient, dessen Dienste gefragt sind. Der Unterschied liegt vielmehr darin, wie der Staat die für überflüssig Erklärten behandelt. Volksgenossen bereitet er den Abstieg zum Sozialfall, der sich als Mitglied der Arbeitskräftereserve bereithalten darf. Ausländern verwehrt er auch diese Karriere. Mit ihrem Beharren darauf, daß Ausländer und Inländer eine unterschiedliche Behandlung verdienen, praktiziert die deutsche Demokratie ihren Rassismus.

Anders als es die moralische Vorstellung will, nach der die kleine BRD mit ihren notorisch guten, caritativen Absichten durch das Übermaß des auf sie zudrängenden weltweiten Elends überfordert ist, erklärt sich die Dringlichkeit, mit der die BRD derzeit ein Asylantenproblem entdeckt und seine »Lösung« betreibt, aus der Masse einer weltweiten Überbevölkerung, deren Zustandekommen Deutschland maßgeblich fördert. Nicht zuletzt die Interessen, die diese Exportweltmeister- und Waffenschiebernation unter dem Schutz des Gewaltmonopols der imperialistischen Staaten auf dem ganzen Globus verfolgt, sorgen dafür, daß das Überleben für beträchtliche Teile der Weltbevölkerung zunehmend in Frage gestellt ist. Mit diesem Elend will sie nichts zu tun haben. Sie will es von ihren Grenzen fernhalten und in jenen Weltgegenden territorialisieren, in denen es anfällt. Das ist ihre Ausländerpolitik.

Das alles könnte gut auch Gremliza zur Kenntnis nehmen – es erklärt nämlich manches von dem, was ihm als »Entwicklung zum Faschistischen« aufstößt. Er tut es nicht, weil er einen Vergleich anstellt, mit dem er in der Bundesrepublik immerzu nicht diese entdeckt, sondern den alten Faschismus, den er ihr unbedingt entgegenhalten will. Warum eigentlich? Gremliza läßt doch selbst kein gutes Haar an den Taten der Bundesrepublik. Wieso will er mit seinem Faschismusvergleich diesem demokratischen Musterland unbedingt die Ehre antun, es wäre eigentlich und irgendwie doch was besseres als das, was es ins Werk setzt? Ist ein ganz abstrakter, durch nichts zu rechtfertigender Glaube an das Gute der

Demokratie nicht – sagen wir mal – überflüssig? Oder glaubt er wirklich, in der vom Bundespräsidenten geübten Tradition deutscher Vergangenheitsbewältigung ließe sich ausgerechnet linke Kritik an der Bundesrepublik gut unter die Leute bringen?

Zum zweiten: Klagen über ein Nachgeben des Staates gegenüber einer ausländerfeindlichen Volksgesinnung und ihrer Praxis müßten auch nicht unbedingt sein. So erstrebenswert ist sie nämlich auch nicht, die geistige Gesellschaft von Weizsäcker und ähnlichen, die die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols als größtmögliche soziale Wohltat anpreisen – womöglich noch denselben Ausländern, die sie gerade per Staatsgewalt außer Landes schaffen wollen. Aber auch das ist nicht bloß eine Frage des Geschmacks. Es ist nämlich nicht zu übersehen, daß die von Skins und anderen nationalistischen Gesinnungstätern praktizierte Ausländerfeindlichkeit und die entschiedene Zustimmung, die Anschläge auf Flüchtlingsheime und Ausländer bei der Bevölkerung finden, den Staat gar nicht zum Nachgeben zwingen, sondern im Gegenteil ein Produkt dieses Staates und seiner Politik sind. Das fängt schon damit an, daß niemand anderes als dieser Staat die Unterscheidung zwischen Aus- und Inländern setzt und dann auch durchsetzt – er behandelt sie anders. Das geht weiter damit, daß sich dieser Staat zu einer andren Ausländerpolitik entschlossen und alle Hände voll damit zu tun hat, diese in die passende rechtliche Form zu gießen. Das setzt sich fort damit, daß er sich dabei rechtfertigend auf Volkes Stimme beruft. Und endet damit, daß sich Volksgenossen, die sowieso nichts auf ihre Nation kommen lassen, aufgerufen sehen, tätig zu werden.

Daß die Politik des Staates die Ausländerfeindlichkeit des Volkes provoziert, ist übrigens ein Gedanke, den Gremliza gelegentlich selbst den politischen Vertretern dieses Landes um die Ohren haut. Wieso bleibt er nicht bei diesem Gedanken? Die gegenteilige Behauptung, die er unbedingt auch noch loswerden will, ist nämlich gar nicht so gelungen. Wenn er die Ausschreitungen gegen Ausländer und womöglich noch die Ausländerpolitik des Staates aus der ausländerfeindlichen Einstellung der Gesellschaft erklärt, läßt er das Entscheidende einfach weg: den Gegenstand nämlich, auf den sich diese Einstellung bezieht: die durch den Staat getroffene, politische Scheidung der Aus- von den Inländern. Wird dann aus dieser entpolitisierten Volkspsychologie die staatliche Politik abgeleitet, ist die Verwechslung von Ursache und Wirkung perfekt. Wie im Sozialkundebuch wird die Politik des demokratischen Staates als Ausfluß der innersten Volksbedürfnisse erläutert; nur eben nicht in affirmativer Absicht. Die kritische Absicht bleibt jedoch dabei auf der Strecke: Linke wie Gremliza, die sich herausgefordert sehen, etwas gegen den Nationalismus einzuwenden, kommen – weil sie ihn als reine Einstellungsfrage betrachten – einfach nicht dazu, etwas gegen die Zwecke der Nation zu sagen, denen diese Einstellung gilt.

Statt dessen wird eine politische Kritik betrieben, als ginge es darum, schlechtes Benehmen zu geißeln. Der Versuch, Ausländerfeindlichkeit aus »materieller Gier« (»Zweitwagen und Dritturlaub«) zu erklären, die an ihre Grenzen stößt, geht schief. Materialismus und Nationalismus lassen sich nämlich auch dann noch unterscheiden, wenn jedem dahergelaufenen Politiker und selbst noch dem letzten Volksgenossen einleuchtet, daß soziale Notlagen zu Exzessen gegen Ausländer führen. Schließlich sind Nationalisten – die von oben wie die von unten – auf soziale Ansprüche im allgemeinen gar nicht gut zu sprechen. Ihnen kommen ja auch in diesem Fall die sozialen Ansprüche nur in den Sinn, weil sie als Argument anerkannt sind, mit dem man Ausländer berechtigterweise unerträglich finden darf; auf ihrer Erfüllung besteht schließlich niemand. Daß ein Linker der öffentlichen Hetze, die Ausländer für Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit verantwortlich macht, nichts anderes entgegenzusetzen weiß als die moralische Abwehr von sozialen Ansprüchen, ist eher traurig. Er bestätigt damit nämlich das Argument, mit dem die Gegenseite ihre Hetze begründet: daß Ausländer auf Kosten anderer leben und deswegen nur um den Preis materieller Opfer ausgehalten werden können.

Deswegen bleibt am Ende nur die moralische Beschimpfung: Gremliza vermißt bei den Deutschen Toleranz – jene Tugend, die darauf beruht, daß man sein Gegenüber erst einmal ziemlich unerträglich findet. Und er hält dies für den moralischen Makel eines nationalen Kollektivs, das eben so ist und immer schon so war – so hilflos steht er letztlich der Ausländerfeindlichkeit gegenüber, daß ihm gegen sie nichts als ein selber rassistisches Charakterurteil einfällt.

Der langen Rede kurzer Sinn: Wenn Demokraten und ihre gelehrigen Banden auf Ausländer losgehen, dann ist die Erinnerung an den Faschismus völlig fehl am Platz. Selbst wenn es nie einen Faschismus gegeben hätte, selbst wenn Gremliza von den Untaten dieser Sternstunden des deutschen Nationalismus nicht in Kenntnis gesetzt worden wäre, wäre doch eines ganz sicher – die Kritik am praktizierten Rassismus der deutschen Nation. Und die wird nicht aufgewertet oder treffender durch den Vergleich mit den Nazis, sondern entwertet. Der moralische Vorschlaghammer – »Wie unter Hitler!« – verfährt nämlich zu wohlwollend mit den demokratischen Nationalisten unserer Tage. Er zielt auf das gar nicht belegbare Bedürfnis unserer Demokraten, sich auf jeden Fall von Faschisten wohltuend zu unterscheiden. In einer Zeit, wo pfeiferauchende Demokraten dasselbe tun wollen wie Faschisten, nur damit es nicht die tun.

*Harald Kuhn ist Mitautor der politischen Vierteljahreszeitschrift »Gegenstandpunkt«*

**Hermann L. Gremliza**

**Fußnote zu Kuhn**

Die »Einwände und Verbesserungsvorschläge« enthalten so viele nachdenkliche Sätze (und manche, fuhrKarl Kraus fort, die mir nachgedacht sind), daß der langen Rede kurzer Unsinn erst auf den zweiten Blick erscheint. Es geht um die Rettung der deutschen Ehre durch Klassenanalyse: Was in dieser Zeit in diesem Land geschieht, könnte nämlich zu jeder Zeit in jedem vergleichbaren Land geschehen. Wer das bezweifelt, weil er sich und andere daran erinnert, daß die Deutschen schon einmal zu ganz anderem fähig waren als ihre Nachbarn, fällt »rassistische Charakterurteile« und ist selber ein Rassist.

Radikal anders als Wilhelm II., der, als er den Deutschen einen Platz an der Sonne beschaffen wollte, keine Parteien mehr kannte, sondern nur noch Deutsche, kennt der vaterländische Geselle Kuhn keine Deutschen mehr, sondern nur noch Parteien: unterdrücktes »Volk« unterschiedlicher Herkunft einer- und eine imperialistische Staatspolitik andererseits. Was das deutsche Volk in Hünxe, Rostock und Sachsenhausen tut, tut es nur, weil »die Politik des Staates« es dazu »provoziert«. Daß das Volk seine ungewollten Pogrome mit seiner schlechten sozialen Lage rechtfertigt, darf man ihm nicht übelnehmen, schon gar nicht als Linker, der »soziale Ansprüche« bedingungslos zu achten hat. Damit aber am »provozierten« Volk nicht doch noch etwas hängenbleibt, werden die Leute, von denen es sich anstecken ließ, post festum keimfrei gemacht: Politiker dieser Republik seien und blieben auch und gerade dann ganz normale Demokraten, wenn sie »dasselbe tun wollen wie Faschisten«. Was wir in Hünxe, Rostock und Sachsenhausen erlebt haben, das ist er halt, der demokratische Imperialismus. »Die Erinnerung an den Faschismus ist völlig fehl am Platz«, und erst recht die an seine deutsche Variante, die deshalb nicht einmal beim Namen genannt wird.

Wer nur behauptet, daß die Politik des Staates den unnützen Ausländer zum Volksfeind erklärt und Pogrome provoziert, aber »die gegenteilige Behauptung«, daß der Rassenhaß der Deutschen eine besondere sozio- und psychogenetische Geschichte hat, verschweigt oder als »nicht so gelungen« bestreitet, entschuldigt den Mob und entwaffnet die Kritik. Der deutsche Rassismus wird ihm zu einem jener sagenhaften Nebenwidersprüche, die mit dem Sieg über den demokratischen Imperialismus von selber verschwinden werden. Stünde es Spitz auf Knopf zwischen Imperialismus und Revolution, könnte man das ja abwarten. Weil aber, wie Georg Fülberth schrieb, nur noch die Wahl steht zwischen einer deutschnationalen Variante des Imperialismus und einer eher »internationalistischen«, europäisch oder atlantisch geprägten, ist nichts so sehr am Platz wie die Wahrnehmung der Unterschiede zwischen ihnen und die Erinnerung, daß die Differenz zwischen der deutschen Variante des Imperialismus und der anderen einmal 60 Millionen Menschenleben ausgemacht hat.

Konkret 12/92, S. 34

**Michael Bühne**

# Wie eine Krankheit

**Wie bereits acht seiner Vorgänger hat auch der neue amerikanische Präsident Bill Clinton angekündigt, den entscheidenden Schlag gegen das sozialistische Kuba führen zu wollen. Anstatt gelassen darauf zu vertrauen, daß sich auch dort die so oft beschworene Überlegenheit der freien Marktwirtschaft von selbst erweist, will er den Wirtschaftskrieg der Weltmacht USA gegen das kleine Entwicklungsland weiter verschärfen**

Kuba wieder in eine neokoloniale Bananenrepublik zurückzuverwandeln, ist das Interesse einer reaktionären, schwerreichen Elite in den Vereinigten Staaten. Zu ihr gehören exilkubanische und amerikanische Multimillionäre, die durch die Bodenreform und die Nationalisierungen nach der Revolution ihre Ländereien, Fabriken und Mietshäuser auf Kuba verloren haben. Sie mußten sogar auf eine Entschädigung verzichten, da sich Washington nach dem Motto »alles oder nichts« weigerte, kubanische Schuldscheine zu akzeptieren.

Die von Jorge Mas Canosa gegründete Cuban-American National Foundation (CANF) und das Free Cuba Political Action Commitee (PAC) zum Beispiel bilden eine mächtige und einflußreiche exilkubanische Lobby, die mit Geld und politischem Druck ihre Interessen bei Medien und Politikern durchsetzt. Aus Mitgliedsbeiträgen, Zuwendungen der National Endowment for Democracy und anderen staatlichen Quellen fließen ihnen jährlich sechsstellige Dollarbeträge zu.

In letzter Zeit hat sich herausgestellt, daß Mas Canosa mit seiner Pressure-group in zahlreiche Affären verwickelt ist, in denen es um Hinterziehung von Regierungsgeldern, Bestechung von Abgeordneten und Senatoren und um die illegale Contra-Finanzierung geht. Trotzdem übt diese Organisation weiterhin großen Einfluß auf die Gestaltung der US-amerikanischen Regierungspolitik aus.

Robert Torricelli, demokratischer Abgeordneter von New Jersey und Vorsitzender des Unterausschusses für die westliche Hemisphäre, ist einer von mehreren Politikern in Schlüsselstellungen der Legislative, die von der Kubanisch-Amerikanischen Nationalstiftung als Wahlspenden deklarierte Schmiergelder erhielten, um den »Cuban Democracy Act 1992« im Repräsentantenhaus zu sponsern, einen Gesetzentwurf, der eine erhebliche Verschärfung der Blockadepolitik gegen Kuba vorsieht.

Obwohl nach neuesten Meinungsumfragen ein großer Teil der Kuba-Amerikaner gegen eine Eskalation des Wirtschaftskrieges votiert hat, beanspruchen Torricelli und Mas Canosa weiterhin, für die Gesamtheit der Exilkubaner zu sprechen. Das Wochenmagazin »The Nation« berichtete, daß »diese Anmaßung zu dramatischen Auseinandersetzungen mit jenen Kuba-Amerikanern geführt hat, die diesen Gesetzentwurf als ein neues ›Platt Amendment‹ bezeichnen und damit auf ein Gesetz von 1901verweisen, das den Vereinigten Staaten das Recht gab, sich nach Gutdünken in kubanische Angelegenheiten einzumischen«. Das Blatt zitierte den Vorsitzenden einer gegen Castro gerichteten Menschenrechtsorganisation, Ramón Cernuda, der im Auftrag der kubanischen Dissidenten auf einem Hearing des außenpolitischen Ausschusses den Gesetzentwurf Torricellis charakterisierte als »seinem Wesen nach globales Embargo gegen unser Volk, um es im Namen der Menschenrechte und der demokratischen Ideale zu Tode auszuhungern«.

Der »Cuban Democracy Act 1992« zielt darauf ab, die Insel wirtschaftlich vollständig zu isolieren. In Verhandlungen sollen Kubas Handelspartner in aller Welt mit sanftem oder gröberem Druck dazu gebracht werden, ihre Handels- und Kreditbeziehungen nach dem Willen der USA einzuschränken. Außerdem ist geplant, den Handel zwischen US-Tochtergesellschaften und Kuba zu verbieten, Entwicklungsländern, die wirtschaftliche Beziehungen zu Kuba unterhalten, von Schuldenerlassen, Hilfsprogrammen und Handelserleichterungen auszuschließen und Sanktionen gegen Industrienationen zu verhängen, die mit Kuba Handel treiben und dort Investitionen tätigen. Weitere Hilfe für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten wird »von der Einstellung der militärischen und technischen Hilfe, der Subventionen und anderer Formen der Unterstützung für Kuba abhängig gemacht«. Der Volksrepublik China soll die Meistbegünstigungsklausel, also eine nichtdiskriminierende Behandlung, so lange vorenthalten werden, bis deren Regierung »bedeutende Fortschritte beim Abbau der Hilfe für Kuba gemacht hat« (»The Nation«).

Während des zurücklie-genden Wahlkampfs wetteiferten Bush und Clinton mit Blick auf die exilkubanischen Wähler darum, wer die härteste Politik gegenüber Kuba vertritt. Bereits am 23. April dieses Jahres hatte sich Clinton auf einer Wahlveranstaltung in Miamis »Klein Havanna« nachdrücklich für Torricellis »Cuban Democracy Act 1992« ausgesprochen und Bushs ablehnende Haltung zu einzelnen Teilen des Gesetzentwurfs kritisiert. Dieses Zugeständnis an die Extremisten unter den Exilkubanern zahlte sich aus: Außer Wahlkampfspenden in Höhe von 125.000 Dollar konnte sich Clin-ton die Zusage von Mas Canosa für die weitere Unterstützung seiner Wahlkampagne sichern.

Bush, den das Manöver Clintons bei seinen Stammwählern im Süden in Zugzwang gebracht hatte, beeilte sich, ein Gesetz zu formulieren, das den Seehandel mit Kuba einschränkt, indem es Schiffen, die mit Kuba Handel treiben, das Einlaufen in US-amerikanische Häfen verbietet. Seitdem halten sich europäische und lateinamerikanische Reedereien bei Geschäften

mit Kuba merklich zurück. In dem Gesetzestext bekräftigte Bush den Willen der Regierung, alle Maßnahmen zu unterstützen, die zur Isolierung Cubas beitrügen. Das angestrebte »Gesetz für Demokratie in Cuba 1992« müsse jedoch noch deutlich »strenger und effektiver« abgefaßt werden, da die vorliegende Fassung Kuba unbeabsichtigt Schlupflöcher für die Devisenbeschaffung offen lasse.

Damit hatte sich Bush in der Öffentlichkeit wieder als Hardliner profiliert. Hinter den Kulissen jedoch stritt er mit Torricelli und Mas Canosa um die Entschärfung jener Passagen des Gesetzestextes, die bereits zu »Problemen« mit seinen Verbündeten geführt hatten. Die Europäische Gemeinschaft hatte nämlich, unterstützt durch Vertreter Schwedens und Kanadas, gegenüber dem US-State Departement »in mehreren Demarchen ihren Widerstand gegen die US-Maßnahmen zur Verhängung eines umfassenden Embargos gegen Kuba im Rahmen des ›Cuban Democracy Act‹ bekundet«. Sie wies dabei auf die »für die Europäische Gemeinschaft und ihre Mitgliedsstaaten besonders besorgniserregenden Fakten dieses Gesetzesvorschlags« hin. Dazu gehören Vorschriften, durch die den außerhalb der USA ansässigen Filialen von US-eigenen oder -kontrollierten Unternehmen der Handel mit Kuba untersagt wird und die jedem Frachtschiff, das in den letzten 180 Tagen einen kubanischen Hafen angelaufen hat, den Handel mit den Vereinigten Staaten untersagt.

Mit diesem mündlich vorgetragenen Einspruch wurde »die US-Regierung aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die Annahme des Gesetzesvorschlags zu verhindern, (da) die Gemeinschaft und ihre Mitgliedsstaaten die exterritoriale Ausdehnung der US-Rechtsprechung aus rechtlichen und politischen Gründen nicht akzeptieren könnten. Derartige Maßnahmen stünden etablierten Vorschriften in Bezug auf gegenseitiges gutes Einvernehmen und Völkerrecht entgegen, würden den internationalen Schiffsverkehr und die bilateralen Handelsbeziehungen zwischen EG und USA beeinträchtigen« (Antwort der EG-Kommission auf eine mündliche Anfrage von Dorothee Piermont, MdEP, 20.7.1992).

Im August dann berichtete »Newsdesk« über Spannungen, die zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten aufgrund des angekündigten Handelsverbots entstanden sind. Die britische Regierung weigere sich, die Wirtschaftsblockade gegen Kuba zu unterstützen, und sie sei darauf vorbereitet, »sofort gesetzliche Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um die Auswirkungen der neuen, die US-Tochterfirmen in Großbritannien betreffenden Bestimmungen aufzuheben«. Ein Beamter des Handels- und Industrieministeriums erklärte gegenüber dem »Inter Press Service«: »Wir werden unter Berufung auf das Gesetz zum Schutz der Handelsinteressen eine Verordnung erlassen, die diese Bestimmung in Großbritannien verbieten wird.« Er begründete den Standpunkt der britischen Administration damit, daß sie davon überzeugt sei, daß US-Tochtergesellschaften in Großbritannien britische Firmen sind. Die britische Regierung habe nichts dagegen, daß sie Handelsbeziehungen zu Kuba unterhielten, sie ermutige sie sogar dazu. Der zur Zeit in Kuba stattfindende Prozeß einer Diversifikation des Marktes und die Initiierung einer Politik der offenen Tür gegenüber ausländischen Investoren biete den europäischen Staaten und Kanada nämlich die seltene Gelegenheit, im einzigen Land Amerikas, in dem es keine US-amerikanische Konkurrenz gibt, wirtschaftlich Fuß zu fassen. Aus diesem Grund sei die Abneigung dieser Länder gegen Maßnahmen, die Fidel Castros Rücktritt herbeiführen und eine Aufhebung der Blockade bewirken könnten, nur zu verständlich.

Die in derlei Äußerungen zutage tretenden innerkapitalistischen Interessengegensätze werden durch weitere Maßnahmen der US-Administration zugespitzt. So hat ihre kürzlich formulierte Drohung, ausländische Unternehmen sollten »sorgfältig ihre Lage in den USA überdenken«, ehe sie geschäftliche Verbindungen mit Kuba eingingen, dazu geführt, daß deren Vertreter jetzt anonym nach Kuba reisen und ihre Verhandlungsergebnisse geheimhalten. Auch die Behinderung der kubanischen Rohstoffexporte haben die USA in letzter Zeit weiter eskaliert: Zwar dürfen beispielsweise Waren, die kubanisches Nickel enthalten, bereits seit längerem nicht in die USA eingeführt werden. Neu dagegen ist die Praxis, Staaten vor die Wahl zu stellen, entweder ihre gewachsenen Handelsbeziehungen zu Kuba aufzugeben oder auf Kredite und Handelserleichterungen von Seiten der USA zu verzichten. So verhinderten die Vereinigten Staaten kürzlich das Zustandekommen eines Vertrags über die Lieferung von kubanischen Medikamenten an Brasilien und versuchten, die ehemaligen Sowjetrepubliken zu nötigen, ihren Zuckerbedarf bei anderen Lieferanten zu decken.

Ähnliche Sanktionen gelten hochtechnologischen Exporten anderer Länder nach Kuba: Um diese zu unterbinden, wenden die USA auch weiterhin die COCOM-Liste an. Darüber hinaus ermöglicht es ihnen die weltweite Verbreitung ihrer Patente, alle ausländischen Produkte, die zu mehr als 20 Prozent US-Technologie enthalten, für den Export nach Kuba zu sperren. Selbst Lernprogramme für Legastheniker und medizinische Diagnosegeräte fallen unter dieses Verdikt. Als Brasilien kürzlich Anteile von Air Cubana erwerben wollte, drohte Washington, die Ersatzteillieferungen für die Boeing-Triebwerke der brasilianischen Verkehrsflugzeuge einzustellen und einen Vertrag, der den Kauf von Militärflugzeugen für die amerikanische Armee vorsah, zu stornieren.

Trotz allem ist das Vorhaben der US-Administration, durch weltweite Isolierung den Zusammenbruch der kubanischen Wirtschaft nach dem Ausfall ihrer wichtigsten Handelspartner Sowjetunion und DDR rasch herbeizuführen und damit einen Aufstand der dann notleidenden Bevölkerung gegen Castro zu provozieren, zumindest vorläufig fehlgeschlagen. Dieser Fehlschlag hat Gründe: »Mr. Castro Goes To Market«, übertitelte das Wirtschaftsmagazin »Business Week« schon im April dieses Jahres einen Artikel, in dem sich die Autoren überrascht zeigen, daß Kuba den freien Markt, den die US-

Regierung ihm verweigert, anderswo gesucht und auch gefunden hat: Kanada, Frankreich, die Bundesrepublik, Spanien, Italien und Brasilien hätten in Kuba allein 1991 für 500 Millionen Dollar Investitionen getätigt. Devisen, Know-how und weltweite Handelsverbindungen bedeuteten für Kuba eine zur Überwindung seiner Wirtschaftskrise dringend benötigte Hilfe und könnten bewirken, »daß sich die Europäer in Kuba festsetzen, während US-Firmen von US-Gesetzen daran gehindert werden, sich dort am Wettbewerb zu beteiligen«. Im übrigen müsse nach Erkenntnissen amerikanischer Ökonomen von einem baldigen Ende der rückläufigen Wirtschaftsentwicklung Kubas ausgegangen werden. Zwar sei die Leistung der kubanischen Volkswirtschaft durch den Mangel an Rohstoffen, Ersatzteilen und Erdöl in den letzten zwei Jahren um 35 Prozent gefallen. Sie werde 1992 aber nur noch um 10 Prozent zurückgehen und damit ihren Tiefpunkt erreichen.

Natürlich tut die kubanische Regierung das ihre, um die Blockade-Politik der USA zu unterlaufen und Investoren vor allem aus den europäischen Staaten und Kanada ins Land zu locken: Im Juli dieses Jahres hat der Volkskongreß eine Verfassungsänderung beschlossen, die es ermöglicht, volkseigene Betriebe außerhalb der Basisindustrie privaten oder juristischen Personen zu übergeben. Der Besitz ausländischer Investoren im Rahmen von Joint-Ventures wurde anerkannt und das Exklusivrecht des Staates im Außenhandel aufgegeben. Schon sieht die US-amerikanische Presse einen »Kapitalismus im Stile Castros« (»Business Week«) entstehen, denn überall auf der Insel werden Aktiengesellschaften, halb-private Unternehmen und autonome Staatsfirmen gegründet, die zwischen kubanischen und ausländischen Geschäftpartnern vermitteln, Serviceleistungen für Investoren anbieten und schnelle Geschäfte abschließen, mit dem Ziel, unter Umgehung der Blockade Devisen zu beschaffen. Tatsächlich könnten die zahlreichen ausländischen Firmenbeteiligungen in den Bereichen Erdölsuche, Modernisierung von Fabrikanlagen, Entwicklung von energiesparender Technologie, Telekommunikation und Tourismus zusammen mit den schon entwickelten Wirtschaftssektoren wie der Biotechnologie und dem »Gesundheitstourismus« kurzfristig die kubanische Wirtschaft über Wasser halten, bis die Strategie der ökonomischen Diversifikation und Umstrukturierung greift.

So steckt US-Präsident Clinton, wie schon sein Vorgänger, in einer Zwickmühle: Die Aufrechterhaltung und Verschärfung der Wirtschaftsblockade, wie sie von der exilkubanischen Geldaristokratie gefordert wird, erweist sich zunehmend als kontraproduktiv. Schon melden sich amerikanische Geschäftsleute zu Wort, die die Außenpolitiker, die für die Blockadepolitik verantwortlich sind, als »wirtschaftliche Analphabeten« bezeichnen. Die Unternehmer wollen nicht länger auf den profitablen Handel mit Kuba verzichten und zusehen, wie der kubanische Markt von der ausländischen Konkurrenz erobert wird. Denn mittlerweile haben die westlichen Verbündeten der USA, die bis vor kurzem noch zwischen politischer Loyalität gegenüber Washington und Rücksichtnahme auf ihre nationalen Kapitalinteressen schwankten, ihre Handels-, Kredit- und Investitionsbeziehungen zu Kuba weiter ausgebaut und sehen sich gezwungen, das Handelsdiktat der Vereinigten Staaten strikt abzulehnen. Kein Wunder, daß auch einige Pentagon-Strategen inzwischen die Blockade kritisieren, da sie es Castro erlaube, die Vereinigten Staaten für all seine Probleme verantwortlich zu machen. Sie schlagen vor, den Handel mit Kuba zu normalisieren, um »Kapitalismus und Materialismus wie einen Krankheitserreger hineinkriechen zu lassen« (»Newsweek«, 9.3.92).

Selbst ein Teil der exilkubanischen Geschäftswelt vertritt diese »entspannungspolitische« Variante. Kurz nachdem Torricelli sein »Gesetz für ein demokratisches Kuba 1992« vorgestellt hatte, fragten liberale Kuba-Amerikaner, warum er sich weigere, auf die Ratschläge und Meinungen der Menschenrechtsorganisationen und Dissidentengruppen innerhalb Kubas zu hören und ihnen ein Gesetz vorschlüge, »das im Widerspruch zu den Meinungen und Überzeugungen derer steht, denen er zu helfen vorgibt«. Mas Canosa, der als Anwärter für das Amt des Präsidenten in einem »freien, demokratischen Kuba« gilt, bekämpft diese »Verräter« mit wütenden Attacken in den von ihm beherrschten Radiosendern und Zeitungen Miamis. Er hat mittlerweile die Pläne für eine Restauration Kubas fertig in der Schublade: Ein Kataster für die Feststellung der Eigentumsverhältnisse vor der Revolution wurde erstellt, Studien für die Ansiedlung nordamerikanischer Tochterfirmen erarbeitet, und Abwicklungsspezialisten aus Osteuropa und Nicaragua stehen bereit, um speziell geschulten Kuba-Amerikanern beim Umbau der Wirtschaft zu helfen. Die zukünftige Demokratie ist bereits in Form von »Optionsscheinen für ein freies Kuba« käuflich. Für 10.000 Dollar im Jahr können Geschäftsleute ein Stück Mitbestimmung – etwa beim Entwurf der Verfassung – erwerben.

Um die Erfüllung dieser Sumpfblütenträume gegen die Konsolidierungsanstrengungen der Kubaner und gegen die Unbotmäßigkeit der westlichen Verbündeten doch noch durchzusetzen, haben Repräsentantenhaus und Senat des US-Kongresses den »Cuban Democracy Act 1992« im September schließlich verabschiedet. Bush, der sich kurz vor der Wahl »nicht von Clinton die Show stehlen lassen« wollte, hat das Gesetz trotz zahlreicher diplomatischer Proteste am 23. Oktober in Florida unterzeichnet und damit in Kraft gesetzt.

Es steht außer Frage, daß sein Nachfolger Clinton die darin vorgesehenen Maßnahmen durchführen, ja möglicherweise noch darüber hinausgehen wird – immerhin hat er zu Beginn dieses Jahres die bislang betriebene Blockadepolitik als unwirksam verworfen und erklärt, es sei besser, das Übel mit der Wurzel auszurotten. Auf einer Wahlveranstaltung in Miami griff er den amtierenden Präsidenten von rechts an: »This administration has missed a big opportunity to put the

hammer down on Fidel Castro and Cuba.« Anschließend bekannte er sich zu den Zielen der radikalen Exilkubaner: »I have read the Torricelli bill and I like it.«

An jenem Tag, kommentierte Christopher Hitchens im Minority Report der »Nation« diesen Auftritt, habe sich Clinton an die Extremisten der exilkubanischen Lobby verkauft, deren politischer Führer und geistiger Urheber der Torricelli-Gesetzvorlage, Jorge Mas Canosa, erst kürzlich zwei mutmaßliche Mörder zu Beratern der Cuban-American National Foundation gemacht habe. Die politische Dominanz dieser Gruppierung habe direkt zur Invasion in der Schweinebucht, indirekt zur Raketenkrise und zwanzig Jahre später zu den Watergate-Einbrüchen geführt. Jeder, der dieser politischen Fraktion durch Wahlversprechungen verpflichtet sei, laufe Gefahr, ihrem Einfluß zu erliegen. Clinton habe sich als erster Demokrat seit Kennedy wieder einer solchen Gefahr ausgesetzt.

Bleibt die Frage, ob er in der Lage sein wird, den angekündigten entscheidenden Schlag gegen Castro auch den Banken und Industrieunternehmen plausibel zu machen, die – enttäuscht von Bushs ruinöser Wirtschaftspolitik – Millionen in den Wahlsieg des Demokraten investiert haben und nun auf Sicherung und Erschließung von Absatzmärkten drängen. Seit 20 Jahren bemühen sie sich um die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zu Kuba – in der derzeitigen Rezession ist die Öffnung dieses Marktes für sie wichtiger als je zuvor. Die Teilnahme von 78 US-amerikanischen Firmen an der »Euromoney-Conference«, auf der Kuba im Juni dieses Jahres über die Möglichkeiten und Bedingungen von Handels- und Beteiligungsgeschäften informierte, hat das große Interesse gezeigt, das bei so bedeutenden Unternehmen wie Boeing, IBM, Kodak und American Express am kubanischen Markt besteht.

*Michael Bühne ist Mitarbeiter der Hilfsorganisation Taller de la Solidaridad und lebt in Rüsselsheim*

Konkret 12/92, S. 37

**Otto Köhler**

# Wie Weimar ist Bonn?

**Die »Todesspur von rechts« nehme gerade erst ihren Anfang, erklärte kürzlich der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes. Hohe Zeit also, sich Emil Julius Gumbels zu erinnern, der in der Weimarer Republik die Kumpanei der deutschen Justiz mit den Mördern von rechts aufgedeckt hat**

1945, als Hitler endlich tot war, hatte der damalige Lehrkörper der heutigen J. C. Fest-Universität Heidelberg vordringlich die eine Sorge, Gumbel könne zurückkommen, Professor Emil Julius Gumbel, mit dessen Vertreibung die Alma mater heidelbergensis im Juli 1932 vorzeitig das Dritte Reich eröffnet hatte.

Gumbel, der die Ehre hatte, auf der ersten Ausbürgerungsliste der Nazis vom 23. August 1933 zu stehen, war noch über Hitlers Ende hinaus verhaßt, weil er von ihrem Anfang an jene Lebenslüge der Weimarer Republik entlarvt hatte, nach der diese unter einem Ansturm von Rechts und von Links als in die Zange genommenes Unschuldskind in der Mitten ums Leben gekommen sei. Doch diese mißlungene Republik – von Sozialdemokraten nur ausgerufen, damit sie keinen spartakistischen Geburtsschein bekomme – hatte von ihrer ersten Stunde an die Machtmittel des Staates ihren Feinden in die Hand gelegt: der aus den Todesschwadronen der Freikorps entstandenen Reichswehr und einer Justiz, die mit Schmiß und Menschenverachtung ungehemmt und unbehindert das Gesetz des wilhelminischen Staates in die neue Zeit hineintrug und die Reichswehr, gerade auch die übermächtige illegale Schwarze Reichswehr, vor jeder Kritik schützte.

1922 erschien Gumbels Buch »Vier Jahre politischer Mord«, in dem er der Justiz vorwarf, fast keinen der von nationalistischen Bünden begangenen Morde geahndet, die wenigen von Linken begangenen Taten dagegen streng bestraft zu haben. Reichsjustizminister war damals Gustav Radbruch. Er ließ den Vorwurf von den Landesjustizverwaltungen prüfen und kam zu dem Ergebnis, daß Gumbel recht hatte.

Erst 1988 enthüllte der Hamburger Rechtsanwalt Heinrich Senfft in seinem Buch »Richter und andere Bürger«, was der Sozialdemokrat Radbruch, der eine schützende Hand über Gumbel hielt, mit der anderen machte. Noch auf dem Görlitzer SPD-Parteitag im September 1921 hatte er der Justiz furchtbares Versagen vorgeworfen und »tiefgreifende Maßnahmen« zur Gesundung der Rechtspflege gefordert. Einen Monat später war er selbst Justizminister. Obwohl er – nicht zuletzt aus Gumbels Untersuchungen – genau wußte, daß man mit dem monarchistischen Justizpersonal keine demokratische Republik aufbauen konnte, ließ der Sozialdemokrat alles beim alten.

Radbruchs Staatssekretär war und blieb Dr. Curt Joel, ein »Nur-Jurist«, der später selbst Justizminister wurde. Er deckte die Polit-Justiz gegen Links und beließ den Reichsanwalt Paul Jorns im Amt, dem die Begünstigung der Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nachgewiesen wurde.

Radbruchs Ministerialdirektor Dr. Erwin Bumke wurde später als Präsident des Reichsgerichts einer von Hitlers blutigsten Richtern: 1945, noch kurz vor der Besetzung Leipzigs, fällte er ein Todesurteil wegen Wehrkraftzersetzung und brachte sich schließlich – in dem Wahn, seine Justiztaten würden nicht ungesühnt bleiben – selbst um.

Radbruchs Ministerialrat Dr. Karl Werner verschleppte 1930 als Oberreichsanwalt das Meineidverfahren gegen Hitler, das wegen seines sogenannten Legalitätseids im Ulmer Reichswehrprozeß gegen ihn eingeleitet wurde. Und er schützte 1931 Dr. Werner Best, den Verfasser der sogenannten Boxheimer Dokumente, eines Entwurfs einer nationalsozialistischen Erhebung mit anschließender Liquidierung der politischen Gegner. Best wird uns noch lange durch den Bonner Staat begleiten, der bisher nicht Weimar gewesen sein soll.

Und mit ihm noch ein Ministerialrat des sozialdemokratischen Justizministers Radbruch: Dr. Franz Schlegelberger. Es ist – um mit einem kurzen Sprung in die Gegenwart zu gelangen – ganz einfach Erich Honeckers Pech, daß Konrad Adenauer heute nicht mehr lebt. Der erste Bundeskanzler würde ohne jeden Zweifel für ihn eintreten, da Honecker, auch wenn man ihm alle Mauertoten anrechnete, doch immer noch weniger Menschenleben auf dem Gewissen hätte als Franz Schlegelberger, mit dem sich der Nazigegner Adenauer weit weniger hätte verbunden wissen müssen als mit dem Hitler-Häftling Honecker.

Am 3. November 1950 beehrte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer, die Aufmerksamkeit des Geschäftsführenden Vorsitzenden der Allierten Hohen Kommission, John McCloy, »auf das Schicksal des vom Nürnberger Militärtribunal III im Falle Nr. 3 zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilten früheren Staatssekretärs Dr. Franz Schlegelberger zu lenken«. Der 75jährige Schlegelberger – Honecker ist 80 – sei der älteste Inhaftierte der Landsberger Haftanstalt und leide »an schwersten Angina pectoris-Anfällen«. Deshalb wäre er, schrieb Adenauer McCloy, »Eurer Exzellenz zu Dank verpflichtet, wenn Sie die Möglichkeit einer baldigen Haftentlassung des Betagten und Schwerkranken in Erwägung ziehen würden«. Drei Monate später war Adenauer von McCloy auf das zuvorkommendste bedient.

Aber auch für Honecker wurde ein deutscher Bundeskanzler tätig – vierzig Jahre später kaufte sich Adenauer-Enkel Kohl die chilenische Regierung, damit sie ihm endlich seinen ehemaligen Staatsgast aus seinem Moskauer Botschaftsasyl

ausliefere.

Schlegelberger, der Todkranke, lebte nach seiner vorzeitigen Entlassung noch lange, er starb erst achtzehn Jahre später, 1970, im Alter von 93 Jahren, bestens versorgt. Denn einem wie ihm konnte man nicht wie Honecker die Rente zusammenstreichen – nachdem Hitler bei Schlegelbergers Pensionierung 1942 erst mal 100.000 RM angewiesen hatte, bekam er nach der Währungsreform erst einmal eine Pensionsnachzahlung von 160.000 DM für die Zeit, die er im Gefängnis verbringen mußte. Und dann monatlich – die Summe steigerte sich – zunächst 2894 DM, das entsprach damals den Löhnen von sieben Facharbeitern. Der Ministerialrat des Sozialdemokraten Radbruch und Justiz-Staatssekretär Hitlers, Franz Schlegelberger, hatte für seine hohe Rente allerdings auch viel getan.

Damit sie nicht die Mordaktion T 4 »irrtümlich für illegal« hielten, versammelte Schlegelberger am 23. April 1941 als amtierender Justizminister fünfzig Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte um sich – zwecks Begünstigung der »Vernichtung lebensunwerten Lebens«. Nach Erinnerung eines der Beteiligten fragte er danach, wie die Tötung praktiziert werden solle. Die Antwort des Leiters der Mordaktion, Viktor Brack: »Durch Gas.« Der Zeuge: »Schlegelberger schien von dieser Antwort befriedigt. Dem Befragten war diese Erklärung jedoch sichtlich unangenehm.«

1947 verurteilte ihn der Nürnberger Gerichtshof zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe wegen seiner mörderischen Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden. Zwei Jahre saß er im Gefängnis, und zwanzig weitere Jahre machte er sich mit seiner hohen Pension ein schönes Leben.

Dr. Werner Best, die andere oben erwähnte Erbschaft aus der Weimarer Republik, machte sich solch ein schönes Leben nicht, er blieb tätig, dieweil er Schlegelberger noch um 19 Jahre – bis 1989 – überlebte. Radbruchs Ministerialrat Werner hatte den Verfasser der Boxheimer Dokumente zu Recht geschont. 1987, zwei Jahre vor Bests Tod, entdeckte Ernst Nolte, der Begründer des neuen großen deutschen Geschichtsdenkens, in Bests Mordplänen nämlich »keineswegs Pläne für eine gewaltsame Machtergreifung«, sondern eher Notstandsmaßnahmen für den Fall, »daß nach einem Aufstand der Kommunisten die seitherigen obersten Staatsbehörden weggefallen seien«.

Nun hatte der so Rehabilitierte allerdings als Amtschef im Reichssicherheitshauptamt und oberster Rechtsberater der Gestapo mehr als nur seine Pläne von 1931 verwirklichen können, und zwar in solchem Ausmaß, daß Best schließlich doch noch von der bundesdeutschen Justiz wegen des Mords an mindestens 8.723 Menschen angeklagt wurde – er hatte nach dem Krieg eine standesgemäße Stellung als Justitiar des Stinnes-Konzerns gefunden.

Aber dann war er plötzlich krank. Und damit haben wir wieder dieses seltsame Phänomen. Bei Honecker wurde – nachdem man den erkennbar Kranken lange Zeit zu Auslieferungszwecken einen kerngesunden Mann sein ließ – unzweifelhaft Leberkrebs festgestellt. Nach dem Urteil der medizinischen Sachverständigen hat er noch eine Lebenserwartung zwischen sechs und 18 Monaten. Das Gerichtsverfahren wird also ein spannendes Wettrennen mit dem Tod – wobei allerdings der Gerichtsvorsitzende Hansgeorg Bräutigam von der aufmunternden Annahme ausgeht, die Durchführung des Hauptverfahrens würde Honecker neue Lebensgeister einhauchen.

Das medizinische Gutachten, so entschied das Berliner Landgericht in diesem Fall, beruhe allein »auf statistischen Erfahrungswerten«, die »im Einzelfall« – in Honeckers Einzelfall, der ja nicht wie Best des Mordes an mindestens 8.723 Menschen angeklagt ist, nicht in der NSDAP und im SD, sondern in der KPD und dann in der SED organisiert war und schließlich vorbestraft ist aus der Zeit, in der Best sich für das Reichssicherheitshauptamt betätigte – , die in diesem Einzelfall also »nur bedingt übertragbar« seien. Bei Honecker nämlich ist das Gericht – anders als in den Fällen von NS-Mördern – »aufgrund eigener Erkenntnisse« nicht in der Lage, das medizinische Gutachten nachzuvollziehen. Und mit feinem Hohn verweigert es die – in weit schlimmeren NS-Fällen ganz selbstverständliche – Haftverschonung mit einem fürsorglichen Hinweis auf »die Schwierigkeiten alter Patienten, sich nach einer Krankenhausentlassung neu zu orientieren«.

Der kranke Stinnes-Justitiar Best schaltete sich im Wege der »Kameradenhilfe« als Zentralfigur in eine große Zahl von Verfahren gegen NS-Gewalttäter ein, indem er seinen Kameraden von der Sicherheitspolizei, die wegen Massenmordes vor Gericht standen, jede nur erdenkliche Hilfe leistete, ja sich vielfach selbst als Entlastungszeuge zur Verfügung stellte. Beim Landgericht Berlin, das jetzt so konsequent mit dem todkranken Honecker umspringt, müßte man sich eigentlich noch gut an den Prozeß gegen den »Eichmann von Berlin«, Otto Bovensiepen, im Jahr 1969 erinnern. Für den Nebenkläger Robert Kempner jedenfalls ist das peinliche Verfahren unvergeßlich, obwohl es so wie viele andere Prozesse gegen NS-Mörder ablief.

Otto Bovensiepen, der Leiter der Berliner Gestapo-Leitstelle, war unter anderem angeklagt, weil er 1941 für den Abtransport der Berliner Juden nach Auschwitz und Treblinka – in den sicheren Tod also – verantwortlich war. Kempner: »Befremdend für mich war, daß ich wiederum alte Bekannte als Entlastungszeugen vorfand. Der Verteidigungszeuge Werner Best sollte bestätigen, was das für harmlose Ausflüge nach dem Osten waren.« Kempner fragte sich, »warum Bovensiepens Anwälte ihm einen Zeugen gebracht haben, der so angeschlagen war durch Einsatzgruppenaktivitäten, der

Amtschef im Reichssicherheitshauptamt war und sich von mir vorwerfen lassen mußte, für das traurige Schicksal Carl von Ossietzkys mit verantwortlich gewesen zu sein.«

Best, der sich schon seinem eigenen Prozeß wegen »Krankheit« entzogen hatte, wurde sofort wieder kränklich, als Kempner ihm vor dem Berliner Landgericht seine »kameradschaftliche Tätigkeit« als Berater von SS-Führern vorhielt, die vor bundesdeutsche Gerichte zitiert werden sollten. Kempner: »Man hatte bei ihm stapelweise Akten über laufende NS-Verfahren sichergestellt, die er juristisch auf seine Weise begleitete, indem er gefährdeten Ex-Kollegen Taktiken empfahl, wie man sich solchen Strapazen entzieht.« So scheiterte der Prozeß gegen den von Best beratenen Bovensiepen wegen »drohender schwerer Erkrankung des Angeklagten«. Kempner: »Erfreulicherweise erwies sich die Erkrankung als nicht so schlimm, daß er daran gehindert gewesen wäre, seine Geschäftstätigkeit für eine Konservenfabrik noch jahrelang fortzuführen.«

Auch Best, dessen seit fünfzehn Jahren schwebendes Verfahren 1982 wegen erneuter schwerer Krankheit eingestellt wurde, ist von der bundesdeutschen Justiz nie bestraft worden. Diese Chance hat Honecker nur, wenn sein Tod den Wettlauf mit dem Berliner Landgericht gewinnt – und da sieht es für den Altkommunisten weit besser aus als für die NS-Verbrecher. Best beispielsweise starb erst 1989 im Alter von 85 Jahren.

Zurück zum Weimarer Justizkritiker Emil Julius Gumbel – dieser Beitrag, der eigentlich eine Rezension seiner Biographie sein sollte, verirrt sich auf eine nicht zu bändigende Weise immer wieder in die Gegenwart.

»Ich hatte die Behauptung aufgestellt«, so mußte Gumbel 1922 resignieren, »daß die deutsche Justiz über 300 Morde ungestraft läßt.« Das hätte, so glaubte der penible Hochschullehrer für Statistik, nur zwei Wirkungen haben können: »Entweder die Justiz glaubt, daß ich die Wahrheit sage, dann werden die Mörder bestraft. Oder sie glaubt, daß ich lüge, dann werde ich als Verleumder bestraft. Tatsächlich ist etwas Drittes, völlig Unvorhergesehenes eingetreten. Von behördlicher Seite ist kein einziger Versuch gemacht worden, meine Behauptungen zu bestreiten. Im Gegenteil, die höchste zuständige Stelle, der Reichsjustizminister, hat meine Behauptungen mehrmals ausdrücklich bestätigt. Trotzdem ist nicht ein einziger Mörder bestraft worden.«

Gumbel wußte eben damals noch nicht, wer die Mitarbeiter des Justizministers Gustav Radbruch waren. Hätten sie die Mörder von 1918 verfolgt, dann hätten sie selbst vielleicht nie die Chance gehabt, die Mörder von 1933 zu werden – und da auch die nach 1945 wiederum von deutschen Gerichten unbestraft blieben, wäre so ihre sehr erfolgreiche Karriere und ihr angenehmer Lebensabend verbaut worden. Wie ungefährlich sich seine Zukunft gestalten mochte, konnte sich Hitlers Justizstaatssekretär Schlegelberger schon als Ministerialrat in Radbruchs Justizministerium ausrechnen. Ihm lagen ja Gumbels Untersuchungen vor, der für die ersten beiden Jahre der Weimarer Republik ausgerechnet hatte, daß 314 von Rechten begangene Morde mit insgesamt 31 Jahren und drei Monaten Freiheitsstrafe, einer lebenslänglichen Festungsstrafe und keiner einzigen Todesstrafe gesühnt wurden – die 13 von Linken begangenen Morde dagegen mit acht Todesurteilen und 176 Jahren und 10 Monaten Freiheitsstrafe. Zugleich waren 1921 noch 316 Morde von Rechts und nur vier Morde von Links ungesühnt.

Wir müssen heute nicht so weit zurückdenken. RAF-Mörder, soweit man ihrer habhaft werden konnte, wurden und werden zu hohen Strafen verurteilt, und dabei ließ und läßt man es nach dem Kollektivschuld-Paragrafen 216a lieber einen mehr als einen weniger sein. Rechts aber kennen wir – allenfalls – Einzeltäter, die eher als unpolitisch angesehen werden sollen.

Bis heute ist beispielsweise der Bombenanschlag beim Münchner Oktoberfest 1980, bei dem zwölf Menschen umgebracht und 211 verletzt wurden, trotz offizieller Abschlußberichte völlig ungeklärt, mutmaßlich mit Grund. Franz Josef Strauß gab gleich nach der Tat als damaliger bayerischer Ministerpräsident die Parole aus, daß es sich um eine organisierte Tat der RAF gehandelt habe. Doch dann ermittelte die Polizei, daß der Bombenleger Gundolf Köhler hieß, aus einem CDU-Elternhaus stammte und gute Verbindungen zur Wehrsportgruppe Hoffmann unterhielt, die bis dahin von Strauß als harmloser Wanderverein dargestellt worden war. Darum hatte Gundolf Köhler, der durch die verfrühte Explosion der Bombe selbst umkam und so nicht mehr bestraft werden mußte, auf Biegen und Brechen ganz allein der Täter zu sein. Strauß verkündete jetzt: »Alles« spreche »dafür, daß es sich um die Tat eines Einzeltäters gehandelt« habe. 1982, zum 2. Jahrestag des Attentats, ließ Oberbürgermeister Kiesl eine Kundgebung für die Opfer des Bombenanschlags verbieten. Begründung: »Wider besseres Wissen wird behauptet, der« – immerhin – »bedauerliche Anschlag auf der Theresienwiese sei durch ›Faschisten oder Neonazis‹ verübt worden.« In Wahrheit, so legte es die Verbotsverfügung der Landeshauptstadt fest, sei das Attentat »unpolitischer Natur« gewesen. Sogar dies war amtlich angeordnet worden: »Auch steckt keine Organisation dahinter. Es war die Tat eines geistig anomalen Menschen.«

Für die es auch keine Generalprobe gab? Eine Woche vor dem Attentat hatte eine Zeugin Köhlers Ford mit dem Kennzeichen VS-DD 500 beim Festgelände gesehen. Im Auto fünf Personen, zwei von der Zeugin später als Gundolf Köhler und Uwe Behrendt identifiziert, eine dritte hatte Ähnlichkeit mit Franziska Birkmann. Genau zwölf Wochen nach dem Massenmord von München wird in Erlangen bei Nürnberg das jüdische Verlegerpaar Shlomo Levin und Frida

Poeschke tot aufgefunden – sie wurden »regelrecht hingerichtet«, sagte die Polizei. Neben den Leichen eine Sonnenbrille, wie sie Franziska Birkmann trug, die Freundin des Wehrsportgruppenführers Hoffmann.

Als es nach fünf Jahren endlich zum Mordprozeß kommt, gelingt es Hoffmann, alle Schuld auf seinen inzwischen toten Unter-Führer Uwe Behrendt zu schieben – er selbst kommt mit einer milden Strafe von neuneinhalb Jahren wegen Geldfälschung, Waffenbesitzes und brutaler Folterung seiner eigenen Leute davon und ist längst schon vorzeitig auf freien Fuß gesetzt worden. »Das Urteil stinkt«, schrieb damals die Gewerkschaftszeitung »Metall«. Und sie war es auch, die mit Formulierungen, auf die unschuldig sich fühlende Richter nur mit einer Verleumdungsklage hätten antworten können, Nürnbergs Justiz förmlich prügeln mußte, bis es endlich zur Festnahme und Anklage gegen Hoffmann kam. Es war ebenjene Justiz, die damals wegen ihrer Massen-Verhaftungen von linksverdächtigen Kindern und Jugendlichen in der KOMM-Affäre weltberühmt geworden war.

Die »Todesspur von rechts nimmt gerade erst ihren Anfang«, behauptete in diesen Tagen Ernst Uhrlau, der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, und meinte damit die 13 Toten und über 800 zum Teil schwer Verletzten, die rechtsextremistische Anschläge seit Anfang des Jahres im wieder zusammengewachsenen Deutschland gefordert haben. Die Todesspur wird breiter und mächtiger, doch sie ist so alt wie die – allenfalls – sanften Strafen für Rechte und die drakonische Justiz gegen Links, die Emil Julius Gumbel schon vor siebzig Jahren am Beginn der ersten deutschen Republik erblickte.

**Literaturhinweis**

Christian Jansen: Emil Julius Gumbel. Porträt eines Zivilisten. Verlag Das Wunderhorn, Heidelberg 1991, 435 Seiten, 48 Mark

*Otto Köhler schrieb in KONKRET 10/92 über den »FAZ«-Herausgeber Joachim C. Fest*

Konkret 12/92, S. 40

**Katja Leyrer**

# »Nicht unsre Sache«

**Die Lage der Gedenkstätten der ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrationslager auf dem Gebiet der Ex-DDR hat sich seit der Wiedervereinigung drastisch verändert. Brandanschläge, Schließungen und kommerzielle Nutzungsversuche gehören zu den eher offenen Versuchen, ihre Geschichte zu bewältigen. Aber auch mit dem politoffiziellen Mittel der »Neukonzeption« werden mittlerweile beachtliche Fortschritte bei dem Versuch erzielt, die gesamtdeutsche NS-Geschichte abzuwickeln. Die Kritik der überlebenden Opfer an diesem Vorgehen ist bislang kaum zur Kenntnis genommen worden. Sie kommt hier zu Wort**

*Paris, 5. November 1990:* Die Sprecher der internationalen Komitees der nationalsozialistischen Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, Buchenwald-Dora, Dachau, Mauthausen, Natzweiler-Struthof, Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen übergeben der internationalen Öffentlichkeit und den verantwortlichen Regierungsvertretern ein Memorandum, in dem sie ihre Befürchtungen über die Zukunft der Gedenkstätten in Deutschland äußern: »(...) Wie auch immer die Entwicklung der letzten Jahre war, was auch immer kommen mag – die Komitees fordern nachdrücklich: (...) daß die Museen und Institutionen, die in diesen Stätten mit ihrer Arbeit an die Hitlerzeit erinnern, erhalten, unterhalten und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden und daß ihr Inhalt auf die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft von 1933 bis Mai 1945 beschränkt bleibt. In diesem Rahmen kann auch nicht der zaghafteste – direkte oder indirekte – Versuch geduldet werden, die Verantwortung des Nationalsozialismus zu verwischen oder die Henker zu rehabilitieren. (...) Die Komitees fordern, an der Erhaltung und Verwaltung der Stätten der ehemaligen Konzentrationslager beteiligt zu werden. (...) Die internationalen Komitees wünschen, daß die Organisation der Vereinten Nationen, die Unesco und andere internationale Organisationen die Stätten der nationalsozialistischen Deportation im oben genannten Sinne unter ihren Schutz nehmen. (...)«

Diese Erklärung artikulierte, vier Wochen nach der deutschen ›Vereinigung‹, eine vorausschauende Ahnung des Kommenden. Und es kam schlimmer. Rücksichtslos wickelten die neuen Machthaber in den neuen Bundesländern auch die Gedenkstättenarbeit ab. Unter Hinweis auf die Notwendigkeit, dem »verordneten Antifaschismus der DDR« den Garaus machen zu müssen, kündigte man einer Vielzahl von Gedenkstättenmitarbeiterinnen und -mitarbeitern wg. SED/PDS-Mitgliedschaft; kommissarische Leitungen wurden eingesetzt; Aufträge für Neukonzeptionen wurden vergeben an – das versteht sich von selbst – vorrangig mit Westlern besetzte Expertenkommissionen; und manchmal wurde einfach auch dichtgemacht.1

Man entdeckte allerdings noch eine weitere Möglichkeit, die KZ-Gedenkstätten zu schleifen: ihre »Ergänzung«. In Buchenwald und Sachsenhausen wurden Ausstellungen und Gedenktafeln zur »Erinnerung an die Opfer des stalinistischen Terrors« eingerichtet. Begründet hat man das mit der Tatsache, daß – wie in den Westzonen – auch in der sowjetischen Besatzungszone 1945 Internierungslager für Nazis und Gegner der Besatzungsmacht eingerichtet worden waren, u.a. in Buchenwald und Sachsenhausen. Darin starben zwischen 1945 und 1950 Tausende von Häftlingen an Hunger und Krankheiten, darunter – soweit davon überhaupt die Rede sein konnte – einige »Unschuldige«. Daß in diesen »Speziallagern« jedoch in der Hauptsache NS-Täter bzw. -Sympathisanten inhaftiert waren, läßt sich mit seriösen Argumenten nicht bestreiten.

*Paris, Februar 1991:* Nach einem Besuch ehemaliger französischer Häftlinge in Buchenwald, wo es bereits seit Herbst 1990 eine Ausstellung über das sowjetische Internierungslager nach 1945 gibt, schreibt die Zeitschrift »Le Patriote Résistant«: »Hier gedenkt man der Nazis.(...) Kann man sich nur für einen einzigen Moment einen Besuch im Lager vorstellen, in dem gleichzeitig der ehemaligen KZ-Häftlinge und ihrer Wächter gedacht wird mit der Begründung, daß die Wächter schließlich zur Rechenschaft gezogen und dann ihrerseits eingesperrt worden waren? Eine solche Vermengung ist völligunhaltbar, eben weil es sich um eine Gleichsetzung handelt. (...) Man kennt die Thesen, die vor allem von einer Historiker-Schule aus der BRD vertreten werden. Hier fallen sie auf einen fruchtbaren Boden.«

*Erfurt/Weimar/Buchenwald, März 1991:* Nach einer denunziatorischen Kampagne der örtlichen Presse tritt der erst wenige Monate zuvor verpflichtete neue Gedenkstättenleiter Ulrich Schneider in Buchenwald zurück. Schneider war nach einem ordentlichen Bewerbungsverfahren eingestellt worden, weigerte sich aber, sofort Massenentlassungen beim Gedenkstättenpersonal vorzunehmen. In der Frage, wie mit dem Internierungslager 1945 bis 1950 umzugehen sei, vertrat er nicht einmal besonders klare Positionen. Doch er war in früheren Jahren Mitglied der DKP gewesen. Das genügte, um mit seiner Person »SED-Seilschaften« zu verknüpfen und die Gelegenheit zu nutzen, dem thüringischen Minister für Wissenschaft und Kunst, Ulrich Fickel (FDP), zu folgen und das Personal der Mahn- und Gedenkstätte zu »erneuern«.

*Erfurt, April 1991:* In mehreren Zeitungen, u.a. in der »Thüringer Allgemeinen« und in der »Zeit«, wird die Stelle des Direktors für die Gedenkstätte Buchenwald neu ausgeschrieben: »Gesucht wird eine Persönlichkeit, die aufgrund fachlicher Kenntnisse und Leitungserfahrungen in der Lage ist, die Gedenkstätte für die Opfer der NS-Herrschaft zu leiten und als mahnendes Zeugnis der Zeitgeschichte – unter angemessener Berücksichtigung auch des Internierungslagers – wissenschaftlich aufzuarbeiten und objektiv darzustellen.«

*Ravensbrück, 15. Mai 1991:* In einem Brief an die Stadtverwaltung Fürstenberg, z. Hd. des amtierenden Bürgermeisters, heißt es: »Die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück erhebt Einspruch gegen die gegenwärtig geplanten Bauvorhaben im Ortsteil Ravensbrück. Das bereits im Bau befindliche Objekt ›Supermarkt‹ wird von uns als schwerwiegende Fehlentscheidung betrachtet und läßt auf übereiltes und nicht gut durchdachtes Handeln schließen.«

*Hamburg, 8. September 1991:* Ein Bündnis verschiedener Lagergemeinschaften und antifaschistischer Organisationen ruft zu einer Gedenkkundgebung auf: »Für die Sicherung der Gedenkstätten der NS-Konzentrationslager und der Stätten der Verfolgung und Deportation.« Eingeladen wurden u.a. Rose Guérin, die Präsidentin des Internationalen Ravensbrück-Komitees, und Heinz Junge, der Vorsitzende der Lagergemeinschaft Sachsenhausen. In dem gemeinsamen Aufruf heißt es: »Besonders nach dem Anschluß der DDR an die BRD wurde und wird mit administrativen Mitteln, der Entlassung von Direktoren und inhaltlichen Einflußnahmen in zahlreichen Fällen versucht, eine Umgestaltung der Gedenkstätten zu ›Erinnerungsstätten gegen den Totalitarismus‹ zu erreichen. Dies dient auf dem Hintergrund einer oft beschworenen Gleichsetzung politischer Verhältnisse in der damaligen DDR mit dem NS-Staat der Relativierung des nationalsozialistischen Terrors.«

*Berlin, 11. Februar 1992:* In einem Beitrag der »taz« mit dem Titel »Gegen die Mythisierung des Antifaschismus« wird behauptet: »Antifaschismus – das war in der DDR ein Stück Staatsreligion, und gepredigt wurde er vor allem in den Wallfahrtsorten der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten. (...) Nach dem Ende des anderen Deutschlands rückten auch die Mahnstätten in den Blick kritischer Historiker. Abwickeln wollte man sie nicht, aber so stehen lassen auch nicht. Vergangenen Juni berief daher der Kulturminister vom Land Brandenburg, Enderlein (SPD)2, eine siebenköpfige Historikerkommission, die sich über eine konzeptionelle Neugestaltung der Mahn- und Gedenkstätten Brandenburg Gedanken machen sollte. Unter dem Vorsitz des Historikers Bernd Faulenbach hat die Kommission jetzt Empfehlungen ausgearbeitet. Berücksichtigt wurden dabei die Vorstellungen von Verfolgtenorganisationen, Kirchen und den Mitarbeitern der Gedenkstätten.«

Das war gelogen. Die Verfolgtenorganisationen, jedenfalls das Ravensbrück-Komitee, das Sachsenhausen-Komitee, der Zentralrat der Juden, der Zentralrat der Roma und Sinti, das Auschwitz-Komitee u.v.a. waren zur Anhörung am 25. Oktober 1991 erst gar nicht eingeladen worden; soweit sie dennoch Vertreter geschickt hatten, hatten diese mit Kritik an den Umgestaltungsplänen nicht gespart. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück sind, soweit sie nicht sowieso entlassen worden waren, nie einverstanden gewesen mit den Planungen der Experten.

Monika Herzog, bis 1. November 1992 kommissarische Leiterin der Ravensbrücker Gedenkstätte und deren Mitarbeiterin noch aus DDR-Zeiten, ist enttäuscht darüber, daß ihre Vorschläge unberücksichtigt geblieben sind, daß die neuen Konzepte einige sachliche Fehler enthalten, daß der Ravensbrück-Film (»Vergeßt unsere Tränen nicht«, 1989 entstanden) in den Empfehlungen der Experten als ungeeignet abqualifiziert wird und daß die internationalen Ausstellungen als von kommunistischen Parteien indoktriniert beschrieben werden. Herzog: »Diese Gedenkräume sind mit Unterstützung der Lagergemeinschaften und vielen Spenden aus den verschiedenen Ländern entstanden, z.B. gab es in Belgien eine große öffentliche Spendenaktion dafür; und auch das norwegische Königshaus kann man wohl wirklich nicht als kommunistisch unterwandert bezeichnen.«

*Potsdam, 8./9. März 1992:* Etwa 100 Teilnehmer und Teilnehmerinnen treffen sich zu einem internationalen Colloquium mit dem Titel: »Gedenkstätten in Brandenburg«. Hier wird das Ergebnis der Arbeit der »Expertenkommission« veröffentlicht, die eine Neukonzeptionierung sämtlicher Gedenkstätten des Landes Brandenburg empfiehlt.3 Das betrifft die beiden großen ehemaligen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten Ravensbrück und Sachsenhausen; außerdem die Gedenkstätte Brandenburg-Goerden und verschiedene Denkmäler und Ausstellungen in Brandenburg, die an die Verbrechen des Nationalsozialismus und den antifaschistischen Widerstand erinnern.

Das Ergebnis der Experten-Studie läßt sich wie folgt zusammenfassen: Im Gegensatz zu den kleineren Gedenkstätten sollen Ravensbrück und Sachsenhausen erhalten, vergrößert und umgestaltet werden, modernisiert eben – von »Cafeterias« ist die Rede; man will alles etwas schicker und didaktischer aufbereiten, »offene Lernorte« sollen entstehen. Mit leichter Hand wird die bisherige Präsentation als kommunistisch manipuliert vom Tisch gewischt und dekretiert: »Die Gedenkstättenpädagogik hat nicht festgefügte Weltbilder und Dogmen zu ›vermitteln‹, sondern im Sinne einer aufgeklärten Geschichtsdidaktik sachlich und fundiert über Ravensbrück zu informieren sowie die Besucher zum Nachdenken und zur Eigeninitiative anzuregen.« – »Der ›verordnete Antifaschismus‹ der DDR wirkt gegenwärtig in unterschiedlicher Weise nach. Er ist in der Gestaltung der ›Nationalen Mahn- und Gedenkstätten‹ manifest, doch auch in den Köpfen der Menschen präsent, die über Jahrzehnte mit ihm konfrontiert waren. (...) Eine Neukonzeption der Gedenkstätten in Brandenburg hat deshalb davon auszugehen, daß für viele Menschen die Erinnerung an den ›verordneten Antifaschismus‹ geradezu als Barriere wirkt, sich mit NS-Herrschaft und ihrem Terror auseinanderzusetzen. Es gilt folglich, den ›Antifaschismus‹, der die Gedenkstätten bisher geprägt hat, ausdrücklich zu thematisieren und auf diese Weise zu seiner Aufarbeitung beizutragen.« – »All diese Probleme zwingen zu einer kritischen Reflexion und Neuorientierung der Gedenkstättenarbeit.

Sie erfordern u.a. neue didaktische Konzepte, die von einer Vieldimensionalität des Geschehens und einer Pluralität von Interpretationen ausgehen.«

Was »Vieldimensionalität des Geschehens« im Deutschland des Jahres 1992 heißt und heißen soll, wird deutlich an den Plänen für Sachsenhausen: »Wo, wie in Sachsenhausen, der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft am gleichen Ort neue Lager und neues Unrecht folgten, ist auch deren Geschichte in die Gedenkstättenarbeit einzubeziehen: Die Spuren dieses Geschehens sind zu sichern, das Geschehen ist aufzuarbeiten und zu dokumentieren und die Auseinandersetzung mit ihm zu fördern.« – »Im Hinblick auf die Gedenkstätte Sachsenhausen erscheint die Einbeziehung dieses Nachkriegsgeschehens zwingend. Sie wird allerdings erschwert durch das (...) schwierige Verhältnis der verschiedenen Verfolgtenorganisationen zueinander, deren Dialog zu fördern ist. Für Sachsenhausen (wie für Buchenwald) sind damit Probleme aufgeworfen, die in ihrem Kern um das Verhältnis der unterschiedlichen Vergangenheiten zueinander und zur Gegenwart kreisen.«

Die Historiker und viele Teilnehmer des Colloquiums waren zufrieden, ganz besonders aber die eingeladenen Vertreter der »Opfer des Stalinismus« und des »Bundes der stalinistisch Verfolgten«. Auf der Grundlage der Totalitarismusgleichung hätte sich so ein allerliebster neudeutscher Konsens ausbilden können, doch es kam anders. Sämtliche Vertreter der NS-Verfolgten-Verbände, die um ihre Zulassung zu dieser Tagung teilweise hatten bitten müssen und pro Organisation mit nur einer Person teilnehmen durften, protestierten mit Nachdruck gegen das Ansinnen, auf dem Gelände ehemaliger KZ der nach dem 8. Mai 1945 dort internierten NS-Täter gedenken zu sollen. Dr. Andreas Nachama, der Gedenkstättenbeauftragte des Zentralrats der Juden, wandte sich scharf gegen die Empfehlungen und lehnte jede Zusammenarbeit zum Zwecke ihrer Durchführung ab. Der Vertreter des Zentralrats deutscher Sinti und Roma erklärte u.a.: »Eine gemeinsame Gedenkstätte für den Völkermord an Sinti, Roma und Juden zusammen mit den Internierten lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Wir empfinden es als eine Zumutung und Beleidigung unserer Toten.«

Das Auschwitz-Komitee in der BRD gab ebenfalls eine Erklärung ab: »Unter keinen wie auch immer gearteten Umständen stimmen wir einer Vermengung der Geschichte dieser oder anderer faschistischer Konzentrationslager mit deren Nachkriegsverwendung zu. Die Erinnerung an ein Internierungslager mit dem Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes zu verbinden, würde dies bedeuten. Aus diesem Grund lehnen wir die Empfehlungen zur Neukonzeption der brandenburgischen Gedenkstätten ab.«

Die NS-Verfolgten-Verbände, darunter auch die Vertreter der Sachsenhausener und Ravensbrücker Lagerkomitees, distanzierten sich ausdrücklich von den Brandenburger Reformvorschlägen. Ein Eklat, der, ginge es mit rechten Dingen zu, Folgen hätte haben müssen, der aber nur kurz die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zog. Zugespitzt hatte sich der Konflikt bereits nach einer Begehung der Gedenkstätte Sachsenhausen, bei der bereits manifeste Veränderungen zu besichtigen waren. Der kommissarische Gedenkstättenleiter Gerhard Emig (FDP) hatte kraft seiner Funktion bereits eine Sonderausstellung für die nach 1945 Internierten eingerichtet, einen Gedenkstein aufstellen und entsprechende Literatur in der Gedenkstätte auslegen lassen.

*Potsdam, 24. März 1992:* Heinz Galinski bringt während eines Gesprächs mit Ministerpräsident Stolpe das Problem zur Sprache. Für ihn, so der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, sei »diese Vermischung nicht tragbar und unannehmbar«.

*Heidelberg, 31. März 1992:* Der Zentralrat deutscher Sinti und Roma schreibt in einem Brief an den brandenburgischen Kulturminister Hinrich Enderlein (FDP): »(...) Als gegenüber den internationalen Opferverbänden unerhörte Haltung muß schließlich die Eigenmächtigkeit des kommissarischen Leiters (der Gedenkstätte Sachsenhausen, KL) gewertet werden, der die Darstellung des internationalen Widerstands, die von den internationalen Verfolgtenorganisationen in eigener Verantwortung erstellt wurde, für die Öffentlichkeit sperrte und statt dessen einen Ausstellungsteil über das Internierungslager unmittelbar an die Ausstellung über das Konzentrationslager anschloß, mit dem eine pauschale Reinwaschung auch der NS-Täter betrieben wird. Damit besteht gegenwärtig im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen der unerträgliche Zustand, daß das Erinnern und Gedenken an die Opfer des Holocaust zusammengezwungen wird mit dem Gedenken anNS-Täter. Dies wird auch durch die dort ausliegende Broschüre mit dem Titel ›Sachsenhausen 1936-1950‹ zum Ausdruck gebracht. In dieser kostenlos verbreiteten Broschüre wird in nicht zu verantwortender Weise eine Kontinuität in der Lagergeschichte dargestellt, die die Ermordeten des 3. Reiches in eine Reihe stellt auch mit NS-Tätern.«4

*Buchenwald, 11. April 1992:* Das Internationale Komitee Buchenwald-Dora veröffentlicht einen Beschluß: »(...) Wir nehmen zur Kenntnis, daß diese Gedenkstätte einer Stiftung unterstellt werden soll. In dieser ›Stiftung Buchenwald‹ muß das Internationale Komitee Buchenwald-Dora und (Außen-)Kommandos, müssen die nationalen Komitees der Überlebenden mit Sitz und Stimme vertreten sein. Wir bekräftigen unser Veto gegen jeden Versuch der Vermischung der Verschleppung deutscher Patrioten und Deportierter aus ganz Europa mit dem Schicksal derer, die nach der Niederlage des Nazismus hier interniert wurden. In der Stiftung Buchenwald darf es keine derartige Vermischung geben.«

*Berlin/Dortmund, 30. April 1992:* Das Sachsenhausen-Komitee für die Bundesrepublik Deutschland erklärt anläßlich des 47. Jahrestages der Befreiung der Häftlinge des Lagers Sachsenhausen: »Wir erheben Protest gegen behördliche Willkürmaßnahmen in der Gedenkstätte Sachsenhausen: gegen mittelalterliche Bilderstürmerei, gegen den Abbau von Einrichtungen und gegen Entfremdung von Gebäude- und Geländeteilen des als Gedenkstätte genutzten Territoriums. (...) Wir erklären zu dem Problem des Internierungslagers 1945/50, des Lagers für Kriegs- und Naziverbrecher: Das ist nicht unsere Sache, es interessiert uns nicht, es darf mit dem Gelände der Gedenkstätte nicht in Beziehung stehen. Eine Mitarbeit von uns ist ausgeschlossen. Wir wenden uns gegen jegliche Verknüpfung der weltweit verurteilten Nazi-Verbrechen mit der Bestrafung dieser Verbrechen durch die alliierten Besatzungsmächte nach dem 8. Mai 1945.«

*Nantes (Frankreich), 22./23. September 1992:* Während der Tagung des Internationalen Sachsenhausen-Komitees wird ein Kommuniqué veröffentlicht: »(...) Die ISK-Tagung beschäftigte sich mit dem gegenwärtigen Zustand der Gedenkstätte Sachsenhausen bei Berlin und beauftragte ihren Sekretär für Gedenkstättenfragen, Karl Stenzel, gegen die weitere Demontage des antifaschistischen Charakters der Gedenkstätte bei der Landesregierung in Brandenburg energisch zu protestieren. Eine Verschmelzung der antifaschistischen Gedenkstätte, die der Ehrung von mehr als 100.000 Opfern der SS aus 20 europäischen Ländern dient, mit dem späteren Internierungslager für Nazi- und Kriegsverbrecher 1945 bis Anfang 1950 wurde erneut von allen nationalen Vertretern ausdrücklich abgelehnt. Die ISK-Tagung ruft alle KZ-Verbände gleich welcher Lager und alle anderen antifaschistischen Organisationen auf, die Sachsenhausengemeinschaften in diesem Kampf um die Erhaltung der Gedenkstätte zu unterstützen.«

*Neuengamme bei Hamburg, 15. September 1992:* Die DVU kündigt in einer Pressemitteilung an, als Vertreter des Schleswig-Holsteinischen Landtages an einem Besuch der Gedenkstätte Neuengamme teilnehmen zu wollen: »Die Abgeordneten der DVU-Fraktion werden am Besuch der Landtagsdelegation in der Gedenkstätte teilnehmen. Sie werden in diesem Zusammenhang auch auf juristisch ungesühnte und zeitgeschichtlich nicht hinreichend aufgearbeitete Holocaust-Verbrechen der Siegermächte hinweisen. (...) Die DVU wird einen Kranz mit der Aufschrift ›Den Opfern der Gewaltherrschaft und des alliierten Terrors‹ niederlegen.«

Nach einer kurzen Debatte im Kieler Landtag, nach der die DVU auf eine Teilnahme am Besuch der KZ-Gedenkstätte verzichtete, lag der Kranz am nächsten Tag dann doch am Mahnmal in Neuengamme. Auch dort hatte es zwischen 1945 und 1948 ein Internierungslager gegeben, in dem vor allem ehemalige Angehörige der SS interniert gewesen waren – allerdings unter Aufsicht der Briten.

*Sachsenhausen, 26. September 1992:* Bis heute unbekannte Täter zünden die jüdische Ausstellung in der Gedenkstätte an. In den darauffolgenden Tagen erklären Politikerinnen und Politiker aller Parteien vor Ort ihre außerordentliche Betroffenheit. Zu einer Demonstration, zu der alle Fraktionen aufrufen, kommen nur etwa fünftausend Menschen.

*Hamburg/Potsdam, Oktober 1992:* Während eines Telefongesprächs mit der Autorin erklärt der kommissarische Gedenkstättenleiter von Sachsenhausen, ihm sei Kritik an den Revisionsplanungen und den von ihm eigenmächtig eingerichteten Ausstellungen für das Internierungslager nicht bekannt. Auf Nachfrage gerät er in Rage: »Die Kritik kommt einzig von kommunistischer Seite, von Altkommunisten, ja, und von jüdischer Seite.« Das seien doch allesamt Leute, die immer noch die Rote Armee für ihre Befreierin hielten! Humanität aber, so Gerhard Emig, sei unteilbar. Im übrigen sei die Annahme falsch, bei den Internierten des sowjetischen Speziallagers in Sachsenhausen habe es sich um Nazis gehandelt. Vor allem die Franzosen würden so einen Schwachsinn erzählen, insbesondere dieser Désirat.5 Nein, er habe seinen Kreta-Urlaub nicht abgebrochen nach dem Brandanschlag, dafür habe er keine Veranlassung gesehen. Es habe ja sowieso auch Kritik an dieser Ausstellung in der Jüdischen Baracke gegeben, weil da auch Exponate dabei gewesen seien, die mit Sachsenhausen nichts zu tun hatten. »Das Bild zum Beispiel von diesem niedlichen Judenjungen, der die Hände hochhielt, Sie wissen schon, irgendwo in Polen...«

Gerhard Emig ist erst am 2. November planmäßig abgelöst worden. Die brandenburgische Landesregierung hat es trotz energischer Proteste aus dem In- und Ausland – eine französische Besucherdelegation war z.B. aus Protest gegen eine seiner Ansprachen wieder abgereist – nicht für nötig befunden, ihn vorzeitig seines Amtes zu entheben.

*Ravensbrück, 21. Oktober 1992:* Ein Brandanschlag auf die Gedenkstätte wird von Seiten der Ermittlungsbehörden tagelang vertuscht – die Queen ist zu Besuch und mit ihr viele Journalisten – , schließlich dann doch zugegeben. Es ist in diesem Jahr bereits der dritte Anschlag auf die Ravensbrücker Gedenkstätte.

*Hamburg/Potsdam, 30. Oktober 1992:* Auf Initiative des Auschwitz-Komitees in der BRD haben sich etwa dreihundert Einzelpersonen und Organisationen aus dem In- und Ausland zu einer gemeinsamen Protesterklärung zusammengefunden, die der brandenburgischen Regierung übergeben und auf eigene Kosten in der Wochenzeitung »Die Zeit« annonciert wird: »(...) Der propagierte, ministeriell und bürokratisch durchgeführte Völkermord unterscheidet den Nationalsozialimus von jedem anderen faschistischen Regime, von jedem totalitären Regime. – In Israel, Europa und den Vereinigten Staaten, weltweit wird darüber nachgedacht, wie der Shoah zu gedenken sei, ohne sie zur musealen Geschichte gerinnen zu lassen. In der Bundesrepublik Deutschland hingegen wird (...) der Versuch unternommen, den Nationalsozialismus seiner

spezifischen Verbrechen zu entkleiden. Nur so ist zu erklären, daß z.B. in und mit der Gedenkstätte in Sachsenhausen auch des nachfolgenden Internierungslagers gedacht werden soll. – Das Auschwitz-Komitee protestiert gegen diesen erbärmlichen und zugleich gefährlichen Versuch, deutsche Geschichte einzuebnen, sie von ihrer Schuld zu entlasten. Eine Nation, die sich aufbaut auf dieser Geschichtslüge, birgt in sich die zerstörerischen Kräfte, die Auschwitz möglich machten. Infolgedessen lehnen wir die Empfehlungen der Experten-Kommission ab. (...)«

Unterzeichnet haben diese Erklärung neben vielen Mitgliedern Jüdischer Gemeinden und zahlreichen Verfolgten des Naziregimes auch antifaschistische Persönlichkeiten wie Beate Klarsfeld und Rosalinde von Ossietzky-Palm, ehemalige Häftlinge der Konzentrationslager, die Vorsitzenden vieler Lagergemeinschaften und internationaler Überlebenden-Komitees, aber auch die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD, ein paar Schriftstellerinnen und Schriftsteller, Anwälte und einige Bundestagsabgeordnete. Eine beinahe unsichtbare Minderheit eben.

Es bleibt die Frage, wer in diesem Land überhaupt noch zuhört, wenn sich KZ-Überlebende zu Wort melden. Wen interessiert, welche Kraft es diese Menschen kostet, mitansehen zu müssen, wie selbst die Orte ihres Leidens und Gedenkens zerstört, beschmiert und politisch manipuliert werden? Nicht einmal die Rest-Linke geht auf die Straße, um dem praktizierten Geschichtsrevisionismus Einhalt zu gebieten. Es sind wohl tatsächlich nur Altkommunisten und Juden, die da noch Einspruch erheben.

**Anmerkungen**

1 Bis zum Frühjahr 1992 sind mindestens folgende Mahn- und Gedenkstätten ehemaliger nationalsozialistischer Konzentrationslager auf dem Gebiet der ehemaligen DDR geschlossen worden: Dornburg, Espenfeld/Ohrdruf, Hainewalde, »Laura« Schmiedebach, Neu-Brandenburg und Sachsenburg (nach Angaben der VVN/BdA).

2 Hier irrt die »taz« auch in den kleinen Dingen: Hinrich Enderlein ist FDP-Mitglied.

3 Empfehlungen zur Neukonzeption der brandenburgischen Gedenkstätten. Hrsg.: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg in Zusammenarbeit mit der brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, Berlin 1992.

4 Es handelt sich um ein Machwerk des ehemaligen führenden Mitarbeiters der von westlichen Geheimdiensten Ende der 40er Jahre initiierten »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) Gerhard Finn mit dem Titel: Sachsenhausen 1936 – 1950. Geschichte eines Lagers. Bad Münstereifel 1988. Zitat: »Jene, die partei- und ideologietreu ein historisch verzerrtes Bild der KZ-Zeit vermittelten und die Geschehen des Speziallagers leugneten oder seine Existenz nur umschrieben, wollen heute im Gedenken und in der Mahnung wenigstens die Chimäre eines ›Opfer-Täter-Verhältnisses‹ gewahrt wissen. Wer diesen Pauschalvergleich gebraucht oder durchsetzen will, ist nicht weit entfernt von menschenverachtender Ideologie. (...) Das Credo des Nationalsozialismus und des Kommunismus ist gleich gewesen: der Gegner muß vernichtet werden. Nur noch immer Verblendete können verlangen, daß ein Teil der Lagergeschichte ausgeblendet werden soll.«

5 Charles Désirat ist Vorsitzender der Internationalen Lagergemeinschaften ehemaliger Sachsenhausener KZ-Häftlinge und ihrer Hinterbliebenen.

**Katja Leyrer schrieb in KONKRET 7/92 über den Prozeß gegen Gerhard Bögelein**

Konkret 12/92, S. 45

**Horst Tomayer**

# Tomayers ehrliches Tagebuch

**Novemberheftumbruch beim** »komischen Magazin« »Kowalski«, das im Semmel Verlag erscheint, der die unsägliche »An-alle-die-Beifall-geklatscht-hätten«-Anzeige (siehe letztes Tagebuch) mit unterschrieben hat. Seite 12 im Abschnitt »Zeichen, Zeiten, Tage & Wunder« tut sich eine kleine Textleere auf. Hat jemand noch was? Ja, sagt einer, ich hätt da einen Lagerwitz auf Lager. Erzählma. Also der geht so

Einen Furz im Konzert verkneifen sie sich. Da funktioniert das kleine Schamhirn. Aber von einem Lagerwitz lassen sie sich nicht traktieren. Der muß raus. Und so sitzen sie denn bei Tass Kaff und Bölkstoff und suchen nach der Headline für den Lagerwitz. Bergen Belsen schlägt einer vor. Kopfschütteln. Das kennt doch keiner. Theresienstadt? Noch kälter. Dachau? Ja, Dachau, das ginge vielleicht. Aber warum in die Ferne schweifen, wo doch Auschwitz liegt so nah. Und so setzen sie mitten im allergemeinsten Kontrollverlust, wo der Riesenhuber für eine halbe Milliarde Mark ein Loch in die Oberpfalz treibt, aber keine paar Mark für die Auschwitzgedenkstätte da sind, die Zeile

Einkaufen nach Auschwitz

ab. Ohne weiteres und doch, scheints, nicht ohne Not. Es juckt die arische Brut an der uralten Stelle, und sie kratzt sich nach Naziväter bewährter Art. Sie kann nicht an sich halten. Sie muß sich am Holocaust vergreifen. Ausch-Witze erzählen. Und lachen. Nicht mehr *bis* zur Vergasung, sondern danach. Der Ausch-Witz als geistige Restlösung der Endlösung. Und bei aller Schweinerei feige Sau sein. Und sich hinter »Unmensch« verstecken, statt sich zum »Ich habe dann doch das rote gekauft. Ich heiß ja nicht Heinrich Himmler« zu traun.

**Gegen die Verlumptheit von** Sendern, die an der Verlumptheit des entmenschten Schokoriegelkapitals schmarotzen, kann ich, wie die Verhältnisse derzeit sind, nichts machen. Werde ich aber als Sängerin oder Sänger oder Rock- und Roll-Redakteur zum Treff mit singenden Nazis geladen und faxe ich nicht sogleich retur »Hörma Sender, haßßun Aasch offen, mich die Studioluft mit Nazis atmen zu lassen« und geh also hin, dann doch nicht im Wahn, mit denen gäbs was zu besprechen. Also, ich laß mich da doch nicht auf Sängerwettstreiterein ein und komm der SA-SS-Band »Störkraft« nicht mit dem besser besaiteten Neger Jimi Hendrix oder dem textlich ergiebigern Juden Robert Zimmermann und dem Mischlingscharme Harry Belafontes oder dem Kommunisten F. J. Degenhardt. Gradso könnte ich ja einen Nazibergsteiger mit meinem demokratisch höhern Schwierigkeitsgrad nerven. Nein, ich bin doch nicht blöd. Sondern weiß: Der Nazi, egal ob er blondes Brot bäckt oder ein blauäugiges Mäderl aus dem Wasser fischt oder (wie Heydrich) Schubert spielt oder (wie SA/SS-»Störkraft«) die Gitarre schlägt, der Nazi ist immer nichts anderes als wie Judaundrotfrontverrecke und Deutschlandüberalles, also satt bekannter Vorsatz, und so will ich mit ihm nicht disputieren über dit und dat, sondern lediglich wissen, wen und wieviel davon er demnächst totzuschlagen gedenkt.

So eine Frage ist doch nun wirklich keine rhetorische Kunst. Und hab ich Antwort, steh ich auf und verlass das Studio des verlumpten an der Verlumptheit des entmenschten Schokoriegelkapitals schmarotzenden Senders. So einfach isses, boys und girls.

O Haupt voll Blut und Wunden

O Diepgen Möllemann

Ihr wart gehetzt von Hunden

Sie haben euch geschunden

Ihr wart elendig dran

***

Dich haben sie getreten

Dich nannten sie ein Schwein

Die Contenance ging flöten

Und es war euch nach Beten

HERR nimm von uns die Pein

***

Was soll das Ausland denken
Wenn sie uns tun den Tort
Wenn sie verbal uns kränken
Und uns das Knie verrenken
Schlägt das auf den Export

***

Laß länger nicht die Dummen
Uns sein in Schmach und Leid
Gib uns die Gummiwummen
Wir lassens dann schon summen
Daß es das Ausland freut

Konkret 12/92, S. 46

**Lars Clausen**

# Buch des Monats: Mit durchdringender Stimme

**Jan Philipp Reemtsma: u.a. Falun. Reden & Aufsätze. Edition Tiamat, Berlin 1992, 440 Seiten, 49 Mark**

1

Es ist noch nicht einmal der sterbensschlimme Schmerz. Niederkunft tut auch so weh. Oder auch werweiß die Todesangst, Andermenschen seine Seele auszuliefern – und was wird sie damit machen? Aber: daß er Leuten *angetan* wird und sie somit lebenslang verunstaltet, bleibt der Alp. Jan Philipp Reemtsmas Buch über diese Grausamkeit heißt »u. a. Falun«.

Der Titel zeigt sogleich, wie weit das Elend geht, wie stark die Hoffnung sich zu dehnen hätte: u – á / a – ù, ein Heulen als Signal. Das Wort dann erinnert uns: Tief im Bergwerk von *Falun* lag im eingestürzten Streb, aufbewahrt in Vitriol, der entrissene Verlobte, bis nach all den Revolutionen und Kriegen ihn die Braut, eisgrau geworden, nochmal als ganzjungen wiedersah, wie es E. Th. A. Hoffmann, wie es anders dann Johann Peter Hebel niederschrieb.

Läse man nur richtig. Denn der Terror reicht ebenbürtig vom Verkennen der Dichter bis zum Vernichten der Massen. Wer das nicht verstehen will, meide dieses Buch: »Da flog in die Halle hinein, mit ängstlichem Geschrei und geschlossenen Augen, ein todtbleicher Knabe. Der stellte sich hinter den geschmückten Sessel des großmächtigen Ritter Biörn, umklammerte den glänzenden Helden mit beiden Händen und schrie mit durchdringender Stimme: ›Ritter und Vater! Vater und Ritter! Der Tod und noch Einer sind abermal entsetzlich hinter mir drein!‹«

2

Dieses Zitat des Friedrich de la Motte Fouqué (in »Sintram und seine Gefährten«) erscheint im beendenden Beitrag der zwanzig »Reden & Aufsätze«, die mit einem langen Wielandmotto anheben, wie man so falsch lese. Sie führen uns, mit Publikationen vom Jahr 1982 bis vom ‘92er Schreibtisch, aus der Literatur in die Mördergrube und von deren Vergessen zurück zu jener, auf den Wegen, die der Autor sich langher gebahnt hat. Denn nicht geht es andersherum, etwa vom KZ über die Belletristik (kann man dann ja wohl überschlagen) in die lateinamerikanischen Folterkeller: Der Bogen der Themen darf ebennicht die Jammerpostille suggerieren. Sondern, wer liest, prüfe sich an den Analysen höchst anspruchsvoller einschlagender Dichtung. So wird der Terror beurteilt und bekämpft; genauer gehts nicht.

Keiner fürchte Dauertuten. Hinweis oder Gespräch, Rede, Montage, Essai wechseln einander ab. Kein Schüttgut aber auch, so »alle meine Texte«. Die drei Erstdrucke sind auf Paß geschrieben. Ich bespreche Stück um Stück.

3

Dauernd verlegen sich die Grotten in unserem Sprachmassiv, die »Echos« (S. 11 ff.) der Dichtertonfälle laufen in sie hinein, wer jetzt nicht Antigene oder Gene im Wortkreislauf unterscheiden mag, hat sich schon isoliert: »Literarische Belesenheit könnte einen politischen Aufmarsch stören? Nein, das gibt es nicht« (S. 13). Und Vorsicht! Wenn schon Goethe ausgerechnet seinen Mephisto unerkannt Wieland zitieren läßt und diesen damit tilgen wollte (vgl. »... und grün des Lebens ...«, S. 16 ff.), hat man sich schnell verhört. Da nun sei freilich der Wielandfreund und -editor Reemtsma vor! Und schon langt er bei einem seiner großen Lebensunternehmen an, Arno Schmidt aufzutun, und mit dem sparsamen Grienen der Anerkennung kann unsereins die Gratwanderung seiner Arno-Schmidt-Preis-Rede auf Peter Rühmkorf »Das träffende Wort« (s. 27 ff.) verfolgen: »Literarische Werke (...) sind Verständigungsversuche«, die gelingen oder mißlingen (treffen/äffen), und warum dies so eintritt, erbringt eine Analyse, die sich zwischen den Abgründen einer nominalistischen Theorie der Wörter (sie sind beliebig besetzbar) und einer realistischen (sie gehören den »Sachen« auffindbar zu) oben zu halten hat; Reemtsma macht dies am lebenslangen Hochseilartisten Rühmkorf erkennen. Ich will es aber nicht in ein Résumé hexen, wo des Autors Kunst auch darin besteht zu sagen: Hörst Du, worüber ich nicht spreche? (Denn spätestens hier wird deutlich, daß der Verfasser – Literaturwissenschaftler ungewohnten Typs – seinem Schreiben selber Qualitäten abverlangt, die den behandelten Texten antworten, ohne ihnen pur deshalb das Wort abzuschneiden, weil er »über« sie spricht. Das wäre keine Kunst. Es ist zu erwidern.) Für hartnäckige Epistemologen: Reemtsma hält sich vom o.a. Dilemma, meines Urteils ganz korrekt, mit ontogenetischen Hinweisen frei. Diese führen weiter, als bloß zu sagen: Beobachten wir den Worterwerb der Kinder. Denn die wissen noch, wie man sich wehrt: Warum heißt der Löwe »Löwe«? Weil er durch die Wüste löwt. Also kein Wundern mehr, daß Reemtsma eine Studie des Kalauers vorlegte, als er sich aufs dünne Eis eines Lyotard-Jamboree begab (vgl. KONKRET 4/90, hier S. 37 ff.), aber sie werden schon nichts gemerkt haben, tat er doch ernsthaft philologisch dar, daß Heidegger nur ein halbierter Kalauerer war: Er hat sich die kinderhafte Destruktivität des Genres nicht bewahrt, sondern lieber – ich sag mal so – Haie gedeckt.

Kindersprache und Kalauer (Rezensent hat sich ja auch schon genötigt gesehen), und wo bleibt bitte der Kampf von Lohnarbeit und Kapital? Prüfen wirs im Themenkreis der Literatur, Reemtsma legt einen exquisiten Fall vor, des Autors Arno Schmidt Versuche, der verlagsinternen Zensur seines Jahrhundertromans »Das steinerne Herz« entgegenzuwirken (S. 49 ff.). Er attackiert den Jammer der Autorenrechte überhaupt (S. 69 ff.). Wundern darf dies nur, wer Autoren nicht generell als rechtsförmig gefoppte ausgelagerte Arbeitskräfte sieht, deren Popularität ein Verlag (ich füge als ehem. Betriebswirt hinzu: wie alle Unternehmen bei etwaigen Spitzeningenieuren, -designern oder -sportlern) so klein wie mit dem Geschäftsziel irgend vereinbar zu halten sucht, weil jedes Mehr Personalkosten und Mitbestimmung bedeutet.

Auch politische Klassen lieben es ja nicht, wenn ihre Generale zu populär werden – da wäre auch schon das nächste (gewinnreich nachzulesende) Thema: Christoph Martin Wieland als politischer Schriftsteller gegenüber den Umwälzungen Frankreichs (S. 83 ff.). Ist »u. a. Falun« nicht auch politische Schriftstellerei? Und damit sind wir vorn am Rand der »Mördergrube«, Reemtsma bespricht den Roman Werner Steinbergs (S. 192 ff.), von vielen Seiten ließe sich da vieles sagen, man muß das gar nicht immer, muß nur einmal mitbeobachten, wie Mitläufer noch mikrohistorisch die nächste Generation verstümmeln – jetzt wendet er sich Themen zu, die ich oft nur nenne.

4

Zunächst, weil eine KONKRET-Leserschaft ohnehin nachliest, und manche versiegelten Falten ihrer Urteile werden sich öffnen – zur Hafenstraße (»Das Maul der Stadt«, S. 115 ff.) und zu deren Milieurochus auf Israel (S. 147 ff.); wie man Karlheinz Deschners Kirchenkampf begleiten kann (S. 155 ff.); zum Machiavellismus der Konquistadoren in der Neuen Welt (S. 167 ff.). Mehrdoch –

»Ein neues Jahrhundert der Folter« (S. 189 ff.) führt hinab in die heulenden Schächte. Jeder Lesende muß alleine hinein, darf nicht ertauben. Nunca mas – das ist unabdingbar. Nicht aber genug: Reemtsma analysiert darin »die Herrschaft« (will sich nicht mit »der Macht« begnügen, schiebt Thomas Hobbes, Ferdinand Tönnies, Max Weber beiseite):

»Der Terror ging weit über (dargestellte innerargentinische) Ziele hinaus. Wohin? (...) Im gewissen Sinne war er Selbstzweck. Er war Ausübung der Herrschaft um ihrer selbst willen, bis an ihre äußersten Grenzen, und konnte sich deshalb von seinen Zielen – die es selbstverständlich gab, das ›Wer?-Wen?‹ sei durchaus nicht suspendiert – gleichsam abheben.

Die Folter selbst bildet diesen Tatbestand ab: (...) Allein das Herrschen selbst – und damit alle Ziele, die in Herrschaftsverhältnissen verfolgt werden, vom Mehrwert bis zum sexuellen Mißbrauch – braucht die Folter als Horizont von Möglichkeit. Es ist sehr einfach zu erklären: Wer herrscht, muß sicher sein, daß ihm gehorcht wird, daß nicht etwa freiwillig ein Bund mit ihm geschlossen sei. (...)

Das macht Folter zu einer Möglichkeit jeder Art von Herrschaft, das heißt zu einer überall und jederzeit drohenden Realität, und bekanntlich ist auch die Vorstellung, Gehorsam sei einer herrschenden Klasse, Schicht oder Gruppe gegenüber ein Mittel, die staatsterroristische Drohung abzuwehren, irrig. Gehorsam ist ja nicht die Beruhigung von Herrschaft, (...) oft im Gegenteil kann der Akt des Gehorsams, wahrgenommen als Akt höchster Freiwilligkeit, größte Provokation bedeuten. Und so zeugt sich Folter weiter fort: Jede erpreßte Handlung hinterläßt den Verdacht, daß bei nachlassendem Druck eine andere zu erwarten wäre. (...)

(Es) ließe sich vielleicht zeigen, das die Gesten der Herrschaft auch ihre eigene Geschichte zitieren, daß sie so oft ohne die Folter auskommen, weil die Drohung verstanden wird. Damit diese aber immer verständlich bleibe, ist es notwendig, daß anderswo mit dem Zitat sich nicht begnügt wird.

Woran liegt es, daß der Zusammenhang von dem, was jene Exzesse zeigen, und dem, was uns normal erscheint, immer wieder verlorengeht, und allenfalls in der abstrakten Analyse als Parallele etwa der im einen wie im anderen Zustand gleichermaßen verfolgten wirtschaftlichen Interessen aufscheint, aber dennoch den – ja doch wohl auch entscheidenden – Aspekt der unterschiedlichen Form der Herrschaft nicht erklären kann?«

Unmittelbar die Antwort: »Auf extremsten Terror folgen Zustände sozialer Amnesie – bei den Tätern, die ein Interesse daran haben und diese mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln herbeizuführen suchen. Aber auch bei den Opfern – (...) Denn es kann ein Entsetzen so groß sein, daß man mit ihm nicht leben kann.« (S. 199-202)

Das ist ihm das Verruchteste, und noch nicht genug. Es folgen »Zur politischen Semantik des Begriffs ›Folter‹« (S. 205 ff.) und »Versuche, die menschliche Grausamkeit psychoanalytisch zu verstehen« (S. 237 ff.). Es folgt »Terroratio«, »Überlegungen zum Zusammenhang von Terror, Rationalität und Vernichtungspolitik« (S. 265 ff.): Die Logik des Terrors verlangt, daß jede Ursache-Wirkungs-Logik in allen Bedrohten zerbrochen wird. Selbst das Überleben soll zerstören, denn es ist grundlos. Annihilatorische Tätigkeit. Wo sie einsetzt, mit dem ersten Schlag, da muß alles folgen: Die Ratio des Terrors macht die Geschichte. Hier stehen wir.

»1. Rassistisches Argumentieren ist die Folge einer Verfolgungspraxis«, nicht die Ursache;

»2. rassistische Argumentationen sind vom Ursprung her (...) zunächst Versuche der Verfolgenden und Diskriminierenden, sich ihre eigene Praxis zu erklären«; die Menschen denken, weil sie handeln;

»3. das Phänomen ›Rassismus‹ ist eine Erfindung rassistisch Argumentierender, die durchaus unterschiedliche historische ›Verfolgungsgeschichten‹ zu einem Phänomen zusammenzwingen.«

Hier stehen wir. »Die Falle des Antirassismus« (S. 303 ff.), die mit diesen Thesen anhebt, fängt die, welche rassistische Argumente durch antirassistische entkräftet glauben: »Eine fortdauernde gesellschaftliche Praxis der Diskriminierung und Verfolgung ist sich selbst das beste Argument«, und »das einzige Gegenargument ist, diese Praxis unmöglich zu machen« (S. 319). Wer gegen Rassismus demonstriert, könnte sich als Hanswurst der europäischen Massenmordtradition wiederfinden. Das einzige Mittel ist eine Umgebung, in der es riskant ist, zu unterwerfen, zu morden. So schwer ist das.

Dem folgt allerdings ein Satyrspiel, wie ehedem nach Tragödien üblich. Hörner, Schweif und Hufe stimmen. Die Rede des Autors »Deutschland in seinen eigenen Worten« (S. 324 ff.) über seinen Briefwechsel mit Firmen, die oder deren Rechtsvorgängerinnen KZ-Häftlinge als Zwangsarbeiter beschäftigt hatten, mit je der Bitte um eine Beteiligung am Ausbau der Gedenkstätte Neuengamme. Es sind deutsche Unternehmen. Fazit: Selbst darin, selbst heute gibt es hierzulande keinerlei moralischen Grundkonsens. Ich folgere: dann in nichts. Das ist für Kollektive gar nicht gut. Dann war Deutschland insoweit wohlvorbereitet zur Wiedervereinigung.

5

Das Buch Falun macht trauriger noch als gedacht. Das nimmt der Autor auf, er hat drei Texte dafür aufbewahrt. Der erste ist der weiseste (jawohl: weiseste) und gehört hier hin, über das Trauern: »Geh nicht hinein!«, Seite 353 bis 396, immer weiter überraschend, dringt er vorwärts, 17 Schritte macht er, so besonnen, daß der Text als neunten Abschnitt, genau in seiner Mitte also, ohne zu leiden oder die Lizenz zu mißbrauchen, die schon genannte Geschichte des Johann Peter Hebel vollständig wiedergeben darf: »Unverhofftes Wiedersehen«.

Jetzt erst kann Jan Philipp Reemtsma auch die Freundestat wagen – ein insgemein fröhliches Stück, ohne auch nur an einem seiner Themen zum Verräter zu werden: Wielands Verserzählung »Kombabus« auf den Schild zu heben (S. 397 ff.). Denn indem er dieses vortreffliche Werk mit all seinen Kunstgriffen vorstellt, werden wir so guter Dinge, daß es einen die ganze literatursoziologische und -psychologische Abhandlung hindurch festhält, wie so etwas gerade um 1770 möglich war, inmitten der europäischen Massenmordtradition.

Nachts dann Sintrams Notschrei, den Sie schon hörten. Was nur ist an dieser 1814er Tableau-Folge (kaum doch einer »Geschichte«) derart unheimlich? Reemtsma (S. 423 ff.), zögernd: Wohl hatten nach dem Dreißigjährigen Krieg die entmachtete Kirche und die sie imitierenden anderen Institutionen in der Grausamkeit nachlassen müssen, und endlich dann wurden Religion und Folter kritisierbar. Aber glaubte die Aufklärung nicht allzu kurzab und tagesvernünftig an einen glatten posthistorischen Neubeginn? Blieb folgerichtig der Romantik nicht das Zeugnis von dem Alp in der Nacht? Stimme noch einmal gesenkt: Zeigt nicht unser Postfaschismus, fern selbst jener kollektiven Mühen, nur mehr imitatorische Farcen? Tagsüber Kritikgesten; spätabends dann »Psycho«. (Warum fiel mir dazu der Kurzdialog der »Sieben Schaben« ein, Studentenkabarett von 1958, im Atombewaffnungsjahr: »Hitchcock!« – »Gesundheit!«) Das Buch ist schon zuende.

Analytisch kraftvoll; kompositorisch ausgezeichnet; sprachlich in Rufnähe der Meister.

*Lars Clausen arbeitet als Professor der Soziologie und Leiter der Katastrophenforschungsstelle an der Universität Kiel*

Konkret 12/92, S. 48

**Monika M. Scheerer, Thomas M. Scheerer**

# Vorlesen

**Bemerkungen zum Erfolg öffentlicher Lesungen und zur Kunst, die dafür vonnöten**

Nun gut: Nicht zu allem, was es gibt, muß auch gleich eine Theorie her. Wenn man jedoch zu der einen Praxis unendlich viel Theoretisches findet, zu einer ihr verwandten und komplementären aber fast nichts, dann könnte Nachholbedarf bestehen. Um weniger änigmatisch zu sprechen: Das Lesen ist Gegenstand Hunderter von Untersuchungen, Handbüchern und Lehrwerken aus pädagogischer, psychologischer, soziologischer, therapeutischer, historischer, ästhetischer und wer weiß welcher Perspektive. Das Vorlesen wird darin immer mal en passant erwähnt, aber es bleibt merkwürdig marginal, als sei es ein Epiphänomen, das zwar auch irgendwie existiert, aber den genaueren Blick nicht wert ist. Allenfalls eine Sozialgeschichte des Vorlesens wäre leicht zu schreiben: Wir wissen vom Vorlesen in mittelalterlichen Klöstern und Schulen; wissen zum Beispiel, daß Angehörige der politischen Eliten noch bis weit über die Renaissance hinaus weniger selber lasen, als sich vorlesen ließen; bekannt ist auch die Rolle des mündlichen Literaturvortrags in den Salons und Lesevereinen des 18. und 19. Jahrhunderts, in den Versammlungen der Arbeiterbewegung, in den kubanischen Zigarrenfabriken vor- und nachrevolutionärer Zeit und so weiter. Aber je näher wir der Gegenwart kommen, desto spärlicher die Auskünfte. Das Vorlesen also eine gesunkene kulturelle Praxis, ein altmodisches Relikt?

Diesen Anschein dementiert die alltägliche Praxis. Es gibt unter den vorgeblich einsamen, stummen Literaturlesern wohl keinen, der nicht gelegentlich mitmurmelt oder aufschaut, und: »Du, hier hab' ich was Tolles gelesen, hör' mal zu...« Kindern wird, allen kulturkritischen Unkenrufen zum Trotz, vielleicht nicht reichlich, aber doch vorgelesen. Und morgenmuffelnde Zeitungsleser überwinden ihren karikaturesken Status wohl von Zeit zu Zeit, indem sie ihrem Gegenüber eine Meldung oder gar einen ganzen Artikel zu Gehör geben. Aus dem Privaten ins Öffentliche: Literaten tingeln unablässig durch die Lande und lesen eigene Werke; Schauspieler und Liebhaber bringen Texte anderer vor. Es muß ja nicht immer gleich im Hamburger Literaturhaus sein. Keine Kleinstadt zu abgelegen, kein Kulturzentrum zu spärlich, keine Buchhandlung zu eng, um nicht dann und wann eine »Lesung« aufzunehmen.

Wenn man es genau bedenkt, zeigt die Faszination des Vorlesens und Vorgelesen-Bekommens, wie gehemmt und dumpf das lautlose Lesen sein kann. Dabei wird viel getan, um uns diese Technik einzuüben. Man lehrt uns mit allerlei Tricks und Methoden eine stumme, einsame Präzision. Wer je didaktische Fachbücher zum Lesenlernen durchsieht, wird einen barmenswerten Gruselkasten an Modellen, Verfahren, Diagnosen und Statistiken finden. Auf wenig wird so viel bildungsszientifischer Eifer verwendet wie auf die Herstellung von Lesefähigkeit unserer Kleinen. Die Bemühungen gehen fast alle über das Sehen (Bilder von Haus, Maus und Baum, Opa, Otto und Ofen, um Schreibung und Lesung von »au« und »o«, zum Beispiel nur, ans Kind zu bringen). Man werfe diese Pädagogik über den Haufen: Lest den Kindern vor, und sie werden die darin steckende Lust, die Macht und das Vergnügen so sehr selber haben wollen, daß sie die paar Buchstabenidentifikationen schon schaffen. Vielleicht brauchen sie länger, denn der Genuß des Vorgelesen-Bekommens soll nicht so bald enden. Aber sie lesen am Ende besser, weil aktiver und im Wissen um Faszinationen. Wetten?

Ganz am Rande sagen die Handbücher zwar schon mal in sozialtechnologischem Stile, »der handelnde Umgang der Eltern mit Büchern« sei günstig für die Leseentwicklung, aber wie verschämt hört sich das an. Und was ist der »handelnde Umgang«? Verkaufen die die Bücher? Wo ist die Theorie dieses »Umgangs«, wo sind da die Tricks, Methoden und Diagnosen? Auch Bettelheim, der sonst ach so verständnisvolle, hat nur einen lapidaren Satz. Der allerdings trifft die Sache, und nähme man ihn ernst, hätte man in Familien und Schulen eine Kultur des Vorlesens: »Ein Kind, das gern vorgelesen bekommt, lernt Bücher lieben.« Gegenwärtig aber, und das heißt: spätestens seit der allgemeinen Schulpflicht, wird viel Energie darauf verwandt, das laute Lesen zu unterdrücken, um dem leisen zur Perfektion zu verhelfen. Lesewettbewerbe und Deklamation auswendig gelernter Gedichte sind keine Gegenargumente, weil schwache Ersatzvornahmen. Insgesamt gilt: Laut Lesen und Vorlesen werden zu Relikten, werden zur »part maudite«, die verdrängt werden muß, um der anderen zum Erfolg zu verhelfen.

Oft kann man, was geschieht, am besten an den Bruchstellen und Übergängen beobachten. Wo ist die Geschichte der Verdrängung des lauten Lesens durch die stille Lektüre? Der Trennung der Sinne voneinander? Suchen müßte man nach mehr Beobachtungen wie den beiden folgenden: »Ein Eingeborener, der einzige ›alphabetisierte‹ Angehörige seines Stammes, berichtete, wie er als Leser für die anderen fungierte, wenn diese Briefe bekamen. Er sagte, er habe einen Drang verspürt, sich die Finger in die Ohren zu stecken, um nicht das Briefgeheimnis zu verletzen« (McLuhan). Das Kuriose an der Geschichte ist das Aufschlußreiche: Lesen muß, für uns, still und ganz und gar still sein, sonst ist es kein »richtiges« Lesen, bleibt Vorform, Vorläufigkeit und peinliche Entäußerung. Der Knabe Heinrich Heine stiehlt sich mit dem *Don Quijote* aus dem Haus; er erinnert sich an sein Lesen wie an eine Ungeschicklichkeit, denn er konnte es noch nicht besser als so: »Da ich, noch ungeübt im Lesen, jedes Wort laut aussprach, so konnten Vögel und Bäume, Bach und Blume Alles

mit anhören, und da solche unschuldige Naturwesen, ebenso wie die Kinder, von der Weltironie nichts wissen, so hielten sie gleichfalls Alles für baaren Ernst und weinten mit mir über die Leiden des armen Ritters.«

Da haben wir es: Nur unschuldige Naturwesen lesen laut, bewußte Kulturwesen lesen stumm. Zugleich haben wir die Macht des Vorlesens: Gemeinschaft wird hergestellt, Affekte werden geweckt. Didaktiker nennen, was der Junge tat, das »wilde Lesen«, allen Ernstes, denn zivilisiertes Lesen soll stumm sein. Seit etwa zwanzig Jahren aber lautet die Diagnose auf »Post-Kultur«: Die aggressiven, extrovertierten Medien lösen den regressiven, introvertierten Leser ab (George Steiner). Nun denn – der Vorleser kann mit den Medien mithalten. Vielleicht ist der um sich greifende Erfolg öffentlicher Lesungen dieses: das Mitziehen von Literaturliebhabern mit der audio-visuellen Intensität von Film, Fernsehen und Videoclip. ›Auch wir können das Unsere gleichzeitig zu Gehör und zu Gesicht bringen.‹

Man muß es allerdings können. Glücksfälle gibt es. Über Autoren, die eigene Werke lesen, wird man geteilter Meinung sein. Wenige haben gleichzeitig die richtige Stimme und die notwendige Distanz. Von Tieck oder Rilke weiß man, daß sie es konnten, obwohl es nicht mehr zu beweisen ist. Tonaufnahmen deutscher Dichter gibt es in großer Menge, und ein leichtes wäre es, die guten Vorleser von jenen zu trennen, die es besser anderen überließen. Unter den guten: Karl Kraus, unerreicht; Thomas Mann, auf seine Art; Arno Schmidt, in so enger Übereinstimmung mit dem eigenen Werk, daß spätere Vorleser es immer schwer haben werden, dem phonographisch überlieferten Maßstab gerecht zu werden. Namen Lebender zu nennen, unterbleibe hier: Wer einen nennt, macht sich andere zu Feinden, denn diese Text-Erotiker sind oft Monomanen.

Wenn nun jedoch Leute hergehen und Literatur vorlesen, die sie nicht geschrieben haben, wird es überaus prekär. Manche glauben, daß man das einfach so machen kann. So geschehen in diesem Sommer: Es wurde *Minna von Barnhelm* gegeben, und weil das so gut ankam, nahmen zwei Schauspieler Lessings Briefe her – den Lessing, dachten sie, haben wir drauf. Und dann mußten sie mitten in den Sätzen Luft holen, konnten altertümliche Vokabeln nicht richtig betonen, lasen aus deplazierter Ehrfurcht den fröhlichen Briefanfang »Mein lieber Freund, mit großer Freude...« in Grabesstimme. Als dann noch ein Gott*fried* Ephraim Lessing unterzeichnet haben sollte, sind wir gegangen, hätten aber am liebsten die Bücher geklaut, um das schaurige Spiel zu beenden. Ein prominenteres Unternehmen war nicht minder entsetzlich: die *Nachtgedanken* zum Sendeschluß im deutschen Fernsehen. Jeder beliebige Fetzen Weltliteratur in derselben Märchenonkelattitüde. Und dann das implizite Literatur-ist-gerade-gut-vor-dem-Einschlafen. Tiefsinn für den Tiefschlaf. Na ja, dieses Wort zum Bette ist Vergangenheit, und wir brauchen uns nicht mehr aufzuregen.

Dank sei daher den Könnern und den Mutigen. Hat man sich vorstellen können, daß die drei Spalten von *Zettels Traum* überhaupt vorlesbar sind? Daß drei simultane Stimmen den Text nicht ins Chaos werfen, sondern symphonisches Schwingen erzeugen, mit Höhen und Tiefen, Weiten und präzisen Details? Daß ein gelungenes »Muh« vom linken Textrand her ausreicht, um die ganze ländliche Szenerie zu evozieren? Drei wagten und konnten es; das Publikum kennt seitdem den angeblich gott-so-schwierig-zu-lesenden Autor in einer neuen, eigentlichen, sinnlichen Qualität. Oder war es denkbar, einen überaus dicken, zugleich dem Fabulieren und der visuellen Spielerei ergebenen Roman wie *Tristram Shandy* in beinahe ganzer Länge vorzulesen, eine Nacht hindurch? Dächten Sie, daß man Karl May aus den Tiefen der Trivialität hinausheben kann, wenn man nur die richtigen Passagen laut vorliest, es also zum Beispiel schafft, den dialogischen Wechsel von drei Dialekten und eines angelsächsischen Akzents vom Blatt in die Luft zu bringen? Die Beispiele ließen sich vermehren, denn selbst das waghalsigste Vorlese-Unternehmen gelingt, wenn... Ja, was wenn? Haben Sie schon einmal versucht, zu analysieren, was die Bedingungen der Möglichkeit von Erotik sind?

Vorlesen bedeutet (zurück)gewonnene Unmittelbarkeit und Sinnlichkeit. Wer erarbeitet eine Phänomenologie der Stufen und Formen? Es gibt ja bedenkenswerte Varianten. Immer wieder kommen beim Nachdenken übers Vorlesen Kindheitsbilder herauf. Denn die damalige Kuscheligkeit ist in reiner Form nicht wieder zu haben; das kollektive Gedächtnis bewahrt sie im Bilde der vorlesenden Großmutter: real selten, hartnäckig als Mythos. Real gegenwärtig, zumindest als Möglichkeit und Angebot, ist eher das aufgezeichnete Vorgelesene. Die meisten großen (und viele kleine) Werke der Literatur sind, von den Autoren oder von Schauspielern gelesen, als MC oder CD zu haben. So kann, wer mag, sich während unumgänglicher und nervender Tätigkeiten vorlesen lassen: beim Bügeln oder Abwaschen, Bus- oder Zugfahren, beim Renovieren der Wohnung oder im überfüllten Wartezimmer. Schöne Vorstellungen: Bruno Ganz liest Camus, und die Hausfrau verzichtet um beider willen auf die Radieschenpreise im morgendlichen Hörfunk. Oder den Raum des Heimwerkers füllen die Stürenburg-Geschichten statt des Musikbreis mit Werbeeinlagen. Die ökonomisch beflügelte List der Medienvernunft hat die Literatur zum Mithören geschaffen. Wer klagt, es werde zu wenig Literatur gelesen, der darf die am Walkman hängenden Hörer nicht vergessen. Dieses Vorlesen paßt hervorragend in Alltagssituationen: Es schirmt ab, ist vielfältig zu manipulieren (an- und abschalt-, rück- und vorspulbar), und es kompensiert das Gefühl, die Zeit vergehe bei sinn- und zwecklosem Tun. Aber die mediale Vermittlung und die Möglichkeit des beliebigen Abschaltens machen es denn doch zum Surrogat.

Die Hohe Schule nämlich ist das Vorlesen in situ. Da versammelt sich meist ein Grüppchen (immer häufiger ein großes) im Halbdunkel des Leseraums und holt sich den Kick des gleichzeitigen Hörens, Sehens und Denkens – eine Grüppchenerfahrung für Eingeweihte und Verschworene. Vorleser und Zuhörer sind aufeinander angewiesen wie Mime und Publikum, denn weder ein Zuklappen des Buches, noch ein Drücken der Stop-Taste, noch eine Wiederholung sollen und werden möglich sein. Was die Hörer wirklich wollen, wer kann es wissen? Einen Lieblingstext mal wieder, mal anders hören; ein nie gelesenes Werk auf diese Weise angehen; Literatur in Gesellschaft erleben, denn es spricht sich danach leichter drüber; den Vorleser genießen, weil man weiß, daß er's kann, und sicher ähnliches mehr.

Und was treibt die Vorleser? Das geldliche Interesse der tingelnden Autoren mal beiseitegelassen, muß es einen intellektuellen und sinnlichen Mehrwert dieses Tuns geben. Der möglicherweise jahrelang stumme Leser kann aus sich herausgehen, kann von Kenntnis und Verständnis des Textes auf eine Weise Laut geben, die ebenso gefährlich wie unwiederbringlich ist. Seine Interpretation ist eine quasi-theatralische: Man fordere ihm also Texttreue und umfangreiches Stimmregister ab; und man genieße es, wenn er Mimik und Gestik kooptieren kann – wenn er Mr. Shandys Umständlichkeit mit einem Griff in die Rocktasche unterstreicht, oder wenn er Onkel Tobys denkwürdiges Problem mit dem *richtigen Ende einer Frau* durch einen Blick zur jetzt imaginären, aber im Buch benannten Spalte in der Wand auf den tragikomischen Punkt bringt. Es gibt Vorleser, die können Absatzpausen zu spannenden Minidramen machen; andere zeigen, daß nicht nur Fragezeichen, sondern sogar Gedankenstriche klingen können. Nicht allen gelingt es, aber wer nur einmal erfolgreich vorgelesen hat, kann es nicht mehr lassen. »Ich habe vorgelesen«, lachte einer dieser Süchtigen, »ich bin ein Wiederholungstäter.« Und wer einmal gerne beim Vorlesen war, geht immer wieder hin. Die Sucht wächst dann auf beiden Seiten: Das Publikum will immer besseres Vorlesen, der Vorleser braucht wieder und wieder das richtige Echo. Ein Lachen an eben genau der treffenden Stelle, ein gerade hörbares Mitatmen oder ein Blick aus dem Halbdunkel, der den Blick in das Halbdunkel trifft. Nein, definitiv, es bedarf keiner Theorie des Vorlesens. Aber gleichwohl wäre zu wünschen, daß die Leute immer mehr vorlesen und zuhören lernten.

*Thomas M. Scheerer schrieb in KONKRET 10/92 über Alfred Döblins »Amazonas-Trilogie«. Monika M. Scheerer ist Philologin in Augsburg*

Konkret 12/92, S. 50

**Frieder Kern**

# Unverdienter Dichter des Volkes

**»Die Gegenwart, das ist doch nicht einfach bloß jetzt.« – Über die wahren Geschichten des Schriftstellers Peter Kurzeck**

Wir sind im Café Schwarz am Gießener Hauptbahnhof verabredet. Der Schriftsteller Peter Kurzeck betritt den Raum und geht, wie am Schnürchen, zu einem Tisch am anderen Ende. Ich kritzle ein »Auf dich haben wir gewartet« auf die Serviette und beauftrage den Kellner.

»Früher«, sagt Peter Kurzeck, »früher saß ich immer da hinten«, und zeigt nach da, woher er gekommen ist, »und da draußen, an dem Imbißstand gegenüber, da hat der Jürgen gearbeitet, der im Buch ›Keiner stirbt‹ nicht vorkommt, aber dazugehört, und säßen der Willi Wolf am Tisch oder der Crohn, der August Ranft, der Horst Meier oder der Wolfram, sie alle könnten bestätigen, daß der Jürgen da gearbeitet hat.« Früher.

Früher? In Kurzecks erstem Roman, »Der Nußbaum gegenüber vom Laden, in dem du dein Brot kaufst«, heißt einer, ein ewig junger, ein ewig alter Säufer, Plaschko. »Ach, warum muß es denn immer Dialog sein? Laß mich hier mit meinem immerwährenden Schnaps sitzen, mein Zauberglas, das nie leer wird.« Es wird gesoffen in dem Roman, viel, zu viel für einen wie Siegfried Unseld, der kein »Alkohol-Buch« im Suhrkamp-Verlag will, und so erscheint das Buch 1979 bei Stroemfeld/Roter Stern. Neben Hölderlin, das weiß einer wie Peter Kurzeck zu schätzen. Und die Eckkneipe, in der die Erzählung beginnt, steht zweifellos in Deutschland, in einer mittelgroßen Stadt wie Gießen, einer großen Kleinstadt, und so fesselnd wie diese Eckkneipe, das bemerkt Wolfgang Pohrt, sind »bislang nur Bars und Absteigen in den Vororten von Los Angeles beschrieben worden«.

Wer aber ist dieser Herr Plaschko von nebenan? »Anscheinend hatte er sich in aller Frühe grandios-unwiderstehlich betrunken und kam dann mit einem großen Farbkübel – ›Vorsicht!‹ – atemlos vors Haus getorkelt (das verzog keine Miene) und stellte ihn ab (fast kopfüber ins grundlose All gestürzt: haltmichfest!), verschwand wie er kam (murmelnd), kehrt wieder mit einem altmodischen Polsterstuhl, hoch, steif, förmliche Lehne, ein sehr senkrechter Speisezimmerstuhl, den er da anschleppt, und stellt ihn auf und ›bitte!‹. Die einladende Handbewegung, mit der er sich einlud: ›nimm Platz‹. Nahm Platz, um (mit dem Rücken zur Straße; Welt dreht sich) in aller Ruhe besoffen den Zaun anzustreichen.«

Dies also ist Herr Plaschko, der Christoph A. Palaschkorona heißt, den alle Herr Plaschko nennen, der da sitzt, ganz ernsthaft, ganz bequem, der vorerst die Spitzen der Zaunlatten nur anstreicht, soweit sie in Reichweite sind. Da sitzt Plaschko, schwingt wild – Scheißzaun! Scheißbürgerrelikt! – den triefenden Pinsel und kennt sich selber kaum wieder: »Ich bin ein anderer«.

Der Plaschko ein anderer? Sein Leben ist trübselig wie das des Erzählers, der – seine Eltern sind geschieden, er wächst in armseligen Verhältnissen bei seiner Mutter auf, in Oberhessen, er hat (warum auch nicht!) die Schule abgebrochen, trampt durch die Gegend, gammelt dahin und schreibt und zeichnet und schreibt und schreibt – der also ebenso müde und ziellos, ohne Orientierung, ohne Perspektive vorzugsweise mit Cognac seine Zeit totschlägt; und weil er stetig schreibt, ist er da schon: ein Schriftsteller?

Oft wird Peter Kurzeck gefragt, seit wann er Schriftsteller sei, und ebenso oft antwortet er: »Eigentlich – eigentlich seit meinem siebten Lebensjahr.« Da war er sich sicher, daß aus ihm ein Schriftsteller wird, ja, daß er eigentlich schon Schriftsteller ist, nur noch ein wenig älter werden müsse. Und der Stoff? »Der sucht mich aus, die Details bedrängen mich so lange, bis ich schreiben muß, sonst bringt es mich um.«

»Frühnebel, Morgendunst und die Scheiben beschlagen. In Gießen an der Lahn, die Stadt liegt in einer Senke, das Gießener Becken. Der Wolfram und der Horst Meier, sie werden schon im voraus ein paar Gläser getrunken haben, so ein Tag also.«

Der Wolfram und der Horst Meier? Ja doch, Figuren aus »Keiner stirbt« (1990), traumnah, die sich treiben lassen auf ihren Highways, den Landstraßen, die Lang-Göns und Groß-Linden, die Gießen und Frankfurt verbinden, Gestalten, mit denen Peter Kurzeck die Landschaft seiner Jugend absucht, und eine davon trat leibhaftig aus dem Roman: »Guten Tag«, sagt der Mann im graublauen Anzug. »Ich bin der Wolfram aus dem Buch ›Keiner stirbt‹.« »Und die anderen? Wo haben Sie die anderen gelassen?« frage ich in den Buchmessentrubel, und erfahre, daß es die eine und den anderen noch gebe, er gehört habe, in all den Jahren, vom Crohn und von der Lilo, der Christine und vom Horst Meier. »Kann ich Sie mal besuchen kommen? Mit Peter Kurzeck vielleicht?«

Der Wolfram wohnt in einem Reihenhaus. Da ist ausreichend Platz für einen Sammler aus Leidenschaft. Der Held und sein Autor bewegen sich im Souterrain in den Kulissen des Romans und reichen sich die Stichworte. »Und diese Stühle da, die sind noch aus dem Geschäft.« »Da durften noch nicht einmal Kunden drauf sitzen, nur die Frau Bedarft selbst, die Besitzerin, und ihr früherer Mann, der schon tot war.« Auch die Ordner und das Telefon sind noch aus dieser Zeit, und »Off Limits«: abmontiert das Schild in einer der vielen Kneipen. Sie stoßen, hinter der Treppe, auf Merderein, den

Handelsvertreter aus dem »Schwarzen Buch« (1982), verschnürt die Notizbücher, das Manuskript, in einer Kiste. Der Symbolträger des Aufstiegs im Nachkrieg, der, den Kofferraum voller Muster, Proben, Kataloge und allzeit die bequeme Teilzahlung, die Kunde vom Wirtschaftswunder noch in den entlegensten Winkel chauffiert. »Er trägt Seidenhemden, hat reden gelernt und raucht achtzig Zigaretten pro Tag. Jeden Morgen Gastritis, Ohnmachten, Todesverachtung und Fernet Branca, zwei Silberbecher – kipp ab! Kreislauf, Vitamintabletten, Alka Seltzer, Augentonikum, Autosuggestion und ab zehn (manchmal kommt die Sonne durch) sind Schmerzen und Panik wie weggeblasen: die goldene Nadel der Direktion, eingetragenes Mitglied im Bundesverband junger Unternehmer, Kreditkarten, Scheckhefte, Telefon, Kellner und Sekretärinnen huldigen ihm. (...) Aufwärts gehts immer weiter, jede Zukunft wird eine bessere Zukunft. Wie fett die anderen schon sind, Zeitgenossen ... nein, alles ganz anders, hör zu: ich bin der nette Verrückte, der vor vielen Jahren am Baseler Platz schuldlos die letzte Bahn verpaßt hat, die Fuffzehn nach Niederrad, und seither nicht mehr heimfindet. Sie fuhr ja selbstredend viel zu früh ab und ich bin verloren – bin das immer noch ich?«

Bist du das, Merderein, du Maulheld? Seinen Hunger nach Leben kann sie nicht stillen, die »nächtliche Lügenstadt«, und sein Leben in Frankfurt ist ein Alptraum, in dem sie immer wieder auftauchen, sich auch vom Suff nicht verscheuchen lassen: Rachegeister, die maßlos alles messen an den Hoffnungen, Traumbildern, Obsessionen von früher. Früher? Merderein hat seine Kindheit in den böhmischen Wäldern verbracht und: »Seit seinem ersten Schultag hat die Zeit ihm nicht mehr gehört.«

In Wolframs Wohnzimmer stöbern wir den Horst Meier auf. In alten Zeitungsartikeln. »Sie stahlen Schrott und lebten ganz flott.« Derweilen sitzt der Horst Meier mit dem Nachnamen seiner Frau auf dem Land, irgendwo im Oberhessischen. »Kann sein, ich hab' den Horst Meier gesehen«, sagt der Wolfram und berichtet von einem Mann, den er, kürzlich erst, mit Hut und ungebeugt, in beiden Händen Plastiktüten, hinter der Ostanlage beim Gericht hat gehen sehen. Neben sich eine Frau mit bäurischer Statur. Gerade so, als habe sie ihn eben erst abgeholt vom Knast. »Eine wahre Geschichte: hier steht er und grinst, der Horst Meier. Mit seinem Gesicht, sagst du dir, er ist der ehrlichste Mensch, den du kennst. Er ist Dachdecker, er hat gern einen Hut auf.«

Die Christine und die Lilo lassen sich nicht finden, nicht an diesem Tag, doch der Wolfram hat uns angemeldet bei einem Herrn in der Sparkasse. »Der kennt die alle.« In der Schalterhalle der Bezirkssparkasse bangt Peter Kurzeck noch mal um den Crohn aus seinem Buch, der hier gestanden hat, damals, und beide sind wir froh, daß es gut gegangen ist, daß der Scheck gedeckt war. Der Herr, den der Wolfram aus der Kreditabteilung holt, hat sie alle gekannt, den Wolf, den Ranft, den Meier und den Crohn. Schon damals habe er in der Sparkasse gearbeitet und sei jeden Tag ins Henninger Quick zum Mittagstisch.

Im Henninger Quick waren sie oft, der Willi Wolf und der August Ranft, die von Kind auf sich kannten. Geschlagen haben sie sich in der engen Kneipe, einem Schlauch, oder, wenn sie noch einigermaßen bei Verstand und gut zu Fuß waren, draußen auf dem Seltersweg. Mit blanken Fäusten. Um nichts. Aber auf Leben und Tod.

Keiner stirbt! Von wegen. Viele sind umgekommen, sind im geklauten Auto gegen den Baum oder erschossen worden, einfach so, wie die Amis in Vietnam. Wie Willi Wolf, der sehr schön aussah, wie ein Zigeuner, ein richtiger; der Anzüge trug, die seine Mutter ihm kaufte, damit er keinen Bruch macht, der gearbeitet hat als Fliesenleger, gelegentlich und schwarz. Oben, an der Theke in der »Expresshalle«, da hätten sie gut und gerne sagen können: »Komm', wir trinken einen zusammen«, aber unten im Männerklo? Vielleicht hat er gesagt: »Laß mich mal vorbei« oder »Steh' mir nicht im Weg«, und der Willi Wolf in seinem Anzug stand gerade und beharrlich vor dem Spiegel, und der andere, einer wie er, hat, weil er eine Pistole bei sich hatte, auf ihn geschossen. »Vergangenheiten, was weiß denn ich? Doch wohl die seinerzeitige Gegenwart.«

Der Weg zur Bezirkssparkasse führt nicht durch die engen Gassen von damals, durch die Amischlitten fuhren, Chevrolet Impalas, weiß mit roten Lederpolstern, das Verdeck offen, rechts in die Rittergasse rein und über die Kaplangasse, reihenweise, und du konntest den weiten Himmel sehen über den Gassen und den zumeist spitzgiebeligen Häusern. Wie auf alten Bildern so schön waren die Fachwerkhäuser, und das von Mutter Wolf sah venezianisch aus. Venedig in der Löwengasse, die Fenster erleuchtet von oben bis unten. Nicht ein einziges Haus ist vom Teufelslustgärtchen stehengeblieben. Und die Leute, die Manischen, die Jenischen, Zicheuner, Rotwelsche, die seit alter Zeit sich da zusammengefunden hatten? »Zweimal umgesiedelt, in Etappen also, und am Ende dann wohl doch abgeschafft.«

»Nur die Wolkengasse, da vorne, die seh'mer gleich«, sagt Wolfram. »Ich zeig' euch die Stelle, wo das Buch anfängt, wo der Horst Meier steht: ›Wo kommst du denn her? Samstagmittag, eine halbe Stunde vor Ladenschluß, es ist ein sonniger alter Spätsommersamstag vor zwanzig, gut zwanzig, vor bald dreißig Jahren...‹«, und spaziert, der Peter Kurzeck, so herum in seinem eigenen Buch, das er geschrieben hat zu einer anderen Zeit, im Jahr 1989, an einem anderen Ort, in Edenkoben: in der Rheinpfalz heraufbeschworen die Namen von gestern aus Gießener Zeiten, und da stehen sie, Greise als Zeugen der Geschichte, und Kinder als unmündige Botschafter der Utopie treten hervor aus dem Sog der Erinnerung und verlieren sich in ihm.

Auf immer und ewig fünf Jahre alt seien sie gewesen, bevor die Wände sich um sie geschlossen und jedes Ding fortfahre mit seinem gierigen heißen Geflüster. Dazwischen »Kein Frühling« (1987), schon gar nicht für die Menschen im Dorf, die wie eh und je dahinsiechen, an unerfindlichen Krankheiten sterben, ihres Lebens beraubt sind, mit Vergessenheit geschlagen. So sitzen sie, ortlos und zeitlos, hinterm Ofen oder stehen am Hoftor, und käme das Leben vorbei: sie könnten es nicht erkennen.

»Die Gegenwart, das ist doch nicht einfach bloß jetzt!« Wenn man jung ist, hat man »notwendig unentwegt zahlreiche Zukünfte im Sinn, die inzwischen – manche ohne die Gegenwart je passiert zu haben – eindeutig der Vergangenheit angehören, vielen Vergangenheiten.« Und so erzählt Peter Kurzeck auch in »Mein Bahnhofsviertel« (1991) Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft gleichzeitig. Die beginnen 1958. Er ist fünfzehn Jahre alt und weiß, daß das nicht alles sein kann: Lehrling in einem niederschmetternden Kramladen in Gießen.

Die Besitzerin des Kramladens, die Frau Bedarft, war die Großmutter vom Wolfram, der heute erzählt, wie sie ihn damals, die eigene Großmutter, verhaften ließ. »Ein Witz. Ich sollte den Schmuck meiner Mutter, den ich geerbt hatte, gestohlen haben.« Doch als der Klaus von Arnefeld ihr anbot, sich für den inhaftierten Enkel zu verwenden, händigte sie ihm bereitwillig ihre Autoschlüssel aus. Klaus von Arnefeld hieß in Wirklichkeit Klaus Bretzel und war Bäckerlehrling. Gewöhnlich kam er nach Feierabend, um elf am Vormittag, in die Kneipe. Dann hieß er Klaus von Arnefeld, war Student und arbeitete für den Bundesnachrichtendienst. Das Auto der Frau Bedarft fuhr nicht er. Horst Meier fuhr es. An den Baum.

Die Gegenwart, das ist doch nicht einfach bloß jetzt, das sind die Plaschkos und Merdereins, das ist der Willi Wolf und der Heinrich, der Hoinrich, das sind die Nutten, die Sergeants in ihren Buicks und Pontiacs und Chevys... und das ist »zuguterletzt deine alte Kindheitsvorstellung von der Welt als Fiktion, als Verschwörung: daß sie alle nur so tun, als ob sie das tun, was sie tun! Und sobald du den Rücken wendest, wird der ganze Zauber hier abgeräumt: blitzschnell in die Versenkung, Deckel drauf! Der unterirdische Riesenmaulwurf von Souffleur soeben sanft entschlafen. Sooft du kommst, haben sie es gerade noch geschafft, den ganzen Spuk wieder aufzubauen, hastig und lieblos: mit mehr und mehr Fehlern von Mal zu Mal; sie machen sich kaum noch die Mühe, es zu verbergen!« In diesem Erinnern, dieser Mühe, die Vergangenheit zurückzurufen ins Gedächtnis, im Zwang, nichts vergessen zu dürfen, steckt die panische Angst vor dem Verschwinden – nicht der Vergangenheit, sondern der Gegenwart.

»Gut, daß du anrufst«, sagt Peter Kurzeck. »Eigentlich schreibe ich den ganzen Tag. Und am Abend dann stehen drei Sätze auf dem Papier.«

**Frieder Kern lebt in Frankfurt a.M. und betreibt mit Rainer Zufall die Firma »Text und Tor«**

## Kasten Seite 50

## Peter Kurzeck,

Döblin-Preisträger des Jahres 1991, wurde 1943 in Böhmen geboren und wuchs im Oberhessischen auf, in Staufenberg, einem Dorf bei Gießen. Nach über zwanzig Jahren Berufserfahrung (davon zehn Jahre bei der US-Armee) als Personalchef und Gelegenheitsarbeiter, nach Gefängnis und Reisen, die ihn bis in die Arktis (aber im Sommer) führten, legte er 1979 seinen ersten Roman vor.

Er gehört zu den Leuten, die, zu Fuß unterwegs, aufmerksam den Himmel betrachten, ehe sie die Kreuzung verkehrswidrig, doch sicheren Schritts überqueren. Die Literaturkritik bescheinigt ihm, daß er in einer Sprache schreibe, die atemberaubend präzise sei, in Sätzen, die plötzlich abbrechen, sich zu überstürzen scheinen: bis die Vergangenheit, mit all ihren unerlösten Vertretern, an die Gegenwart heranrückt.

Er lebt, wenn nicht als Stipendiat in Edenkoben, Schöppingen, Schreyahn oder in sonst einem der Künstlerhäuser, seit den 70er Jahren in Frankfurt am Main als, wie die Chronisten notieren: Schriftsteller. Das war er, nach eigenem Bekunden, schon seit seinem siebten Lebensjahr.

Alle Romane von Peter Kurzeck sind im Verlag Stroemfeld/Roter Stern, Frankfurt, erschienen:

*Der Nußbaum gegenüber vom Laden in dem du dein Brot kaufst,* 1979

*Das schwarze Buch,* 1982

*Kein Frühling,* 1987

*Keiner stirbt,* 1990

*Mein Bahnhofsviertel,* 1991

*Der Nußbaum* und *Keiner stirbt* sind kürzlich als Fischer-Taschenbuch erschienen.

Konkret 12/92, S. 52

**Klaus Garber**

# Umgang mit Gralshütern

**In Erwiderung auf seine Kritik an der Ausgabe der Gesammelten Schriften Walter Benjamins haben ihre Herausgeber in KONKRET 8/92 (Tiedemann/Schweppenhäuser / Tiedemann-Bartels: »Ein Schatzgräber ohne Glück«) dem Literaturwissenschaftler Klaus Garber Ignoranz und billige Effekthascherei vorgeworfen. Garber repliziert**

Die Götter der Benjamin-Philologie haben nach zwanzig Jahren des Schweigens den Mund geöffnet. Sie haben den ehrfürchtig Lauschenden der Anrede gewürdigt. Sie haben sich herabgelassen ins Tagesgeschäft der Kritik. Was immer sie gesprochen haben, stehe dahin, bevor nicht der Dank formuliert ist für die Auszeichnung, als Adressat ihrer Rede, als Objekt ihrer Kritik, als Anlaß ihrer Selbstrechtfertigung denn doch und trotz allem fungieren zu dürfen. Zwar bleiben ihnen die aufgeklärten Tugenden der Rede und Gegenrede, des Zuhörens und Antwortens, des Lernens und Belehrens fremd. Ihr autoritärer Gestus war und bleibt einer der Auserwählten. Er heischt Unterwerfung. Wehe dem, der da das Recht auf eignes Sehen, Denken, Urteilen behauptet, gar ein Wort der Kritik riskiert. Er reiht sich ein in die lange Schar der Abgefallenen. Abstufungen gibt es da nur in den Graden des Abfalls. Als »Kriegsgewinnler der Studentenrevolution«, als »Feind Nummer 1« gilt da der Schreiber dieser Zeilen in internen Verlautbarungen. Wir kennen uns ein wenig aus in der Geschichte des Erwähltheits-Pathos unter den Deutschen, wissen, wohin uns die Sprache der Meister und Jünger führte, und haben immer noch – oder schon wieder – doppelten Grund zur Wachsamkeit gerade in unserem Lande.

So soll es an Geduld auch weiterhin nicht fehlen, wenn es um das bescheidene, aber deshalb doch unverächtliche Geschäft der produktiven Kritik im Blick auf die bestmögliche Einrichtung einer Ausgabe der Schriften Walter Benjamins geht. In welchem Geist es betrieben werden kann, möge gleich eingangs durch ein einziges Zitat angedeutet sein, das ich meiner kritischen Besprechung des siebten und vorläufig letzten Bandes der Benjamin-Edition vorangestellt habe. Vermag es zu bekräftigen, was keines Wortes bedürfte, wenn wir uns denn auf dem nüchternen Boden aufgeklärter Hermeneutik und nicht in dem mythischen Sumpf der unseligen Verquickung von Leben und Werk, Person und Zeugnis, Kritik und Kritiker bewegten, die niemand schärfer aufgespießt hat als eben Benjamin selbst? Daß es nämlich zu keinem Zeitpunkt um persönliche Verunglimpfungen, sondern in jeder Zeile und ganz ausschließlich um kritische Werk-Inspektionen ging. Sie sind viel zu wichtig, als daß Herausgeber oder Kritiker da irgendwie als betroffene Personen ins Spiel kommen dürften. Entsprechend heißt es, daß die Kritik der beiden Nachtragsbände nicht geschehen solle »ohne Bekundung von Respekt, ja Dank. Wo Schnelligkeit und Wendigkeit im harten Konkurrenzkampf um die geistigen Trophäen das Gesetz unserer westlichen Gesellschaften ratifizieren, da will es etwas besagen, wenn Herausgeber ihr Leben der Arbeit an Editionen von ein, zwei Autoren säkularen Rangs widmen. Unter der Ägide Rolf Tiedemanns ist zunächst die Ausgabe Walter Benjamins, dann parallel zu ihr die der Schriften Theodor W. Adornos, seines Lehrers, herangewachsen. Er wird selbst am besten wissen, daß die verbleibenden Aufgaben leicht die verbleibende Lebenszeit zu füllen vermögen. Diese Treue zum einst anvertrauten, inzwischen selbst gewählten Lebenswerk wird jeder vorbehaltlos anerkennen, dem vergleichbare, vielleicht weniger spektakuläre Entscheidungen abverlangt wurden. Ein Gutteil des Lebens ist in das kaum wahrnehmbare Detail geflossen, von dem schwierigen Geschäft der Handschriften-Entzifferung über die Kollationierung der Textzeugen bis hin zu der Überprüfung der Literaturnachweise und dem Aufbau des mächtigen Apparats der Entstehungs- und Rezeptions-Dokumente, wie er gerade die Benjamin-Ausgabe auszeichnet.«

Und dann andererseits: Bei der nun über zwanzig Jahre währenden kritischen Begleitung der Benjamin-Edition ging und geht es nicht »um nachträgliche Mäkelei, sondern um produktive Kritik im Blick auf zukünftige Aufgaben der Benjamin-Philologie. Denn bei einem großen Autor und der imponierenden Bemühung, sein Werk zu bergen, ist jeder Kenner aufgefordert, das Gelingen des Vorhabens nach Kräften und also kritisch zu begleiten. Es gehört zu den deprimierenden Erfahrungen, daß die Herausgeber Benjamins diese notgedrungen harten Invektiven stets (ganz entgegen Benjaminscher Praxis) persönlich und kaum je produktiv wendeten. Seit dem ›Interimsbescheid‹ Adornos an seine Kritiker um die ›alternative‹ aus dem Jahre 1968 und dem bösen Wort, daß sie, die doch nur allzu berechtigte editorische Monenda formulierten, ›zu Reklamezwecken Sensation aus Benjamins und meinem Namen zu pressen suchen‹, ist ein der Sache förderliches Gespräch nicht mehr zustande gekommen, sondern verbocktes Schweigen oder arrogantes Zurechtweisen gängige Praxis geblieben.« Hat sich daran mit der jüngsten Intervention etwas geändert?

Ich verzichte auch in dieser kleinen Replik auf alle nur die Person des Kritikers betreffenden Einlassungen, die ja für sich selbst sprechen, zur Sache aber gar nichts beitragen, und gehe nur die sachlich relevanten Passagen meiner Kontrahenten rasch noch einmal durch. Für alle Einzelheiten darf ich auf einen eingehenden Bericht der Jerusalem-Reise im Frühjahr 1992 verweisen, der soeben in meinem Buch »Zum Bilde Walter Benjamins« im Fink-Verlag erschien.

1. Auch bis Osnabrück (wo der einzige bundesrepublikanische Aufbaustudiengang zur Editionswissenschaft beheimatet ist) hat sich schon herumgesprochen, was unter einer historisch-kritischen Ausgabe zu verstehen ist. Die Herausgeber benutzen zwar jede sich bietende Gelegenheit, um zu beteuern, daß sie eine solche für Walter Benjamin nicht vorgesehen hätten. Sie versäumen leider nur, uns über die Gründe aufzuklären, weshalb sie sich dieser Aufgabe versagen. Von »Platzgründen« ist

da immer wieder die Rede, die zur Beschränkung nötigten, gelegentlich kombiniert mit finanziellen Argumenten. Tatsächlich sind Hunderte von Seiten in dieser Ausgabe für briefliche Zeugnisse Dritter und Hunderte von weiteren Seiten für sachdienliche Kommentare und deplazierte Meinungen der Herausgeber verfügbar gewesen. Da sollte kein Raum für die Texte Walter Benjamins vorhanden sein? Nein, in Wahrheit geht es um einen viel schlichteren Sachverhalt. Wo immer die Herausgeber in letzter Zeit nach kritischen Einsprüchen, die sie sich immer wieder haben anhören müssen, bei den kleineren Arbeiten Benjamins Textzeugen leicht greifbar zur Hand haben, dokumentieren sie diese ohne großen Aufwand in der erwünschten »historisch-kritischen« Manier. Wo es um die großen maßgeblichen Texte geht, behalten sie sich die Option auf die historisch-kritische Ausgabe vor, erkennen also deren Einforderung gleichfalls an. Und in ungezählten sonstigen Fällen haben sie schlicht und einfach ihre Schularbeiten verabsäumt und kaschieren ihr Versäumnis, indem sie mit dem Zauberwort der historisch-kritischen Ausgabe hantieren. Eine Reise nach Jerusalem, ein paar Wochen intensiver Arbeit vor Ort – und wir besäßen für ungezählte Texte authentische Versionen einschließlich aller im Falle Benjamins grundsätzlich interessanten Varianten, wie sie für alle in Frankfurt verwahrten Texte seit langem selbstverständlich sind.

2. Daß man literarische Notizhefte auflöst, ihren Inhalt den jeweiligen Gattungen zuordnet, wenn man denn eine nach Gattungen aufgebaute Edition erarbeitet, ist eine Selbstverständlichkeit. Schließt sie die Realisierung einer editorischen Alternative aus? Sie würde neben den Gattungs-Längsschnitten einen Querschnitt durch die Produktion von ein, zwei Jahren legen. Die chronologisch konzipierte Ausgabe der Italiener bei Einaudi zeigt, daß Benjamin bei diesem Verfahren nicht nur verliert, sondern durchaus gewinnen kann. Ausgerechnet die Reproduktion eines literarischen Notizheftes soll musealen Charakter annehmen? Ist das nicht wieder nur ein Vorwand, die ebenso reizvolle wie schwierige Aufgabe anzugehen? – Daß die großen Ur- und Erstfassungen der Benjaminschen Werke bis heute nicht vorliegen, wird von mehr als einem Sachkenner beklagt und ist durch formalistische Rückzieher schon seit langem nicht mehr zu parieren. Die Herausgeber wären gut beraten, die »historisch-kritischen« Ausgaben der Wahlverwandtschaften-Arbeit, des Trauerspielbuchs, der Berliner Kindheit, des Kunstwerk-Aufsatzes und des Baudelaire – und damit aller großen Arbeiten neben der Dissertation und dem Passagenwerk! – in die Wege zu leiten, wenn anders sie den Vorwurf nicht länger auf sich ziehen wollen, ihr editorisches Monopol zu mißbrauchen. Es gibt genügend kundige Hände, die bei dieser überfälligen Aufgabe mitwirken könnten, wenn anders denn in Frankfurt Kooperation nicht ein Fremdwort geblieben wäre.

3. Immer, wenn die Herausgeber ganz besonders gereizt reagieren, das heißt, wenn ihnen die Kontrolle über ihre Verunglimpfungen entgleitet, darf man sicher sein, daß sie zu kompensieren haben. Daß ein in der Tat frühzeitiger Besuch im Benjamin-Archiv der Berliner Akademie der Künste ebenso wenig mit »DDR-Philologie« zu tun hat wie ein Abstecher ins Benjamin-Archiv der Sammlung Scholem mit »jüdischer Mystik«, sondern schlichte Selbstverständlichkeit ist, wenn man sich für das Benjaminsche Werk interessiert, bedarf gewiß keiner Erläuterung. Seit Ende 1984 sind die Benjaminschen Texte einschließlich der Briefe von und an ihn und aus seinem Umkreis wohlgeordnet in der Handschriften-Abteilung der Jüdischen Nationalbibliothek zu Jerusalem für jeden Benutzer zugänglich – im Gegensatz zu den zweifelhaften Frankfurter Usancen, denen zufolge zum Kreis der Auserwählten zählen muß, wer da Eingang erheischt. Genau fünf Jahre später erschienen die beiden Nachtragsbände der Benjamin-Ausgabe. Und da halten es die Herausgeber, die doch sonst so gewissenhaft Rechenschaft von ihrem Tun ablegen, tatsächlich nicht für erwähnenswert, daß sie sich entschlossen haben, just diese Jerusalemer Schätze für ihre Ausgabe nicht mehr zu berücksichtigen, während sie sonst doch alles, was ihnen zwischenzeitlich zu Augen kam, glücklicherweise ihrem Werk zugute kommen ließen? Die Wahrheit sieht auch hier wieder viel schlichter aus, als es die nachträglichen Verlautbarungen glauben machen wollen. Keiner der Herausgeber hat es für nötig befunden, sich in Muße den neu erschlossenen Schätzen aus dem Nachlaß Scholems in Jerusalem zu widmen und für die Übernahme der ungezählten Informationen in die Text- und Kommentarbände der Nach-träge Sorge zu tragen. Auch deshalb besitzt sie ungeachtet alles Geleisteten immer noch den Charakter des Vorläufigen.

4. Am 15. Juli (!) 1968 hat offensichtlich kein anderer als Rolf Tiedemann ein »Memorandum für eine neue Walter Benjamin-Ausgabe« vorgelegt, das man in der Sammlung Scholem inzwischen problemlos nachlesen kann. Drei Bestände seien für die Ausgabe vor allem heranzuziehen: Die in Frankfurt am Main und die in Potsdam (später in Berlin/DDR) sowie die »im Privatbesitz von Gershom Scholem, Jerusalem, befindlichen Originalskripte und Kopien«. Und dann: »Ein weiteres Problem ist, daß alle Texte noch einmal mit dem Erstabdruck und nach Möglichkeit mit den Handschriftenbeständen verglichen werden müssen, wobei auf die Schwierigkeit der Entzifferung der winzigen Benjaminschen Handschrift zu verweisen ist.« Genau dies, nicht mehr und nicht weniger, habe auch ich in meinem kleinen Jerusalem-Beitrag gefordert. Es genügt also, die Herausgeber an ihre guten Vorsätze von vor fünfundzwanzig Jahren zu erinnern, die ja im Prozeß des Alterns nicht unbedingt selbst veralten müssen. Würden sie sie ernst nehmen, so stießen sie unter Position 17 des Benjamin-Archivs der Sammlung Scholem neben ihren eignen Schriftsätzen auf ein »Verzeichnis der in Maschinenschrift vorhandenen Skripta von Walter Benjamin bei Scholem«, dessen Existenz sie heute in Frage stellen und das ihnen doch von einem, der sich auskennt, wie Gary Smith, vorsichtshalber in Kopie aus Jerusalem noch einmal nach Frankfurt übersandt wurde. Es enthält elf Stücke, darunter eben jene wie den Goethe-, den Neapel-, den Kafka- und den Kraus-Essay mit den handschriftlichen Korrekturen Benjamins, deren Berücksichtigung für die kritische Edition ich angemahnt und damit nur formuliert habe, was die Herausgeber – wie alle vernünftigen Editoren – auch ohnedies wissen,

nur eben im speziellen Fall nicht beherzigten. (Wo aber in aller Welt sind die beiden Hörspiele »Was die Deutschen lasen, während ihre Klassiker schrieben« und »Lichtenberg« geblieben, die das Verzeichnis aufführt, die aber nicht mehr in der Sammlung Scholem verwahrt werden?)

An der gleichen Stelle würden sie, wenn sie es denn vergessen haben sollten, jene Stellungnahme Scholems zu dem Entwurf der Ausgabe vorfinden, in der er sich vehement für die Abtrennung der geschichtsphilosophischen Thesen vom Passagenwerk und deren separaten Abdruck im Band I der Abhandlungen einsetzt. So etwas schreibt man nur, wenn Anlaß zu der Sorge besteht, daß dieser Einsicht zuwidergehandelt werden könnte. Hier auch fänden sie die Kopie, wenn sie das Original denn nicht kennen sollten, jenes Scholemschen Briefes vom 29. Februar 1968, der offensichtlich sogleich nach Erhalt des Protokolls einer »Besprechung über eine neue Ausgabe der Schriften Walter Benjamins in Frankfurt am 16. Februar 1968« geschrieben wurde und alle jene Scholemschen Grundsätze für eine angemessene Benjamin-Ausgabe enthält, die ich resümierte und die die Herausgeber nun meinen, ins Reich der Phantasie verweisen zu müssen. Sehen sie sich nicht gerne daran erinnert, daß eben dieses Protokoll auch eine andere editorische Selbstverständlichkeit festhält, die gleichfalls bis heute nicht eingelöst wurde? »Verzeichnis der uns bekannten Handschriften und Mss. (Manuskripte) Walter Benjamins, zum mindesten derjenigen, die bei Erscheinen der Ausgabe nicht wenigstens in Kopie in Adornos Walter-Benjamin-Archiv vorhanden waren«.

5. Die eignen Versäumnisse? Wer sich der Sprache bedient, die die Herausgeber im Umgang mit Andersdenkenden für angezeigt halten, wird sich nicht wundern dürfen, wenn reagiert wird. Die Zuständigen für den Nachlaß Benjamins in Berlin/DDR hatten allen Anlaß, so zu verfahren, wie sie verfahren sind, nachdem Rosemarie Heises und anderer redliche Anwaltschaft für eine unparteiische Herausgabe der Benjaminschen Schriften von Adorno und Tiedemann so pariert worden war, wie eingangs angedeutet. – Wer vor einem Jahrzehnt die Briefe Scholems an Benjamin in Berlin/DDR vergeblich suchte, diejenigen Benjamins an Scholem jetzt in Jerusalem in der Hand gehabt hat, weiß, wie die Dinge sich verhalten, und entsprechend stand zwei Tage später (am 5. Juni) eine den Herausgebern gewiß nicht unbekannt gebliebene kurze Korrektur in der »Frankfurter Rundschau«. – Das von den Herausgebern erwähnte Notizheft trägt auf der letzten Seite den Vermerk: »von Walter am 2/12/32«. Ich halte es bislang für zutreffend, diesen Vermerk Scholem zuzuschreiben, lasse mich aber gerne korrigieren. – Und schließlich: Im Scholemschen Nachlaß liegt das Original (und nicht die Kopie) eines Beitrags von Peter von Haselberg mit dem Titel »Notizen zu Kafka«. Scholem war auch hier auf der richtigen Spur: »Ob Vossische Zeitung? 1937/38?« fragt er am Rande. Ob die Miszelle von Haselbergs erschienen ist oder nicht und daß sie auch in Frankfurt (mit den Benjaminschen Zusätzen?) vorhanden ist, ist gänzlich unerheblich gegenüber dem Umstand, daß das Jerusalemer Exemplar von Benjamin reichhaltig glossiert wurde. Ist es ungebührlich, solche und andere Marginalien Benjamins oder Scholems oder Dritter in einem Kommentar verarbeitet zu sehen, der so extensiv angelegt ist wie der der Frankfurter Benjamin-Ausgabe? Ich fürchte, die Statuierung von nachträglichen Grundsätzen hat auch hier wieder nur den Zweck, Unkenntnis des Sachverhalts zu vernebeln und diese dann als Ignoranz dem Kritiker vorzuhalten, der den Finger auf die Wunde legt.

6. Schließlich die Selbstkritik am Schlusse, die den Herausgebern entlockt zu haben der gebeutelte Kritiker (ohne Frohlocken) dann doch für sich verbuchen darf. Daß eine große Ausgabe ihre eignen Gesetze des Wachstums hat, daß Umdispositionen, Weiterungen, Nachträge in ihr die Regel sind, daß der erste Band nach dem Erscheinen des letzten ein anderes Aussehen haben würde, wer wollte es im Ernst bestreiten, der auf anderen Feldern, von denen hier gar nicht die Rede sein soll, Ähnliches versucht hat? Daß sich Lesefehler einschleichen, wer verstünde es nicht? Ich habe die Entzifferungs-Künste der Herausgeber bei jeder sich bietenden Gelegenheit betont. Die Herausgeber wissen aber auch, daß ihre Kritiker – und wie illuster ist ihre Schar inzwischen – eine Fülle »relevanter«Verbesserungs-Vorschläge gemacht haben. Sie erwarten nichts anderes, als daß diese erwogen, diskutiert und dann die bestmögliche (und realisierbare) Lösung gewählt wird. Diesem Gespräch haben sich die Herausgeber bislang entzogen. Über ihre Behandlung von Kongreß-Einladungen liegen einschlägige und in der Presse nachzulesende Erfahrungsberichte vor, die nicht eben zur Wiederholung ermuntern. Und wie sie mit ihren Kritikern seit 25 Jahren umspringen, ist gleichfalls aktenkundig. So warte ich denn getrost auf den nächsten Bannspruch, wie er fürs zweite Jahrzehnt des kommenden Jahrtausends angekündigt wird, und setze in der Zwischenzeit getrost mein bescheidenes philologisches Geschäft hier und anderwärts fort.

*Klaus Garber ist Professor für Literaturtheorie und Geschichte der Neueren Literatur an der Universität Osnabrück*

Konkret 12/92, S. 55

**Matthias Altenburg**

# Am anderen Ende

**Verneigung eines vermeintlichen Feindes.**
**Peter Handke zum fünfzigsten Geburtstag**

I.

Diese verfluchten Irrtümer, die so viel Zeit kosten. Peter Handke weiß nichts davon, und es kann ihm egal sein, aber mich hält man für seinen Feind. Ich bin selbst schuld.

II.

Als Kind habe ich alles von ihm gelesen. Und weiter bis zu *Die Lehre der Sainte-Victoire*. Und dann, irgendwann, als ich allesalles besserwußte und Kroetz für einen Dichter hielt, habe ich Handke abgetan. Hab geschnöselt, weil ich ihn für einen Schnösel hielt, hab ihn in die dumme Ecke meines Kopfes gestellt und dort fast vergessen. Ich und alle, die mich umgaben, hatten uns geeinigt: Handke sei ein religiöser Rauner, gehöre also zur anderen Seite, und wir meinten zu wissen, wo die war. Und es waren seine Nachbeter und Nachahmer (die mir zuwider waren und zuwider sind), die mich von ihm, dem Beter und Ahmer, um ein weiteres entfernten. Erst jetzt, in diesem einsamen, nassen, deutschen Herbst, treffen mich nach langer Zeit seine Texte wieder, und ich merke endlich: Da ist eine Kraft, eine Klugheit, die ich nötiger brauchen kann als das meiste, was mir zur Hand ist. Da weiß einer Dinge übers Schreiben, die ich wissen muß, der findet Worte dafür, die ich nicht mehr kannte, wohl auch nicht mehr kennen wollte.

III.

Es läßt sich schlecht über Peter Handke reden. Das heißt, es ist schwer, über ihn zu reden. Das heißt aber auch, es ist leicht, Schlechtes über ihn zu sagen. Seine Worte provozieren Hohngelächter, wie die Worte eines Dreizehnjährigen, der seinen starken Freunden gesteht, daß er ein Mädchen liebt. Mir ist aber schon länger nicht mehr zum Lachen zumute, wenn einer Worte gebraucht wie ›Weihe‹, ›heilig‹ und ›Bescheidung‹.

Peter Handkes unverwickeltes Schreiben, entstanden in erkämpften Enklaven der Wahrnehmung, gibt eine Ahnung davon, was alle Literatur sein könnte, wenn kein Neger mehr erschlagen würde, kein Jude mehr verbrannt, wenn die Kämpfe ein Ende hätten. So aber, mitten in den Händeln, haben wir, die Sklaven der Wirklichkeit, wenigstens den einen enthobenen Sänger, der weiß, aber nichts wissen muß, der nur schaut, schaut, schaut, bis wir endlich rein sind, und sei es nur in seinen Augen. Doch ohne diesen einen Blick wären wir verloren.

Wie ein Stummer deutet er respektvoll auf Menschen und Dinge, deren Beziehungen manchmal eine Geschichte entstehen lassen. Manchmal auch nicht, dann sind sie einfach da als Aufgeschriebene: der Baum, das Kind, die Vögel, das Flugzeug. Alles einzeln und einzig, jeder Stein für sich, jeder Mensch bei sich.

Und auch das ein Ergebnis der Lektüre seiner Arbeiten: daß mir zum ersten Mal aufgeht, wie unterschiedlich, fast gegensätzlich die beiden Sinne des Wortes ›deuten‹ sind: zeigen und auslegen. Wie schön, wenn sie wieder zueinander fänden.

Für einen wie mich sind Handkes Texte die andere, die fremde Möglichkeit der Literatur, so weit entfernt, daß man sie oft und für lange Zeit aus dem Blick verliert, zu der man aber manchmal angstvoll sehend hinüberschaut. Und die keiner, der schreibt, auf Dauer ignorieren kann, ohne Schaden zu nehmen.

Ich beneide ihn um seine Fähigkeit zur Ruhe, um diese Gabe der wahrhaft Frommen: nichts zu vergessen und trotzdem zu lächeln. Nichts weniger als ein besseres Leben können wir von ihm lernen, weil er uns Abstand lehrt, Hinsicht und Zuwendung.

IV.

Wenn er von der »amerikanischen Falle« spricht, die auch unserer Literatur drohe, dann sage ich Ja, obwohl ich eben noch anderes gesagt habe. Ja, so weit darf es nicht kommen, daß die Literatur sich aufgibt, indem sie fruchtlos aber nicht ohne Schaden die Wirklichkeit zu imitieren trachtet, oder schlimmer noch, indem sie sich so weit von ihr entfernt, wie die Fernsehserien es tun, deren Dramaturgie wie ein Knüppel auf die Köpfe der Zuschauer drischt.

Und ich, als doppelt betroffener Hund, belle freudigzerknirscht Beifall, wenn ich seine Kritik der Kritiker lese: »Hört auf, von der Bücherverbrennung der Nationalsozialisten zu reden – ihr tut das gleiche immer noch, auf eure Weise, unauffälliger, aber genauso vorsätzlich, und kommt straflos davon. Der sogenannte ›Raum‹, den jene Zeitung ›für

Deutschland‹ angeblich den Büchern gibt, ist das Gegenteil von Raum: Er ist ein stickiges, luftloses Henkersstübchen, vollgepfercht mit bieder-wahnsinnigen Unholden und ihren ehrsüchtigen, selbstversessenen Mietlingen.«

Sein Zorn wirkt wie der Zorn eines Eremiten, der, auftauchend aus seinem Alleinsein, sich für kurze Zeit der Welt aussetzt und bestätigt findet, was er fürchtete, statt zu finden, was er hoffte. So sehr Heiner Müller darauf besteht, ein unpolitischer Dichter zu sein, so wenig läßt sich leugnen, daß Peter Handke ein politischer ist. Daß er neben seinem Zorn zu einer leuchtenden Dezenz der Erzählung findet, läßt mich hoffen.

Ich weiß jetzt: Peter Handke steht am anderen Ende, aber auf der gleichen Seite, wo immer die sein mag.

Von Peter Handke erschien zuletzt:

*Langsam im Schatten. Gesammelte Verzettelungen*. 208 Seiten, Suhrkamp, 34 Mark

*Theaterstücke in einem Band*. 496 Seiten, Suhrkamp, 48 Mark

»Ich mag Menschen nicht anfassen beim Schreiben ...«. Ein Gespräch mit Peter Handke – über Film, Theater und Literatur. Von Peter von Becker. In: Theater 1992, Jahrbuch der Zeitschrift »Theater heute«, Friedrich Verlag

**Matthias Altenburg veröffentlichte im August seinen ersten Roman: »Die Liebe der Menschenfresser«**

Konkret 12/92, S. 56

**Karlheinz Deschner**

# Mit Gott und den Faschisten

## IV

Das römische Papsttum – durch Kriege und Betrug groß geworden, durch Kriege und Betrug groß geblieben – hatte durch Pius X. den Ausbruch des Ersten Weltkriegs gefördert und durch Pius XI. entscheidend die Heraufkunft des Faschismus: eine klerofaschistische Verbrüderung, die zunächst 1929 in den Lateranverträgen gipfelte, von Adolf Hitler ebenso begeistert gepriesen wie von seinem späteren Gefolgsmann Kardinal Faulhaber oder dem Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer.

Pius XI. aber, der durch die Preisgabe der katholischen Volkspartei Italiens und Mussolinis Erhebung in wenigen Jahren so sensationelle Erfolge in Italien errungen, versuchte nun einen ganz ähnlichen Umsturz in Deutschland durch Preisgabe der katholischen Zentrumspartei. Beide Male betrieb der Papst die Auflösung der eigenen katholischen Partei, um dort Mussolini, hier Hitler an die Macht zu bringen.

Wie der Katholik Mussolini hatte der Katholik Hitler ein sehr ambivalentes, wenn auch ganz anders geartetes Verhältnis zum Katholizismus. Als Schüler besuchte er zwei Jahre lang das Benediktinerstift Lambach, war dort Ministrant, was auch Heinrich Himmler gewesen, und wollte einmal Abt werden. Später verdankte Hitler dem katholischen München »so gut wie alles«. Hier stützten und schützten ihn katholisch-konservative Politiker und katholisch-konservative Gerichte. Er gewann in Bayern Boden, indem er sich als künftiger Vernichter des jüdischen Bolschewismus präsentierte; indem er in seinem Buch »Mein Kampf« und in seinen Reden die römische Kirche, deren enormen Einfluß er in Österreich kennengelernt, über alles schonte. Ja, ausdrücklich bekannte er sich zum »Werk des Herrn«, versprach wiederholt, seine Bewegung für immer frei zu halten »von allen religiösen Diskussionen und Kämpfen« und erklärte 1928 in Passau: »In unseren Reihen dulden wir keinen, der die Gedanken des Christentums verletzt, der einem anders Gesinnten Widerstand entgegenträgt, ihn bekämpft oder sich als Erbfeind des Christentums provoziert. Diese unsere Bewegung ist tatsächlich christlich.«

An seiner politischen Gegnerschaft zum Zentrum aber ließ Hitler stets so wenig einen Zweifel wie andererseits das Zentrum an seinem Antinazismus. Ebenso der deutsche Episkopat, jedenfalls vor 1933. Stand jedoch die Phalanx des deutschen Katholizismus bis zum Frühjahr 1933 nahezu geschlossen gegen die Nazipartei, so dachte man über sie im Vatikan bereits ganz anders. Im kommunistischen Rußland die größte Christenbekämpfung der neuesten Zeit, in Deutschland Hitlers spektakuläre Erfolge zu Beginn der dreißiger Jahre vor Augen, konnte für das stets opportunistische Papsttum, das durch Anpassung an den jeweils Stärksten lebt und überlebt, die Entscheidung nicht anders ausfallen. Nichts betet die römische Kurie mehr an als Macht und Erfolg. Hatte sie auch keine Sympathie für die nazistische Rassenideologie, so jagte und mordete ihr eigener Anhang doch die Juden durch zwei Jahrtausende. War Rom auch der wilde Antiklerikalismus eines Rosenberg oder Streicher verhaßt – Hitler persönlich hatte sich immer wieder auf den Boden des Christentums gestellt und seine Geneigtheit, mit den Kirchen zu kooperieren, signalisiert.

So plädierte Pius XI. schon 1931 für ein Zusammengehen des Zentrums und der katholischen Bayerischen Volkspartei mit den Nationalsozialisten. Ähnlich äußerte sich im Sommer des folgenden Jahres Kardinalstaatssekretär Pacelli, der nächste Papst, den am meisten am Wahlausgang nicht die 120 Mandate beunruhigten, die Hitler dazugewonnen, sondern die elf weiteren der Kommunisten.

Sofort nach der Wahl 1932 hoffte und wünschte der Kardinalstaatssekretär gegenüber dem bayerischen Vatikangesandten, Baron Ritter, daß die »auf christlicher Grundlage stehenden Parteien, zu denen sich gleichfalls die nunmehr stärkste Partei des Reichstags, die Nationalsozialistische Partei, zähle, alles daran setzen werden, den hinter der Kommunistischen Partei marschierenden Kulturbolschewismus von Deutschland fernzuhalten.« Notwendig erschien Pacelli nun eine neue Koalition im Reichstag, was für das Zentrum und die katholische Bayerische Volkspartei hieß, »sich jetzt mehr nach rechts zu orientieren und dort eine für ihre Grundsätze tragbare Koalition zu suchen«.

Ergo steuerte der Kardinal, der als einstiger Nuntius in München und Berlin die Verhältnisse im Reich genau kannte, die Zentrumspartei, das politische Instrument der Kurie in Deutschland, den Nazis nun direkt in die Arme. Einer seiner Paladine, der Päpstliche Kammerherr und nachmalige Stellvertreter Hitlers, Franz von Papen, beseitigte im Sommer 1932 als Reichskanzler die sozialdemokratische Regierung Braun-Severing, hob das Verbot der SA und der SS auf und tat alles, um Hitler an die Macht zu bringen. Zweiter im Bund: Pacelli-Freund Prälat Ludwig Kaas, Professor für Kirchenrecht, der als Zentrumsführer keine wichtige Entscheidung ohne Pacellis Zustimmung fällte. Kaum hatte Kaas das Votum seiner Fraktion für Hitlers »Ermächtigungsgesetz«, das diesem die Diktatur ermöglichte, verschwand er nach Rom. Von dort sandte er Hitler, mit dem er unmittelbar zuvor, ohne Wissen selbst seiner nächsten Parteifreunde, unter vier Augen

konferiert hatte, »aufrichtige Segenswünsche«, forderte die Auflösung des Zentrums, die auch prompt erfolgte, und beschwichtigte, nach Rücksprache mit dem Papst und Pacelli, viele protestierende Katholiken: »Hitler weiß das Staatsschiff wohl zu lenken. Noch ehe er Kanzler wurde, traf ich ihn wiederholt und war sehr beeindruckt von seiner Art, den Tatsachen ins Auge zu sehen und dabei doch seinen edlen Idealen treu zu bleiben...«

Nicht das Gros der Katholiken also ging zuerst zu Hitler über, wie man der Welt so gern vorgelogen, dann der Episkopat, dann die Kurie; sondern umgekehrt: Der Papst entschloß sich, das mit Mussolini geglückte Experiment mit Hitler zu wiederholen, die deutschen Bischöfe gehorchten, und die Gläubigen mußten folgen.

In Ansprachen im November 1933 bekannte der Päpstliche Kammerherr von Papen, daß »ich damals bei der Übernahme der Kanzlerschaft dafür geworben habe, der jungen kämpfenden Freiheitsbewegung den Weg zur Macht zu ebnen«, daß »die Vorsehung mich dazu bestimmt hatte, ein Wesentliches zur Geburt der Regierung der nationalen Erhebung beizutragen«, daß »das wundervolle Aufbauwerk des Kanzlers und seiner großen Bewegung unter keinen Umständen gefährdet werden dürfe« und daß »die Strukturelemente des Nationalsozialismus... der katholischen Lebensauffassung nicht wesensfremd« seien, »sondern sie entsprechen ihr in fast allen Beziehungen«. »Der liebe Gott«, rief Papen, »hat Deutschland gesegnet, daß er ihm in Zeiten tiefer Not einen Führer gab«.

## V

Das römische Papsttum – durch Kriege und Betrug groß geworden, durch Kriege und Betrug groß geblieben – hatte durch Pius X. den Ausbruch des Ersten Weltkriegs gefördert und durch Pius XI. entscheidend die Heraufkunft des Faschismus in Italien und Deutschland.

Nachdem nun der Führer bekommen, was des Führers war, mußte auch der Papst das Seine erhalten. Am 10. April 1933 erschienen bei ihm Hitlers Vizekanzler Franz von Papen und Hermann Göring, der bereits mit der »Nacht der langen Messer« gedroht und geäußert hatte: »Ich habe keine Gerechtigkeit auszuüben, sondern nur zu vernichten und auszurotten.« Pius XI. empfing beide mit großen Ehren und zeigte sich, nachdem er Hitler schon früher wiederholt für sein Verbot der Kommunistischen Partei gelobt, abermals beglückt darüber, an der Spitze der Deutschen Regierung eine Persönlichkeit zu sehen, die kompromißlos gegen den Kommunismus kämpfe.

So schloß man bereits am 20. Juli 1933 das Konkordat, dessen meiste Artikel, fast zwei Drittel, zugunsten der Kirche ausfielen. Doch wichtiger als jede Einzelheit erschien Hitler das Konkordat als solches (der einzige seiner maßgeblichen außenpolitischen Verträge übrigens, der das Fiasko Deutschlands überdauerte und noch heute in der Bundesrepublik geltendes Recht darstellt). Sein erster völkerrechtlicher Kontrakt. Und mit dem Papst geschlossen! Der »Heilige Vater«, bescheinigten alle katholischen Bischöfe Deutschlands Hitler später – und diese Tatsache muß man sich merken! – , hat derart »das moralische Ansehen Ihrer Person und Ihrer Regierung in einzigartiger Weise begründet und gehoben« – ich wiederhole: nach dem Zeugnis des gesamten deutschen Episkopats hat der Papst das Ansehen Adolf Hitlers begründet, und er hat es gehoben, in einzigartiger Weise – was Hitler mit Recht als »rückhaltlose Anerkennung« und »unbeschreiblichen Erfolg« bezeichnen konnte, verlieh es ihm doch plötzlich vor aller Welt die Legitimität.

Denn in Wirklichkeit – und auch dies ist äußerst bemerkenswert angesichts der nun schon jahrzehntelangen schamlosen Widerstandslügen dieser Kirche, die freilich seit fast zwei Jahrtausenden lügt – denn »in Wirklichkeit«, wie Kardinal Faulhaber von München predigte, »ist Papst Pius XI. der beste Freund, am Anfang sogar der einzige Freund des neuen Reiches gewesen. Millionen im Ausland standen zuerst abwartend und mißtrauisch dem neuen Reich gegenüber und haben erst durch den Abschluß des Konkordats Vertrauen zur neuen deutschen Regierung gefaßt.«

Dabei war der Papst auch mit der eventuellen Mißachtung völkerrechtlicher Verträge durch Hitler einverstanden, traf er doch mit ihm schon damals, in einem geheimen Zusatzprotokoll, eine Abmachung für den Fall, daß die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden würde.

Nachdem aber Rom gesprochen, schwenkte der deutsche Episkopat jäh zu Hitler um, nun, so ein Erzbischof: »der große Führer unseres Volkes...« Und Adolf Bertram, Kardinal von Breslau, pries jetzt dem hochverehrten Herrn Reichskanzler sogleich die Katholiken an als »zuverlässige Stützen der staatlichen und kirchlichen Autorität« und versicherte, sie seien »freiwillig und aus edelsten Motiven zur Mitarbeit« bereit, »auch gern... zu Geländesport und Wehrertüchtigung«. Er rechtfertigte die entschlossene Kehrtwendung des hohen Klerus mit den ekelhaften Sätzen: »Wieder hat sich gezeigt, daß unsere Kirche an kein politisches System, an keine weltliche Regierungsform, an keine Parteikonstellation gebunden ist. Die Kirche hat höhere Ziele...«

Dabei waren für den Freiburger Weihbischof Burger die »Ziele der Reichsregierung... schon längst die Ziele unserer katholischen Kirche«; versprach Bischof Bornewasser von Trier, dem Nazistaat »zu dienen mit dem Einsatz aller Kräfte unseres Leibes und unserer Seele«; wollte Bischof Vogt von Aachen »am Aufbau des neuen Reiches freudig mitarbeiten«; wollte es Bischof Berning von Osnabrück, von Göring zum Staatsrat ernannt, nebst allen deutschen Oberhirten »mit heißer Liebe und mit allen unseren Kräften« unterstützen; sah Bischof Graf von Galen, der große katholische

Widerstandskämpfer, »die höchsten Führer unseres Vaterlandes erleuchtet und gestärkt« durch die »liebevolle Führung« Gottes selbst; stellte sich der Freiburger Erzbischof Gröber, der »braune Konrad«, Förderndes Mitglied der SS (wozu ihn freilich wohl nur die entdeckte Verbindung mit einer Geliebten, noch dazu einer jüdischen Geliebten getrieben), nun »restlos hinter die neue Regierung und das neue Reich«; rief Bischof Kaller von Ermland: »Diese große Zeit ist eine Gnade Gottes«; kam es Kardinal Faulhaber, dem hochverdienten Feldprediger des Ersten Weltkriegs, dem Speichellecker von Kaisern, Königen und Diktatoren, durchaus typisch »aufrichtig aus der Seele: Gott erhalte unserem Volk unseren Reichskanzler«.

Ja, alle biederten und bräunten sich jetzt an – bis hin zu Konrad Adenauer wieder. Denn dieser lebenslange Opportunist, der als Oberbürgermeister Kölns 1917 die Stadt »untrennbar mit dem Deutschen Reich vereinigt« sehen, sie 1919 aber »direkt oder als Pufferstaat zu Frankreich« bringen wollte, erklärte im Winter 1932/33 öffentlich, »daß nach meiner Meinung eine so große Partei wie die NSDAP unbedingt führend in der Regierung vertreten sein müsse« – und zählte schließlich in einem Brief an Hitlers Innenminister seine Verdienste für die Nazipartei auf, die er »immer durchaus korrekt behandelt« habe, sogar »wiederholt in Gegensatz zu den damaligen ministeriellen Anweisungen« (!), und dies auch noch »jahrelang«.

Kurz, die Stimmung war so, daß gegen Jahresende die – schon im Ersten Weltkrieg vor Chauvinismus und Kriegshetze überschäumende – Jesuiten-Zeitschrift »Stimmen der Zeit« nicht nur Hitler das Glaubenssymbol der deutschen Nation nannte, sondern auch das Kreuz Christi die notwendige Ergänzung des Hakenkreuzes: »Das Zeichen der Natur findet seine Erfüllung und Vollendung erst im Zeichen der Gnade.« 1947 schrieb dieselbe Zeitschrift: »Kirche und Nationalsozialismus schlossen sich in allem Wesentlichen gegenseitig aus wie Licht und Finsternis, wie Wahrheit und Lüge, wie Leben und Tod.«

Vor 1933 gegen den Nazismus. Nach 1933 für den Nazismus. Seit 1945 wieder dagegen. Dies Verhalten ist mutatis mutandis durchaus symptomatisch für das Verhalten der römischen Kirche durch fast zwei Jahrtausende und die Erklärung für ihr Überleben. Aber: Wer seinen Standpunkt wechselt, muß nicht seine Überzeugung wechseln, wenn das Wechseln des Standpunkts zu seiner Überzeugung gehört.

*Diese Texte hat Karlheinz Deschner am 11. Oktober und am 8. November im Rahmen seiner TV-Sendereihe zur Politik der Päpste im 20. Jahrhundert vorgetragen. Diese Sendereihe wird von Kanal 4 auf den Frequenzen von RTLplus vierwöchentlich ausgestrahlt. Nächste Folge: 13.12.92, 24 Uhr.*

Konkret 12/92, S. 60

**Rudolf Brenner**

# Gossengelächter

**Wie man der modernen Welt mit dem Thriller beikommen kann, zeigt eine Reihe schwarzer Kriminalromane aus Frankreich**

Wer heute immer noch englische Rätselkrimis liest, der ist zu bedauern. Stets bekommt er eine nach dem immergleichen Muster gestrickte, ›britische‹, literarisch dürftige Geschichte zu lesen und darf sich zum xten Mal fragen: »Whodunit?« Nach der Lektüre zehn solcher Dinger wird er die einzelnen Plots heillos durcheinanderbringen, ja nicht einmal sagen können, ob die Story 1940 oder 1992 spielt. Der Ort der Häkelkrimis ist ein geschichtsloses Niemandsland, ihre Masche museumsreif.

Ein guter Kriminalroman wird nicht auf entlegenen Landsitzen in viktorianisch verklemmten Oberstübchen alter Jungfern ausgeheckt. Er entstammt der Großstadt und der Gosse, er ist ein Produkt des modernen Kapitalismus. Ob sich ein paar schrullige Freizeitdetektive in, sagen wir, Shrewsbury über ein verschwundenes Schmuckkästchen unterhalten, oder ob ein paar schlecht bezahlte New Yorker Cops gegen ein Drogenkartell antreten, ist ein Unterschied ums Ganze – der zwischen Miss Marple und Philip Marlowe. Daß sie die Welt so schwarz malt wie sie ist, darin liegt das ungebrochene Wirkungspotential der Black Novel.

Chandler, Hammett, McBain, Himes und all die anderen sind längst zu Klassikern geworden und haben Nachfolger gefunden, die keineswegs immer bloße Epigonen sind. Den Markt der harten, schwarzen Kriminalromane beherrschen zwar Autoren und Autorinnen aus England und den USA, doch das Genre ist international. Speziell dem modernen französischen Kriminalroman (»Roman noir« oder »polar«), in Deutschland durch Léo Malet und Jean-Patrick Manchette bekannt geworden, hat die Berliner Edition Tiamat eine Reihe gewidmet. Für den Versuch gebührt dem Verleger Bittermann Anerkennung, zumal er ihn zu einem Zeitpunkt gewagt hat, als noch nicht abzusehen war, daß die Franzosen im Kommen sind.

Tiamat startete die vorzüglich ausgewählte »Roman noir«-Reihe mit den Peter Sargeant-Romanen von Edgar Box (Pseudonym des Altmeisters Gore Vidal) – als Zugpferd an der Spitze eines Trosses, der nicht mal eines nötig hätte. Denn am Rang von Joseph Bialot, Michel Quint und Tito Topin gibt’s gar nichts zu deuteln. Der Heyne Verlag hat vor Jahren einige Titel von Joseph Bialot (»Babel-Ville«, »Sigmund Freud antwortet nicht mehr«, »Die Kinderbande«) herausgebracht, die längst vergriffen sind. Erfreulich, daß es mit Bialot, der schon mehrmals den »Grand Prix de littérature policière« erhalten hat, nun bei Tiamat weitergeht. Bialot ist ein Meister der literarischen Großkomik, viele seiner Romane ähneln grotesken Totentänzen auf dem Schlachtfeld der Geschichte. Die rabenschwarze Welt wird allenfalls noch durch den Humor des Autors zusammengehalten, so beispielsweise in »Eine mörderische Drahtseiloper«. Bialot erzählt hier die Geschichte des arbeitslosen Schauspielers Didier Valois, der zusammen mit seinem Freund Neuron eine Kette mysteriöser Mordfälle aufzuklären versucht und es dabei mit Devisenhändlern, Computerbetrügern und einer Fälscherbande zu tun bekommt. Bialot inszeniert diesen Danse macabre so furios, daß dem Leser nicht selten das Lachen im Halse stecken bleibt. Schon der Beginn der »Drahtseiloper« ist ein kleines Kabinettstück, ein selbstreferentielles Spiel mit der Kunst des gekonnten Einstiegs. Bialot wirft die Frage auf, wie man heute einen Kriminalroman erzählen könne. »Autopsie eines Krimis: 1. Wo soll er spielen? 2. Mit welchen Personen? 3. Was für eine Handlung? 4. Und vor allem... Wen soll man imitieren? Chandler? Hammett? Manchette?«

Bialots Komik ist düster, die Verbrechen, die er beschreibt, sind Metaphern für Mord und Totschlag im 20. Jahrhundert. »Die Nacht der Erinnerung« erinnert an das Konzentrationslager, im Roman zynisch »Bonne Espérance« genannt, das der Autor, Jahrgang 1924, überlebt hat.

Auch Lucien Perrain, der Held der »Nacht der Erinnerung«, hat den Holocaust überlebt. Als sein Enkel entführt wird und er sich auf die Suche nach den Kidnappern macht, wird er von seiner Vergangenheit eingeholt, nicht nur in den Alpträumen. Bei seiner Recherche und im überraschenden Finale wird er noch einmal mit dem konfrontiert, was Haß und Futterneid anrichten können. Angesichts dessen, was sich gegenwärtig im vereinten neuen Haßdeutschland abspielt, gewinnt der Roman zusätzlich an Aktualität: »Versuch doch mal, einem Haufen Schnösel aus den neunziger Jahren klarzumachen, daß die Deportierten jede Nacht ins Lager zurückkehren... Zurück ins vermoderte Europa der mit Scheiße und Schreien angefüllten Baracken, ins verdammte Europa jener Baracken, die bis zum Überlaufen voll sind mit verzweifelten Verzweiflungen, mit Leichen, die Leichen umschlungen halten, mit Blut, das in Blut badet.« Bialot hat eine kompromißlose Sprache für sein Szenario gefunden, er erteilt keine Lektionen, sondern stellt lakonisch fest: »Mord ist in unserer Welt nur auf Massenebene akzeptabel. Unschuldig ist man immer dann, wenn die Zahl der Opfer zum Gegenstand der Statistik wird. Das ist GESCHICHTE!«

Ein eigenwilliger, stilistisch ausgefeilter Autor ist der 1949 geborene Michel Quint. Er hat bisher ein knappes Dutzend Kriminalromane vorzuweisen, darunter »Billard im ersten Stock«, für den er 1989 beim Krimifestival von Grenoble den »Grand Prix de littérature policière« erhalten hat. Quint gelingt es hier, dem traditionellen Typus des »Closed Room

Mystery« neue Spannung zu entlocken. Fast der ganze Roman spielt im Billardzimmer einer Bar in einem Touristennest irgendwo an der Côte d'Azur. Da sind der griesgrämige Wirt Bénézet, kurz Zé genannt, ein Kater namens Bertolt im Dauersuff, die stumme Nymphomanin Ida, der Gärtner, der Mechaniker, die Boutiquebesitzerin, der Polizeichef und ein namenloser Gast von irgendwo.

»Im Billardzimmer roch es nach wohlerzogenem Schweigen und ein wenig nach Kaffee. Vor allem nach Lust. Und die Blicke wichen sich aus, trafen beim Kugeldreieck wieder aufeinander.« Gleich in der ersten Nacht wird Ida als Wasserleiche aus dem Hafenbecken gefischt. Ida war die Seele des Dorfes, und ihr Tod bringt die Wahrheit über die Bewohner ans Licht. Wie Quint das provinzielle Nest allmählich in einen universalen Ort überhöht, wie die Figuren beim Billardspiel Stoß für Stoß zu ihrer je eigenen, am Ende tragischen Wahrheit vordringen, das weist den Roman als kleines Meisterwerk des psychologischen Suspense aus. Auch nach der Enträtselung wirkt die Aura des Geheimnisvollen lange nach. Der Leser steht ganz in dem suggestiven Bann, einen Blick in die Tiefen nicht nur der französischen Kotprovinz, sondern auch der eigenen Seele geworfen zu haben. Auch in unseren Landwehrkanälen treibt bekanntlich so manche Wasserleiche.

Wer Tito Topin bisher nur als Drehbuchautor einiger Folgen für die unsäglichen TV-Serien »SOS vermißt« und »Coplan« kannte, die uns die Agenten der ersten Reihe untergejubelt hatten, der sollte diese Brotarbeiten schnell vergessen. Von Topins Qualitäten ist schon eher etwas in der Serie »Kommissar Navarro« zu erkennen, die mit dem gewohnt gewichtigen Roger Hanin inzwischen auf Pro 7 in passabler Synchronisation gelaufen ist. Leider kommt Topin über dem Drehbuchschreiben kaum mehr zu etwas anderem, so daß wir uns mit seinen bisher vorliegenden Romanen begnügen müssen. Die Comics des Multitalents gar nicht gerechnet, hat Topin über ein Dutzend schwarze Romane geschrieben, und in denen läuft er zur Hochform auf. Dabei ist er in Sachen Kriminalliteratur eher ein Spätberufener. Zunächst trieb er sich in Marokko, dann in Brasilien herum, war künstlerischer Leiter eines Werbe-Riesen und ließ sich 1966 in Frankreich nieder. Erst 1982 erschien sein Krimidebüt »Graffiti Rock«.

Drei seiner Romane liegen bei Tiamat inzwischen vor, sie gehören zum besten, was Topin bisher geschrieben hat. »Casablanca im Fieber«, 1984 mit dem »Prix Mystère de la critique« ausgezeichnet, zeigt aus intimer Kenntnis der Geschehnisse vor Ort, wie Frankreich in Marokko seine Finger im Spiel hatte. Vor dem Hintergrund der marokkanischen Unabhängigkeitsbestrebungen schildert Topin das fatale Geflecht von Machtpolitik und Rassenhaß aus der Sicht von Tätern und Opfern. Kurz bevor die französischen Kolonialherren aus Marokko abziehen, liegt Casablanca im Fieber. Die junge Spanierin Ginette wird von Georges Bellanger, dem psychotischen Muttersöhnchen der Chefärztin des Krankenhauses, vergewaltigt und halb totgeschlagen. Da die Mutter des Vergewaltigers die Geliebte des Zivilgouverneurs ist, gelingt es ihr mühelos, den Fall zu vertuschen und den Arabern die Schuld in die Schuhe zu schieben. Als Ginettes Freund Manu vom Militärdienst zurück nach Casablanca kommt, überstürzen sich die Ereignisse. Der sympathische, wenngleich selber nicht ganz astreine Inspektor Gonzalés steht am Ende vor den Trümmern und verlangt die Versetzung nach Frankreich.

Topins Sprache ist von präziser, brutaler Direktheit und düsterer Lakonie. Falls er überhaupt Vorbilder hat, so im amerikanischen Krimi. Im Jazz kennt sich Topin aus; seine Art, die Handlungsstränge fast karnevalesk zu verknoten, mit bissigen Wisecracks und markigen Vergleichen zu kommentieren, erinnert ein wenig an Joseph Wambaugh. Von Nachahmung jedoch kann keine Rede sein, denn Topin hat eine eigene Geschichte zu erzählen, die, anders als wir es vom drögen deutschen Soziokrimi gewohnt sind, tief hineinführt in die Traumata der französischen Geschichte. Für Topin sind die Verbrechen der Kolonialherren kein Tabu, sondern ein Thema, das gerade der Kriminalroman eindringlich zur Sprache bringen kann.

Etwas milder erscheint Topins Radikalität in dem ebenfalls preisgekrönten Roman »Im letzten Akt fließt immer Blut«, in dem das Groteske stärker in den Vordergrund tritt. Einzelheiten werden nicht verraten, aber allein seiner Darstellung einer zum Schreien komischen Kindstaufe im furiosen Schlußkapitel und des gewieften Kommissars Sépulchre wegen, einem der originellsten Polizisten der Kriminalliteratur, ist der Roman lesenswert.

In »Tchatcha Nouga« gibt es ein Wiedersehen mit Emile Gonzalés, der in Paris zum Kommissar aufgestiegen ist und unter dem Pseudonym Harry Punch heimlich Krimis schreibt. Seine Patentochter und Geliebte, die rebellische Natascha Nougaro, deren Kosename den Titel des Romans abgibt, will mit ihren Freunden aus der Pariser Terroristenszene einen Supermarkt überfallen, der ihrem inzestuös veranlagten Vater gehört. Gonzalés versucht, sie aus der Sache herauszuboxen, doch alles gerät ihm außer Kontrolle. Die Terroristen entpuppen sich als durchgeknallte Alt-68er und Halbmafiosi, Punks und Szenefreaks versuchen, auch ein paar Kröten zu erhaschen, und rechtsradikale Bullen sind auf Demozügen. »Sieh dich doch um, überall nur Scheiße und Abfall.« Das ergibt ein anderes Bild Frankreichs – eines, das der Wirklichkeit näher kommt als die frankophilen Feuilletons und der Verlautbarungsjournalismus, vom Staatsvatergefasel gar nicht zu reden.

Ein absoluter Klassiker des Genres ist José Giovannis »Der zweite Atem«. Seltsamerweise ist dieser Roman erst jetzt ins Deutsche übersetzt worden, obwohl Melvilles Verfilmung mit Lino Ventura längst Kultstatus erreicht hat. Wer den Film liebt, sollte sich jetzt im Kontrast dazu das Buch vornehmen, denn darin ist einiges anders. Die Hauptfigur Gu Minda ist

ein in die Jahre gekommener Gangster, der aus dem Knast ausbricht und zu einem letzten großen Coup ausholt. Mit »Der zweite Atem« hat Giovanni den modernen Kriminalroman revolutioniert, ganze Generationen von Schreibern und Filmemachern sind seinem Stil verpflichtet. Lakonie der Dialoge, konsequente Zuspitzung der Action bis zum Finale, all das beherrscht Giovanni souverän. Das – übrigens weitgehend authentische – Geschehen vollzieht sich mit tödlicher Konsequenz; der Roman ist rabenschwarz, weil das fatale Ende, auf andere Weise als bei Melville, von Beginn an feststeht. »Der zweite Atem« ist ein absolutes Meisterwerk, von der Makellosigkeit einer antiken Tragödie.

Die durchweg gekonnten Übersetzungen aller dieser Bücher bewahren die darin enthaltene gesellschaftliche Wirklichkeit, den Sprachwitz und das unverwechselbare Fluidum des Französischen auch im Deutschen. Hier ist sorgfältig gearbeitet und gefeilt worden, so daß man beim Lesen die Mühe gar nicht merkt. Eine Rarität im schlechtbezahlten Schnellschußbetrieb der Übersetzerei.

Eric Ambler hat einmal gesagt, der modernen Welt komme nur noch der Thriller bei. Er hatte natürlich recht. Auch diese rabenschwarzen pessimistischen Romane samt ihrem giftigen Gossengelächter zeugen vom Widerstand gegen die durchkapitalisierte Welt. Solange es eine Literatur gibt, die uns eine Portion radikale Poesie in die Fresse schleudert wie der Roman noir, besteht Anlaß zur Hoffnung.

Edgar Box: Tod in der fünften Position/Tod vorm Schlafengehen. – Lourdes Ortiz: Tödlicher Tabak. – Michel Quint: Billard im ersten Stock. – Joseph Bialot: Eine mörderische Drahtseiloper/Die Nacht der Erinnerung. – Tito Topin: Im letzten Akt fließt immer Blut/Casablanca im Fieber/Tchatcha Nouga. – José Giovanni: Der zweite Atem. Alle Edition Tiamat, um 200 Seiten, 18 bzw. 24 Mark.

*Rudolf Brenner ist Kritiker und Übersetzer (u.a. J.-P. Manchette)*

Konkret 12/92, S. 62

**Hermann L. Gremliza**

# Gremlizas express

Gibt es ihn denn noch? Es gibt ihn noch:

*Vierzehn Tage reiste Theo Sommer durch Amerika. Sein Eindruck: Ein Gezeitenwechsel steht bevor.*

Geh, Zeiten sind das! Umsturz überall, der Kommunismus im Orkus, Daimler in den roten Zahlen, Steffi nicht mehr Nummer 1, und nun auch das noch:

*Wer Amerika kennt, der riecht förmlich: Es liegt Wandel in der Luft.*

Theo, der förmlich schon riecht, kennt Amerika schon lange:

*Acht Jahre später hatte der Wind schon wieder gedreht.*

Wind nennt er ihn, den Wandel in der Luft, und hält die Nase hinein:

*Acht lange Jahre, fanden sie, habe Amerika im Brackwasser träge vor sich hingedümpelt. Jetzt fieberten sie im Tidenhub der Geschichte einem zweiten augusteischen Zeitalter entgegen.*

Wie sagt man an der Wasserkante?: Gott schütze mich vor Sturm und Wind und Deutschen, die im Ausland sind, von wo sie sowas nach Hause schreiben:

*Seitdem habe ich noch ein paarmal aus der Nähe beobachtet, wie die politischen Gezeiten mit der Regelmäßigkeit von Ebbe und Flut wechselten... Kann der Mann aus dem Ort namens Hoffnung den umdüsterten Horizont wieder blank putzen? Ein geheimnisvolles Gesetz scheint die amerikanische Geschichte zu durchwalten, wonach sich die Politik des Landes in einem zyklisch wiederkehrenden Rhythmus entfaltet, hin- und herschwankend zwischen Bewahren und Erneuern, einem Pendelschwung zwischen »Extroversion« und »Introversion«, imperialem Ausgreifen und Einkrümmung auf sich selbst... Die Uhr ist eben abgelaufen, das Mandat erloschen, die Tide wechselt... Ein historischer Gezeitenwechsel bahnt sich an.*

Der Pendelschwung des eingekrümmten Tidenhubs dümpelt zyklisch am blank geputzten Horizont. Mögen die historischen Gezeiten wechseln so oft sie wollen – das Zeitalter des dummen Augusts, der sie ansagt, endet nie.

Die Partei der ehemaligen Kommunisten hat die Parlamentswahl in Litauen gewonnen, aber so hatten sich die Demokraten die Demokratie natürlich nicht vorgestellt:

*Führende Politiker des rechten Lagers äußerten sich schockiert und entsetzt über das Ergebnis. Justizminister Zenon Junkevicius (Sajudis) sprach von »Volksbetrug«. Die Grünen warfen den Wählern »geistige Umnachtung« vor.*

Die Richter sind kompetent, ihre Urteile überzeugen. Von Volksbetrug verstehen Junkevicius und sein Vorsitzender Landsbergis allerhand, und wenn die Grünen bei den Wählern geistige Umnachtung feststellen, reden sie auch nicht wie der Blinde von der Farb, sondern sind sich des Grundes ihrer weltweiten Erfolge wohl bewußt.

Die traditionell tiefe deutsch-kroatische Freundschaft wird weiter vertieft durch die Ausstellung »Osijek – gestern und heute«, veranstaltet von der Kroatischen Kulturgesellschaft Norderstedt, der Stiftung »Kardinal Alojzije Stepinac« und dem Fachbereich Geowissenschaften der Universität Hamburg, die dazu mit dem Text einlädt:

*Es die Möglichkeit Bilder von Künstlern Slawonien sehen – und zu kaufen.*

Bevor ich ein Bilder von Künstlern Slawonien zu interessieren, meldete sich der Veranstalter noch einmal:

*Liebe Interessenten! Wir alle haben es gut gemeint – doch das war nicht genug. Leider hat sich auch hier der Druckteufel eingeschlichen. Bitte lesen Sie die Übertragungsfehler (die Karten wurden im Kriegsgebiet gedruckt) wie folgt:...*

*gez. Prof. Dr. M. Dunst*

Liebe Deutschkroaten! Leider auch bei Druckfehlerteufel Druckteufel eigenschlichen. Bitte lesen Berichtigung (wurde im Gebiet von Krieg zwischen Professor Deutschland und Sprache deutsch gedrucken) wie folgt nicht.

Die Frauenverlags GmbH Köln schreibt mir:

*Sehr geehrter Herr Gremliza,*

*die Spatzen pfeifen es schon vom Kölner Dom: Alice Schwarzer wird 50! Am 3. Dezember gibt es ein halbes Jahrhundert Schwarzer zu feiern. Zu diesem historischen Datum möchten wir Sie fragen: Was wollten Sie Alice Schwarzer schon immer mal sagen? Und was wünschen Sie ihr zum 50. Geburtstag? – Nehmen Sie kein Blatt vor den Mund! Wir würden uns freuen, wenn Sie (und einige ausgewählte Personen, denen wir diesen Brief schicken) uns bis spätestens 20. November antworten. Ihrer Phantasie sind keine Grenzen gesetzt! Ihr Brief (gerne mit Foto) kommt in eine Mappe, die wir Alice Schwarzer am Geburtstagsabend überreichen.*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Monika Glöcklhofer*

*PS: Wunderbar wäre, wenn Sie Ihren Brief nicht knicken.*

Weil ich aber gerade kein Foto zur Hand habe, meine Phantasie trotz feministischer Ausnahmegenehmigung durchaus keine Grenzen überschreiten will, sondern immer nur um den alten Brauch kreist, der nicht geknickt wird, und ich auch als Brief keineswegs zwischen »Emmas« ausgewählten Personen zu liegen kommen will, sei die Post auf diesem Wege erledigt:

*Ich konnte Mia Farrow noch nie leiden. Diese kattun-röckige Mütterlichkeit. Diese zwanghafte Gebär- und Adoptierfreudigkeit. Dieses demonstrative Familienglück. Und ausgerechnet auf die fiel Woody Allen rein, mein so komischer Anti-Held... Und jetzt das. Eines der aufschlußreichsten Lehrstücke im Geschlechterclinch zwingt mich zum Umdenken... Nein, in Wahrheit überrascht mich das alles nicht. Aber weh tut es dennoch... Jetzt aber kann ich die Augen nicht länger schließen. Adieu, Woody Allen.*

*Alice Schwarzer*

Das wollte ich ihr schon immer mal sagen. Das wünsche ich Frau Schwarzer zum 50. Geburtstag. Ich habe ihr kein Blatt vor den Mund gehalten und ihrer Phantasie keine Grenzen gesetzt. Alice und Mia. Alice und ihr Woody. Wie Alice leidet. Aber da muß Alice durch. Diese bräsige Intimität einer deutschen Unterhaltungsnudel mit zwei Menschen, die nie von ihr gehört haben, dieses Adieu der Frauenschaftsführerin an einen Mann, der ihr nie Hallo gesagt hat, kommt (gerne mit dem dazugehörigen Titelfoto, dem mit Abstand ekelhaftesten Stück Zeitungsmacherei, das ich kenne) in eine Mappe, die ich am Geburtstagsabend – nicht völlig ungeknickt – der Mülltonne überreiche.

Niemand anders als die Vorsehung selber kann es sein, die die »Hamburger Rundschau« erscheinen läßt, denn jeder irdische Verleger hätte sich an den Texten dieses Veranstaltungskalenders längst totgelacht. Auf einem einzigen Blatt einer einzigen Ausgabe lesen wir:

*Tot*

*Was den Hamburgern ihre Drogenopfer, sind der Elbmarsch die Leukämie-Toten.*

Jeder hat so seine Hobbies. Die einen vertreiben sich die Zeit zwischen den Drogenopfern so:

*Abgestürzt*

*Hamburg fieberte auf die Theateroffenbarung und erlebte den Abgesang auf eine Spezies.*

Und die andern bringen alles durcheinander:

*Verwechselt*

*Ruth Polte rückt auf – von der Eimsbütteler Bezirksversammlung in die SPD-Bürgerschaftsfraktion. Darüber freut sich Hermann Scheunemann, SPD-Fraktionssprecher im Ostausschuß Stellingen. Scheuermann sollte nicht mit dem gleichnamigen verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Bürgerschaft verwechselt werden,*

was deshalb nicht so leicht ist, weil auch dieser Scheuermann Scheunemann heißt. Wer Tod, Absturz und Verwechslung überlebt hat, darf mit auf den Kiez:

*Die Suche nach dem ursprünglichen, vertrauten St. Pauli läßt den Blick über anonyme Gesichter schweifen.*

Die Suche läßt den Blick schweifen, und der Chefredakteur läßt den Schweif blicken, denn es ist jener grüne Messias namens J. (für Jesus?) Müller, der arm und nackt gekommen ist, zu richten über die Abgestürzten, die Verwechselten und die Toten und ob die Hamburger endlich genügend politische Kultur und Zivilisiertheit angenommen haben, zu sitzen zu seiner Linken, weil rechts von ihm kein Platz ist sondern nur die Himmelswand.